Sebastian Haffner
Von Bismarck zu Hitler
Ein Rückblick
Das Deutsche Reich war das größte staatliche Gebäude, in dem die Deutschen je zusammenlebten — und das morscheste zugleich. Denn in ihrer über tausendjährigen Geschichte macht die Existenz dieses Reiches nur ganz 80 Jahre aus. Für einen Staat ist das ungeheuer wenig: gerade die Dauer eines Menschenlebens.


sich zur Vormacht in Europa empor-schwängen zu wollen, hätte es nur geringe Überlebenschancen gehabt. So gesehen, führt eine direkte Linie von Bismarck zu Hitler — und Haffner zeichnet diese Linie mit gewohnter Brillanz nach.

Von Sebastian Haffner sind im Kindler Verlag erschienen:

Anmerkungen zu Hitler
Sonderausgabe. 204 Seiten

Zur Zeitgeschichte
Paperback. 228 Seiten
(Auch als Knauer-Taschenbuch)

»Preußen ohne Legende«,
»Eine deutsche Revolution« und 
»Anmerkungen zu Hitler«.

Fortsetzung hintere Klappe
<table>
<thead>
<tr>
<th>Einleitung</th>
<th>19</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Entstehung des Deutschen Reiches</td>
<td>49</td>
</tr>
<tr>
<td>Bismarckzeit</td>
<td>81</td>
</tr>
<tr>
<td>Kaiserzeit</td>
<td>111</td>
</tr>
<tr>
<td>Erster Weltkrieg</td>
<td>137</td>
</tr>
<tr>
<td>1918</td>
<td>175</td>
</tr>
<tr>
<td>Weimar und Versailles</td>
<td>201</td>
</tr>
<tr>
<td>Hindenburgzeit</td>
<td>231</td>
</tr>
<tr>
<td>Hitlerzeit</td>
<td>277</td>
</tr>
<tr>
<td>Zweiter Weltkrieg</td>
<td>303</td>
</tr>
<tr>
<td>Nachgeschichte des Deutschen Reiches</td>
<td>327</td>
</tr>
<tr>
<td>Nachbemerkung und Danksagung</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>
Einleitung
Wenn man die Geschichte des Deutschen Reichs gewissermassen durch ein Fernrohr betrachtet, dann fallen sofort drei Sonderbarkeiten auf.


Zum zweiten fällt auf, dass während dieser sehr kurzen Lebensdauer das Deutsche Reich mindestens zweimal, 1918 und 1933, aber eigentlich dreimal, nämlich auch schon 1890, seinen inneren Charakter und die Richtung seiner Aussenpolitik vollkommen geändert hat. Innerhalb dieser 80 Jahre also vier Perioden, die sich ganz deutlich voneinander unterschei-
den und in denen, wenn man so will, Deutschland jedesmal ein anderes Deutschland wurde.
Die dritte Auffälligkeit schliesslich besteht darin, dass diese so kurze Geschichte mit drei Kriegen begann und mit zwei ungeheuren Kriegen, Weltkriegen, endete, von denen sich der zweite aus dem ersten mehr oder weniger ergab. So ist die Geschichte des Deutschen Reiches fast eine Kriegsgeschichte, und man könnte versucht sein, das Deutsche Reich ein Kriegsreich zu nennen.
Woran ist es denn eigentlich zugrunde gegangen? Warum wurde es, was von seinem Gründer Bismarck nicht beabsichtigt war, ein ausgreifender, aggressiver Staat? Darüber gibt es verschiedene Theorien. Ich finde sie alle nicht sehr überzeugend.
Eine davon schiebt alles auf Preussen. Das Deutsche Reich wurde ja durch Preussen gegründet. Und gemeint war es, jedenfalls von seinem Gründer, durchaus als eine Art Gross-Preussen, als Vorherrschaft Preussens in Deutschland. Wobei ja gleichzeitig auch schon die erste deutsche Teilung stattfand: Österreich wurde aus Deutschland ausgestossen. Ist Preussen also an allem schuld? Wäre alles besser gegangen, wenn Deutschland 1848 in der Frankfurter Paulskirche auf demokratischer Basis gegründet worden wäre?

Merkwürdigerweise nicht. Das Paulskirchen-Parlament war keineswegs in seiner äusseren Politik friedlich gesinnt – obwohl viele das glauben. In Wirklichkeit hat die Paulskirche sogar gleich mehrere Kriege ins Auge gefasst: die Linke einen grossen Krieg gegen Russland zur Befreiung Polens; der zentrale und «rechte» Teil der Paulskirche einen Krieg gegen Dänemark um Schleswig-Holstein, der als Auftragskrieg von Preussen 1848 auch eine Weile geführt und dann abgebrochen worden ist. Darüber hinaus gibt es viele Äusserungen prominenter Paulskirchen-Politiker, liberaler Demokraten, die ganz offen sagen: Das Allerwichtigste, was wir für Deutschland erstreben, ist Macht. «Die deutsche Nation ist der Prinzipien und Doktrinen, der literarischen Grösse und der theoretischen Existenz satt. Was sie verlangt, ist Macht, Macht, Macht! Und wer ihr Macht gibt, dem wird sie Ehre geben, mehr Ehre, als er sich ausdenken kann.» Das sind Worte Julius Fröbels, eines heute vergessenen, aber damals

Nun – es gibt noch mancherlei Erklärungen für Expansionsnismus und Untergang des Deutschen Reiches. So zum Beispiel die Theorie, dass die Hauptursache in der Industrialisierung zu suchen sei, die das Reich in sehr kurzer Zeit zur führenden Wirtschaftsmacht des Kontinents werden liess:
dass diese rapide Industrialisierung eine gesellschaftliche Dynamik in Gang setzte, die schliesslich zur Explosion führte.

Gegen solche Überlegungen spricht die Tatsache, dass die Industrialisierung ja kein speziell deutscher Vorgang war. Die industrielle Revolution erfasste im neunzehnten Jahrhundert phasenweise den ganzen europäischen Kontinent. Frankreich schon etwas früher als Deutschland, auch die westeuropäischen kleinen Mächte, Holland, Belgien. Dann kam Deutschland; Österreich etwas später, Russland noch später. Es war ein gesamteuropäischer Prozess. Gewiss hat Deutschland sich besonders stark und besonders tüchtig industrialisiert, aber doch im Grossen und Ganzen in einer Art Gleichschritt mit dem übrigen Europa. Wenn also die Industrialisierung daran schuld wäre, dass das Deutsche Reich seine unheimliche Dynamik und Expansivität entwickelte, dann stellt sich natürlich die Frage: warum gerade Deutschland? Ob da nicht ein Zweig der heute modernen Geschichtsschreibung versucht, Wirtschaft und Politik enger zusammenzubringen, als sie zusammengehören?

Einigen Erklärungsmodellen merkt man nämlich an, dass sie von einem bestimmten ideologisch-politischen Standpunkt herrühren und eigentlich aus gedacht sind, um diesen Standpunkt zu beweisen. Wenn man zum Beispiel mit Lenin meint, dass der Imperialismus die höchste Form des Kapitalismus sei, dann muss natürlich der Kapitalismus daran schuld sein, dass das Deutsche Reich imperialistisch wurde und deshalb zuletzt zerbrach.


Willen des Reichsgründers – dazu neigten, die Reichsgründung für unvollkommen zu halten; für keinen Abschluss ihrer Nationalgeschichte, sondern für ein Sprungbrett zu einer nie genau definierten Ausdehnung.


Denn das ist das Unheimliche an dieser Geschichte, dass das
Entstehung des Deutschen Reiches

Hervorgegangen ist es aus einem merkwürdig schiefen Bündnis zwischen preussischer Politik in Deutschland auf der einen und der deutschen Nationalbewegung auf der anderen Seite. Dieses Bündnis war schief nicht nur, weil Bismarck es etwas übergewichtig zur preußischen Seite hin angelegt hatte, sondern auch, weil es von vornherein ein sehr paradoxes, nicht vorhersehbares Bündnis zwischen ganz entgegengesetzten Kräften war.


Die deutsche Nationalbewegung war auch nicht viel älter; ihre Entstehung fällt in die napoleonische Epoche. Einen deutschen Nationalstaat, das muss man sich klarmachen, hat es vor dem neunzehnten Jahrhundert nie gegeben. Das alte Heilige Römische Reich war nie ein Nationalstaat gewesen, und seit dem dreizehnten Jahrhundert löste es sich immer mehr in Partikularstaaten auf. Man kann nicht sagen, dass die zeitgenössischen Deutschen das als etwas besonders Unnatürliches empfunden hätten. So konnte zum Beispiel Wieland noch am Ende des achtzehnten Jahrhunderts in seiner Einleitung zu Schillers «Geschichte des Dreissigjährigen Krieges» «mit gutem Grunde behaupten, dass . . . die Vortei-
le, welche aus dieser Zerteilung im Ganzen für uns entspringen, das Nachteilige bei Weitem überwiegen; oder vielmehr, dass sie es gerade ist, der wir diese Vorteile zu verdanken haben». Da war noch keine Rede davon, dass Deutschland nun unbedingt ein zusammenhängendes Machtgebilde, ein Staat, und zwar ein Nationalstaat, werden müsse – wie Frankreich.


Die deutsche Nationalbewegung dagegen war eine «linke» Bewegung. Sie war von vornherein auf eine Nachahmung des revolutionären Frankreich gerichtet – daher auch ihre ursprüngliche Verbindung mit freiheitlichen, liberal-demokratischen Bewegungen. Stark wurde sie aber erst durch Napoleon. Napoleon rief bei den Deutschen, zunächst den deutschen Politikern und Intellektuellen, dann mehr und mehr auch im breiteren Publikum, zwei unterschiedliche Reaktio-
nen hervor. «Das soll uns nie wieder passieren dürfen!» war die eine, während die andere etwa lautete: «Das wollen wir auch einmal machen können!» Das napoleonische Frankreich war das Vorbild der deutschen Nationalbewegung und Napoleon ihr illegitimer Vater.

Gleichzeitig war die deutsche Nationalbewegung aber auch eine anti-französische Bewegung, denn die Franzosen kamen ja nicht nur als Vorbilder und Modernisierer, sondern auch als Eroberer, Unterwerfer und Ausbeuter nach Deutschland. Besonders als militärische Ausbeuter; die Deutschen haben schwer geblutet in Napoleons Kriegen, in denen sie gezwungenermassen mitfechten mussten.

So durchmischten sich ganz gegensätzliche Gefühle: zum einen ein ausgeprägter Franzosenhass («Das soll uns nie wieder passieren dürfen!») – aber andererseits ein bewundernder Wunsch, es den Franzosen gleichzutun («Das wollen wir auch einmal können!»). Was Napoleon vollbracht hatte, verdankte er offensichtlich der Nationalisierung und der Durchpolitisierung Frankreichs in der Revolution, die er ererbt und keineswegs rückgängig gemacht hatte. Schon vor Napoleon schwärmte man in manchen deutschen Kreisen für die neue französische Freiheit und Gleichheit, die nationale Demokratie. Nicht viel anders hielten es die preußischen Militärs in den Befreiungskriegen – man denke an Scharnhorst oder Gneisenau. Da hiess es dann: Wir müssen von Frankreich lernen, wir müssen das, was uns die Franzosen vorererziert

Die Unterdrückungsmassnahmen trafen hauptsächlich Universitäten, Literatur und Presse, aber sie galten inhaltlich der Nationalbewegung, die zwischen 1815 und 1848 ja nur in diesen «Medien» (wie wir heute sagen würden) lebendig und greifbar blieb. Und so war denn auch die Revolution von 1848 nicht nur eine Antwort auf Unterdrückung und Verfolgung als solche, sondern sie war zugleich eine nationale Re-
volution, der Versuch, die Deutschlandregelung von 1815 rückgängig zu machen, an die Stelle des Deutschen Bundes ein Deutsches Reich zu setzen, und zwar ein Grossdeutsches Reich.

Dieses erste Deutsche Reich hat tatsächlim ein knappes Jahr lang, vom Sommer 1848 bis zum Frühjahr 1849, bestanden, mit einem Staatsoberhaupt, einem Ministerium und einem Parlament in Gestalt der Frankfurter Paulskirchen-Versammlung; es war sogar von den Vereinigten Staaten anerkannt worden. Freilich fehlte ihm eine wirkliche Machtgrundlage.

Denn die Machtgrundlage dieses ersten Deutschen Reiches war einzig die Märzrevolution in den deutschen Staaten gewesen, und diese Revolution hatte keinen langen Atem. Bereits im Sommer fing sie an zu er müd en; im Herbst wurde sie in den beiden deutschen Grossstaaten niedergeworfen; in Österreich blutig, in Preussen unblutig; und die Nationalversammlung in der Paulskirche begann zu merken, dass ihrem Staat das fehlte, was einen Staat erst ausmacht, Heer und Verwaltung. Sie mussten es irgendwie anschaffen. Aber wie? Das merkwürdige Resultat dieser Überlegung war, sich diese Institutionen sozusagen zu borgen – und zwar von Preussen.

Als das neue Deutsche Reich von 1848 einen Krieg mit Dänemark um Schleswig-Holstein führen wollte, beauftragte es die preussische Armee damit, zunächst noch erfolgreich (es war im Frühjahr 1848, und auch Preussen selber hatte noch eine Revolutionsregierung). Als dann Preussen, einer
Mächteintervention weichend, sich im September aus diesem Krieg zurückzog und in Frankfurt Unruhen ausbrachen, wurde wieder die preussische Armee zur Hilfe gerufen. Und ganz zum Schluss, im Frühjahr 1849, beendete die Paulskirchen-Versammlung ihr Reichsgründungswerk damit, dass sie den preussischen König, allerdings mit knapper Mehrheit, zum erblichen deutschen Kaiser wählte, was er bekanntlich ablehnte. Er wollte mit der Revolution nichts mehr zu tun haben.

Das war eine böse Überraschung für die Männer der Paulskirche. Aber viel überraschender (zunächst sogar für sie selbst) war es, dass sie das Angebot der deutschen Kaiserkrone an den König von Preussen überhaupt gemacht hatten. Die deutsche Nationalbewegung war doch immer grossdeutsch gewesen, und auch die Frankfurter Nationalversammlung war ganz überwiegend grossdeutsch gesinnt; der Reichsverweser, den sie bestellt hatte, war ein habsburgischer Erzherzog; in der Reichsregierung waren Österreicher sehr stark vertreten; die Österreicher hatten auch mitgewählt. Wie kam es, dass man jetzt plötzlich auf Preussen zurückfiel? Nun, es war eine Notlösung, ein Rückzug, eine Kapitulation vor der Tatsache, dass der österreichische Kaiserstaat nicht, wie anfangs erwartet, zerfallen, sondern im vollen Zuge seiner Restauration war und gar nicht mehr daran dachte, seine Deutschen in ein neugebackenes grossdeutsches Reich zu entlassen. Also beschränkte man sich notgedrungen auf ein Kleindeutschland unter preussischer Führung. Das war ein Stück Realpolitik von Seiten der National-
revolutionäre, ein schmerzliches Opfer, und nun obendrein auch noch ein verweigertes Opfer. Immerhin: Es war das erste Mal, dass sich der deutsche Nationalismus auf eine preussisch-kleineutsche Lösung einliess, wenn auch nur als eine Ersatzlösung. Lange vor Bismarck hatte also die deutsche Nationalbewegung selbst schon einmal solch ein Notbündnis ins Auge gefasst.


Das Bemerkenswerte besteht nun darin, dass der Rumpf der Frankfurter Nationalversammlung sich in Gotha versammelte und den Beschluss fasste, bei der Deutschen Union mitzumachen. Der «Zweck», den man in Frankfurt habe er-

Es muss nun im Folgenden sehr viel von Bismarck die Rede sein. Aber ehe wir uns der Geschichte Bismarcks zuwenden, tun wie gut daran, uns klarzumachen, dass das paradoxe Bündnis Preussens mit der deutschen Nationalbewegung, das er 1866 und 1870 zum Erfolg führte, schon vor ihm einmal für einen kurzen Augenblick vollzogen worden war.

Die Deutsche Union von 1849/50 war in der Absicht bereits das Deutsche Reich von 1870/71 gewesen, in der Realität et-

Das nun geschah in seiner Frankfurter Zeit, in den fünfziger Jahren, und was ihn bekehrte, war die Erfahrung der österreichischen Politik beim wiederhergestellten Bund. 1855 schrieb er in einem Bericht nach Berlin: «Ich war gewiss kein prinzipieller Gegner Österreichs, als ich herkam vor vier Jahren, aber ich hätte jeden Tropfen preussischen Bluts
verleugnen müssen, wenn ich mir eine auch nur mässige Vorliebe für das Österreich, wie seine gegenwärtigen Macht- haber es verstehen, hätte bewahren wollen.»


Bis 1848 war die deutsche Nationalbewegung unterdrückt worden. Nach 1848 war sie nicht mehr ganz unterdrückbar. Denn die Deutschen hatten inzwischen, wenn auch nur für einen historischen Augenblick, die Realisierbarkeit eines Deutschen Reiches erfahren, und diese Erfahrung vergassen sie nicht. Die deutsche Nationalbewegung blieb also, auch ohne Macht zu haben, weiterhin ein politischer Faktor, mit dem man immer zu rechnen hatte und den die eine oder an- dere Grossmacht für sich einspannen musste. Es gab seit 1848/49, was es bis 1848 nicht gegeben hatte: eine deutsche Frage.

«Nach der Wiener Politik ist Deutschland einmal zu eng für uns beide; solange ein ehrliches Arrangement über den Einfluss eines jeden in Deutschland nicht getroffen und ausge-
führt wird, pflügen wir beide denselben streitigen Acker, und solange bleibt Österreich der einzige Staat, an den wir nachhaltig verlieren und von dem wir nachhaltig gewinnen können.» In demselben «Prachtbericht» ist an anderer Stelle auch bereits von der Möglichkeit die Rede, «dass wir in nicht zu langer Zeit für unsere Existenz gegen Österreich werden fechten müssen und dass es nicht in unserer Macht liegt, dem vorzubeugen, weil der Gang der Dinge in Deutschland keinen anderen Ausweg hat»

Es ist nicht uncharakteristisch, dass in dem, was man Bismarcks Bekehrungsprozess nennen könnte und woraus so viel deutsche Geschichte entsprang, die Feindschaft mit Österreich das erste war. Der Gedanke des preußischen Bündnisses mit der deutschen Revolution kam später. Freilich ergab er sich mit einer gewissen Unausweichlichkeit aus der neuen preussisch-österreichischen Gegnerschaft. In einer langen Denkschrift aus dem Jahre 1858 (damals in Berliner Regierungskreisen spöttisch «Das kleine Buch des Herrn von Bismarck» genannt) lesen wir: «Die preussischen Interessen fallen mit denen der meisten Bundes/Wer, ausser Österreich, vollständig zusammen, aber nicht mit denen der Bundesregierungen, und es gibt nichts Deutscheres als gerade die Entwicklung richtig verstandener preussischer Partikularinteressen.» Und wenn das noch etwas gewunden klingt, wird Bismarck ein Jahr später ganz deutlich: «Der alleinige zuverlässige, ausdauernde Alliierte, welchen Preus-
sen haben kann, wenn es sich danach benimmt, ist das deut-
sche Volk.» Noch ein Jahr später, 1860, sieht er nicht mehr
ein, «warum wir von der Idee einer Volksvertretung, sei es
im Bunde, sei es in einem Zollvereinsparlament, so zurück-
schrecken.» (Zehn Jahre zuvor hatte er noch «die preussi-
sche Ehre» darin gesehen, «dass Preussen vor allem sich von
der romantischen Verbindung mit der Demokratie ent-
fernt halte».) Und im Januar 1863 verlas der preussische Ge-
sandte beim Frankfurter Bundestag eine Grundsatzerklärung
zum Zweck einer aus direkten, geheimen und gleichen Wahl-
en hervorgehenden Volksvertretung. Damals war Bismarck
seit drei Monaten preussischer Ministerpräsident und Aus-
semminister.

Die dramatische Geschichte des preussischen Verfassungs-
konflikts, dem er seine Ernennung verdankte, braucht hier
nicht nacherzählt zu werden. Es ist nur daran zu erinnern,
dass es auch in Preussen eine – sehr starke – liberal-nationale
Bewegung gab. Bismarck machte sich bei dieser Bewegung
durch seine Politik als Konfliktminister zunächst unmöglich.
Aber er behielt immer die Idee im Hinterkopf, dass er die
preussischen wie die ausserpreussischen Liberalen eines Ta-
ges als Partner gewinnen und versöhnen würde, müsste,
konnte, und zwar indem er ihnen ihre nationalen Wünsche
erfüllte. In seiner berühmten ersten Rede als Ministerpräsi-
dent sagte Bismarck: «Nicht auf Preussens Liberalismus
sieht Deutschland, sondern auf seine Macht» und: «Nicht
durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die grossen

Dasselbe lässt sich, so erstaunlich es klingen mag, von dem letzten und grössten der Bismarckschen Kriege sagen, dem Deutsch-Französischen von 1870/71, aus dem dann das Deutsche Reich hervorging und auf dem, weit mehr als auf dem deutschen «Bruderkrieg» von 1866, Bismarcks Nachruhm und seine postume Popularität in Deutschland beruhte. Bleiben wir aber noch einen Augenblick bei diesem Bruderkrieg, der ja weit mehr als der Krieg von 1870/71 die deut-
schen Verhältnisse revolutionierte. Seine Ergebnisse entsprachen genau – weit genauer als die des späteren Deutsch-Französischen Krieges – dem Ziel, das Bismarck so lange auf so vielen Wegen angestrebt hatte. Es waren vier:
desheer, von dem die preußische Armee nur noch ein Be-
standteil, allerdings der weitaus grösste war. Von Bismarck
aus gesehen, war der Norddeutsche Bund seine Abschlags-
zahlung an die deutsche Nationalbewegung, einschliesslich
ihrer demokratisch-parlamentarischen Bestrebungen. Es ist
nicht sicher, dass Bismarck je mehr als diese Abschlagszah-
lung leisten wollte.

Drittens vier zum ersten Mal in ihrer Geschichte vollkom-
men freistehende, souveräne süddeutsche Staaten, die mit
Preussen durch Militärbündnisse und Zollunion verbunden
waren: Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darm-
stadt. Ihr Anschluss an den Norddeutschen Bund war die
einzige innerdeutsche Veränderung, die der Krieg von 1870/
71 bewirkte; im Grunde keine gewaltige Veränderung. Den-
noch wurde im deutschen Nationalbewusstsein erst er die
wirkliche Reichsgründung. Jedenfalls ermöglichte er die
Umtaufe des Norddeutschen Bundes in «Deutsches Reich»
und seines preussischen Präsidiums in «Deutscher Kaiser».

Viertens ein Österreich, das zum ersten Mal in einer tausend-
jährigen Geschichte mit dem übrigen Deutschland keinerlei
staatliche Verbindung mehr hatte und sich dadurch übrigens
auch zu einer grossen inneren Umgestaltung, dem «Aus-
gleich» mit Ungarn, genötigt sah, der aus dem österreichi-
schen Kaiserreich die kaiserlich-königliche Doppelmonar-
chie machte. Der Friede mit Österreich vermied indessen
sorgfältig jede überflüssige Beleidigung durch Gebietsabtre-
tung oder Kriegsentschädigung und hielt dadurch die Möglichkeit eines künftigen Bündnisses offen.
Am stärksten in der Krise von 1866 selbst. Im Juli, nach der Schlacht bei Königgrätz und vor dem Vorfrieden von Nikolsburg, instruiert Bismarck den preußischen Botschafter in Paris wie folgt:
«Unser preußisches Bedürfnis beschränkt sich auf die Disposition über die Kräfte Norddeutschlands in irgendeiner
Ich spreche das Wort Norddeutscher Bund unbedenklich aus, weil ich es, wenn die nötige Konsolidierung des Bundes gewonnen werden soll, für unmöglich halte, das süddeutsch-katholisch-bayerische Element hinzuzuziehen. Letzteres wird sich von Berlin aus noch für lange Zeit nicht gutwillig regieren lassen.» In dieser Zeit fällt sogar noch einmal – in einem Telegramm an den Oberkommandierenden der preußischen Mainarmee – das harte, bis 1851 von Bismarck oft gebrauchte, aber für den Bismarck von 1866 eigentlich nicht mehr zulässige Wort vom «nationalen Schwindel».

Dieses Wort kommt später nicht mehr vor. Der Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes ist sorgfältig darauf bedacht, keinen Zweifel an seiner deutschnationalen Gesinnung zu lassen; aber auch darauf, nichts zu versprechen. Zum Beispiel so (März 1867, wieder an seinen Pariser Botschafter): «Man hat die Mainlinie als eine Mauer zwischen uns und Süddeutschland aufrichten wollen, und wir haben sie akzeptiert, weil sie unserem Bedürfnis und unserem Interesse entsprach; aber sollte man sich darüber getäuscht haben, dass sie nicht eine wirkliche Mauer, sondern . . . gewissermassen ein Gitter ist, durch welches der nationale Strom seinen Weg findet?» Oder, noch hinhaltender, im Mai 1868: «Wir tragen alle die nationale Einigung im Herzen, aber für den rechnenden Politiker kommt zuerst das Notwendige und dann das Wünschenswerte, also zuerst der Ausbau des Hau ses und dann dessen Erweiterung. Erreicht Deutschland sein
nationales Ziel noch im 19. Jahrhundert, so erscheint mir das als etwas Grosses, und wäre es in zehn oder gar fünf Jahren, so wäre das etwas Ausserordentliches, ein unverhofftes Gnadengeschenk von Gott.»

Schliesslich, vielleicht die meistzitierte dieser Bismarck-schen Abmahnungen an die deutschen Adressen an die deutsch-nationale Adresse, in einem Erlass an den norddeutschen Gesandten in München vom 26. Februar 1869:

«Dass die deutsche Einheit durch gewaltsame Ereignisse gefördert werden würde, halte auch ich für wahrscheinlich. Aber eine ganz andere Frage ist der Beruf, eine gewaltsame Katastrophe herbeizuführen, und die Verantwortlichkeit für die Wahl des Zeitpunktes. Ein willkürlichs, nur nach subjektiven Gründen bestimmtes Eingreifen in die Entwicklung der Geschichte hat immer nur das Abschlagen unreifer Früchte zur Folge gehabt; und dass die deutsche Einheit in diesem Augenblick keine reife Frucht ist, fällt meines Erachtens in die Augen.»

Mir scheint, diese Zeugnisse machen die Auffassung hinfällig, Bismarck habe den Krieg von 1870 wie den von 1866 bewusst gesucht, um den deutschen Einigungsprozess zu vollenden und aus dem Norddeutschen Bund das Deutsche Reich zu machen, auch wenn diese Auffassung lange Zeit in Deutschland Allgemeingut gewesen und von Bismarck selbst nachträglich genährt worden ist. Bismarck hatte es mit der «Erweiterung seines Hauses» nicht eilig, und er wurde von der Julikrise 1870, die in wenigen Tagen zum Kriegsaus-
bruch führte, selber überrascht. Seine berühmte «Emser De-

pesche», die Frankreichs Kriegserklärung provozierte, war

ihrerseits die Antwort auf eine französische Überreaktion

auf die – im Übrigen bereits zurückgezogene – spanische

Thronkandidatur einer Nebenlinie der Hohenzollern. Die

freilich hatte Bismarck eingeleitet, aber hatte er es wirklich

getan, um einen Krieg mit Frankreich herbeizuführen? War

es nicht eher eine Art Test, vielleicht sogar, mit Bismarcks
damaligem Ausdruck, eine «Friedensfontanelle»? Denn

wenn es zwischen 1866 und 1870 zwischen Frankreich und

Preussen böses Blut gab, dann eher in Frankreich als in Preu-

ssen. Frankreich fühlte sich durch die Ergebnisse des Krie-

ges von 1866 irgendwie zu kurz gekommen, ja hereingelegt.

Bismarck hatte ja 1866 durchaus Hand in Hand mit dem

Frankreich des Dritten Napoleon gearbeitet. Napoleon III.

verfolgte seinerseits eine Politik des Bündnisses mit allen

europäischen Nationalbewegungen – erst in Italien, dann in

Deutschland und übrigens auch, erfolglos, in Polen. Natür-

lich sollte sich das Ganze sozusagen unter französischer Re-

gie abspielen, und natürlich wollte Paris sich für eine solche

Politik territorial belohnen lassen. Diese Kompensationen

waren der eigentliche Streitpunkt zwischen Frankreich und

dem Norddeutschen Bund in den vier Jahren zwischen 1866

und 1870. Italien hatte Frankreich die Einigungshilfe (die

freilich auch weiter gegangen war als im preussisch-deut-

schen Falle) durch die Abtretung Nizzas und Savoyens fair

44

Und doch wurde der Krieg gegen Frankreich dann der erste wirkliche deutsche Nationalkrieg, und die Erweiterung des Norddeutschen Bundes, die in diesem Kriege erfolgte, im nationalen Bewusstsein erst die eigentliche «Reichsgrün-
dung». 1870 knüpfte die deutsche Nationalbewegung an ihre Ursprünge in napoleonischen Zeiten an: Es ging wieder gegen Frankreich, es ging wieder gegen einen Kaiser Napoleon, und viele deutsche Nationalisten in Preussen, in Nord-
deutschland, aber auch in Suddeutschland, empfanden 1870 als eine Revanche für die napoleonischen Eroberungskriege in den ersten 10 Jahren des neunzehnten Jahrhunderts. Der Nationalstolz und Franzosenhass von damals, das war alles
plötzlich wieder da – und diesmal waren die Deutschen die Stärkeren! Das war wundervoll, dabei musste es bleiben, und Deutschland musste jetzt als Staat endgültig auf die Füsse gestellt und konsolidiert werden. So sah die Stimmung aus, der Bismarck nachgab.

Denn obwohl Bismarck bei der «Reichsgründung» immer noch bereit war, mit der nationalen Bewegung zu paktieren und ihre emotionalen Bedürfnisse zu befriedigen, verfolgte er keineswegs ihr Ziel, Deutschland zur führenden und herrschenden Macht in Europa zu machen. Das wird man in der Zeit seiner Herrschaft im neugegründeten Deutschen Reich noch deutlich erkennen. Auch lag ihm immer noch daran, dass Preussen in Deutschland Vormacht blieb; und das war im Reich schon nicht mehr so selbstverständlich, wie es im Norddeutschen Bund gewesen war. Im Gegenteil: Nachdem alle kleindeutschen Wünsche erfüllt waren, war das nächste sozusagen natürliche Nationalziel Grossdeutschland.

Wenn man bedenkt, dass die Geschichte des Deutschen Reiches dazu geführt hat, dass in seiner letzten und ausgreifendsten Periode ein Österreicher Reichskanzler war, dass dieser letzte Reichskanzler aus dem Kleindeutschland Bismarcks bald ein Grossdeutschland machte und dass dieses Grossdeutschland dann eine aggressive und expansive Politik betrieb, die der Bismarcks diametral entgegengesetzt war, dies alles begleitet von einer so begeisterten Stimmung, wie sie Bismarck in Kleindeutschland nie, nicht einmal 1870, entgegengeschlagen war – dann möchte man fast sagen, dass der höchste Triumph Bismarcks schon die Wurzeln seines Scheiterns enthielt und die Gründung des Deutschen Reiches schon den Keim seines Untergangs.
Bismarckzeit
Aber alle diese Dinge, die dazugehören und erwähnt werden müssen, scheinen mir nicht mein eigentliches Thema zu sein, denn das Deutsche Reich (das vom Augenblick seiner Geburt an todkrank war, wie der Historiker Arthur Rosenberg einmal geschrieben hat) ist nicht an seinen wirtschaftlichen Zuständen und Umständen, nicht einmal an seiner Innenpolitik zugrunde gegangen, sondern an seiner äusseren Lage und an seiner Außenpolitik.

von 1867 bis 1879 im Grossen und Ganzen von einer konser
tativen Grundlage aus liberale Politik mit den Liberalen
betrieben; am Ende war er sogar so weit, dass er einen der
Ihren, den Hannoveraner Bennigsen, in die preussische Re-
gierung aufnehmen wollte, eventuell sogar als Vize-Minister-
präsidenten. Das scheiterte. Trotzdem: Bismarck hat seine
liberale Periode ehrlich durchgehalten. Was er nicht voraus-
gesehen hatte, war, dass der Kompromiss mit den National-
liberalen nach 1871 zu einer inneren Befriedung nicht mehr
ausreichte.

Ungefähr zum Zeitpunkt der Reichsgründung sah sich Bis-
marck nämlich plötzlich zwei ganz neuen politischen Par-
teien und Kräften gegenüber, mit denen er nichts Besseres
anzufangen wusste, als einen Vernichtungskrieg gegen sie
zu führen, den er verlor. Das waren das Zentrum und die So-
zialdemokraten. Beide wurden etwa zur selben Zeit wie das
Reich gegründet, waren also die eigentlichen Reichspartei-
en. Bismarck nannte sie Reichsfeinde, zu Unrecht.

Er gründete seine Theorie der Reichsfeindschaft dieser Par-
teien auf ihre internationalen Verbindungen. Das Zentrum
war die Partei der deutschen Katholiken, und die katholische
Kirche war und ist ja unleugbar eine übernationale Einrich-
tung. Das Zentrum seinerseits war gerade in der damaligen
Zeit stark nach Rom orientiert – man schimpfte es ultram-
tan, weil es sozusagen über die Berge hinweg auf Rom
schaut. Das Interessanteste am Zentrum war aber auf die
Dauer etwas ganz anderes. Alle anderen deutschen Parteien

Das ist ihm nie gelungen. Das Zentrum war von Anbeginn
eine starke Partei, und es ist in den siebziger Jahren, der Zeit
des sogenannten Kulturkampfes (wie Bismarcks Vernich-
tungsfeldzug gegen das Zentrum genannt wurde), noch stär-
ker geworden.

Bei den Sozialdemokraten fehlte dieser Gesichtspunkt. Die
Sozialdemokraten bildeten eine Klassenpartei, und Bis-
marck hatte an sich durchaus einen Sinn dafür, dass auch die
Arbeiterklasse, der vierte Stand, sich politisch formieren,
mitreden, Interessen wahrnehmen wollte. Er hatte in den
sechziger Jahren mit Lassalle, einem der Gründungsväter der
Sozialdemokratie, freundschaftlich verkehrt, sogar gewisse
politische Pläne verfolgt, aus denen dann allerdings nichts
geworden war. Was Bismarck der Sozialdemokratie übel-
nahm, war nicht ihr Klassencharakter, sondern erstens ihre
internationale Einstellung und zweitens, noch wichtiger, ihre
damals noch revolutionäre Haltung.

Die Sozialdemokraten waren in ihrer Gründungszeit eine re-
volutionäre Partei, die den «grossen Kladderadatsch» im
Munde führte und offen verkündete, dass sie eine ganz an-
dere Gesellschaft, einen ganz anderen Staat wollte. Reichs-
feinde waren sie deshalb nicht. Sie wollten ihre Revolution
durchaus im Rahmen des Deutschen Reichs veranstalten.
Aber Bismarck hatte eine tiefe Abneigung gegen die Revo-
lution, die er von 1848 her mitgebracht hatte und die er le-
benslänglich nicht verlor. Er wollte eine Klassengesell-
schaft, er wollte eine Gesellschaft, in der seine Klasse –


Man kann hier noch etwas anderes anschliessen, nämlich dass Bismarck überhaupt in der zweiten Hälfte seiner Regierungszeit, seit 1879, versuchte, die wirtschaftlichen Interessen der verschiedenen deutschen Klassen politisch direkt anzusprechen. Im Jahre 1879 gründete er sein «Kartell der schaffenden Stände», also ein Bündnis zwischen Landwirtschaft und Grossindustrie; mit der Einführung von Schutzzöllen tat er beiden Gruppen einen Gefallen. Man könne sagen, dass er – fast ein wenig marxistisch – das Reich nicht
nur politisch, sondern auch sozialpolitisch, «ständisch»), als Einheit zu gestalten versuchte.
Dieses Reich wies bereits in der späten Bismarckzeit eine innenpolitische Doppelnatur auf, die ebenfalls bis in unsere Zeit in der Bundesrepublik weiterwirkt. Neben die Parteien traten die Verbände. Der Bund der Landwirte allerdings entstand erst nach Bismarcks Abgang, 1893, als Organisation der hauptsächlich ostelbischen Landwirtschaft, ein internes Bündnis übrigens zwischen Grossagrariern und Kleinbauern; aber schon vorher gab es den Zentralverband deutscher Industrieller, den Bund der Schwerindustrie; den Hansabund der exportorientierten Leichtindustrie, bei dem auch Finanzwelt und Banken stark beteiligt waren; schliesslich die Gewerkschaften, die ja ganz unabhängig von der sozialdemokratischen Partei die Lage der Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem Gebiet direkt zu verbessern suchten, nicht durch politische Revolution, sondern durch gemeinsamen Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, vor allem um höhere Löhne. Auch dies alles gehört zu dem, was Bismarck innenpolitisch bewirkt hat.
Bei alledem blieb die innenpolitische Stimmung in der ganzen Bismarckzeit unglücklich und gereizt, und das nicht nur wegen der Wirtschaftsflaute, sondern eben auch wegen Bismarcks Politik, und vielleicht noch mehr wegen des Stils der Bismarckschen Politik. Bismarck war nie ein Politiker der konzilianter, diplomatisch-geschmeidigen Art gewesen, er hat selten durch Liebenswürdigkeit triumphiert, und die Ver-
bitterung, die am Ende seines Lebens, nach seiner Entlassung, gänzlich Herr über ihn wurde, machte sich schon in der Stunde seines grössten Triumphs, im Januar 1871, scharf bemerkbar («Ich hatte mehrmals das dringende Bedürfnis, eine Bombe zu sein und zu platzieren, dass der ganze Bau in Trümmer gegangen wäre», schrieb er drei Tage nach der Kaiserproklamation aus Versailles an seine Frau). Man ist versucht zu spekulieren, dass Bismarck schon damals das Gefühl hatte, über sein eigentliches Ziel, das er 1867 erreicht hatte, hinausgeschossen, von seinem Bündnis mit dem Nationalismus zu weit getragen worden zu sein und etwas erreicht zu haben, das nicht funktionieren konnte und wahrscheinlich auf die Dauer nicht zu halten war. Der tiefe Pessimismus, mit dem der Bismarck der Nachreichsgründungsperiode auf sein Werk blickt, ist unverkennbar, und er bezieht sich sowohl auf die innere wie auf die äussere Lage des Reichs.

Innenpolitisch verbitterten ihn seine Dauerkämpfe mit den Parteien und dem Reichstag. 1867 hatte er dem (damals noch nur norddeutschen) Reichstag mit einem gewissen Übermut zugerufen: «Setzen wir Deutschland, sozusagen, in den Sattel! Reiten wird es schon können.» 1883 nahm er das, traurig sich selbst zitierend, ausdrücklich zurück: «Dies Volk kann nicht reiten!... Ich sage dies ohne Bitterkeit und ganz ruhig: Ich sehe schwarz in Deutschlands Zukunft» (Brief an Roon). Die Briefstelle bezieht sich auf das Innere, nicht das Äussere. Nach aussen aber plagte ihn die ganze Zeit der «Alb-

Es ist aber zweifelhaft, ob Bismarcks berechtigte Furcht vor feindlichen Koalitionen wirklich nur geographische und historische Gründe hatte. Eher waren es aussenpolitische. Machen wir uns klar, worin die grosse Veränderung bestand, die Bismarck mit der Reichsgründung 1870/71 bewirkte hatte und die der spätere englische Premierminister Disraeli schon damals «die deutsche Revolution» nannte. Bis dahin war die von Deutschen bewohnte europäische Mitte immer ein Gebiet vieler kleiner und mittlerer und zweier grosser Staaten gewesen, die lose miteinander (und mit anderen europäischen Mächten) verbunden waren und von denen ihre Nachbarn alles in allem nichts zu fürchten hatten. Man kann nicht sagen, dass der Deutsche Bund des Halbjahrhunderts von 1815 bis 1866 jemals der Gefahr überlegener Koalitionen der europäischen Gross- und Flügelmächte ausgesetzt gewesen wäre. Jetzt aber stand an seiner Stelle plötzlich ein ge-
annektierte Elsass «heim ins Reich» zu holen, war schwerlich Bismarcks Motiv. Bismarck hat sein neues Deutsches Reich nie mit dem alten Reich, das sein Zentrum ja nicht in Preußen hatte, identifiziert.


Bismarck hat immer geleugnet, dass er wirklich einen zweiten, einen Präventivkrieg gegen das wiedererstarkende Frankreich gewollt hat. Das ist durchaus glaubhaft. Es ging
ihm eher um Vorbeugung gegen den befürchteten französi-
ischen Revanchekrieg, um Einschüchterung. Aber nun ge-
schah etwas Unerwartetes. England und Russland, die im
Krieg des Jahres 1870 ja keineswegs eingeschritten waren –
Russland hatte damals sogar eine sehr wohlwollende Neut-
ralität gegenüber Preussen und dem werdenden Deutschen
Reich eingenommen –, England und Russland also interven-
nierten jetzt in Berlin. Sie erklärten, dass sie einer weiteren
Schwächen Frankreichs nicht untätig zusehen würden.
Zum erstenmal zeigte sich so etwas wie ein Vorschatten des
Ersten Weltkrieges: jene mögliche Koalition zwischen
Frankreich, England und Russland, der das Deutsche Reich
trotz all seiner Stärke nach menschlichem Ermessen nicht
gewachsen sein konnte und der es sich aussetzte, wenn es
über das 1871 Erreichte hinausging.
Bismarck war tief gekränkt: Er hatte sich bei seinen Droh-
gebärden in der Abwehr, nicht im Angriff gefühlt, und er
reagierte mit tiefer, auch persönlicher Verbitterung gegen-
über den damals regierenden englischen und russischen
Staatsmännern, insbesondere dem russischen Kanzler Gort-
schakoff. Wichtiger ist etwas anderes: Erst seit der «Krieg-
in-Sicht-Krise» des Jahres 1875 ersetzte der «Albdruck» der
Koalitionen für Bismarck den «Albdruck» der französischen
Revanche. Und erst seit diesem Zeitpunkt kann man von ei-
er aktiven Friedenspolitik Bismarcks reden – einer Politik,
die das Interesse des Deutschen Reiches mit der Verhinde-
rung eines Krieges zwischen europäischen Grossmächten
gleichsetzte. Es ist diese Politik, die heute den Ruhm Bis-
marcks ausmacht. Aber es ist tief bedenkenswert, dass es
auch ihm nicht gelungen ist, das Deutsche Reich vor gefähr-
denen Verstrickungen zu bewahren.

Bismarck hat die Grundsätze seiner Friedenspolitik in dem
berühmten Kissinger Diktat von 1877 niedergelegt, dessen
Kernsatz lautet: «Das Bild, welches mir vorschwebt: nicht
das irgendeines Ländererwerbs, sondern das einer politi-
schen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte ausser Frank-
reich unserer bedürfen und von Koalitionen gegen uns durch
ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten
werden.» Dazu zunächst eine Fussnote. Sie bezieht sich auf
die zwei Worte «ausser Frankreich». 1860 hatte Bismarck
noch in einem Brief an seinen damaligen Mentor Leopold
von Gerlach geschrieben, er müsse sich die Möglichkeit ei-
es Zusammengehens auch mit Frankreich trotz aller Beden-
ken offenhalten, «weil man nicht Schach spielen kann, wenn
einem 16 Felder von 64 von Hause aus verboten sind». Jetzt
nahm er diese Einschränkung als unvermeidlich hin. Ein
furchtbares Handikap, wenn man es bedenkt.

Im Übrigen bedeutete Bismarcks Politik viel strengen Ver-
zicht. Sie lässt sich in fünf Punkten zusammenfassen:
1. Verzicht auf jede territoriale Vergrösserung in Europa.
2. Im Zusammenhang damit Niederhaltung aller expansio-
nistischen Bestrebungen in Deutschland, insbesondere aller
grossdeutschen Bestrebungen.
3. Ständige Entmutigung aller Anschlusswünsche der «uner-
lösten» Deutschen, die von der Reichsgründung ausge-
sehen geblieben waren, insbesondere der österreichi-
schen und baltischen Deutschen.
4. Strikte Nichtbeteiligung an der überseeischen Kolonial-
politik der übrigen europäischen Mächte. Die sollte im Ge-
genteil gerade dazu dienen, diese Mächte nach aussen, «an
die Peripherie» abzulenken und von Koalitionen gegen die
europäische Mitte abzuhalten.
5. Wenn nötig, aktive Verhinderung innereuropäischer
Kriege, auch wenn das Deutsche Reich nicht unmittelbar be-
teiligt oder betroffen war. Das Deutsche Reich sollte «das
Bleigewicht am Stehaufmännchen Europa» sein. Dies in der
Erkenntnis, dass europäische Kriege eine innenwohnende
Tendenz zur Ausbreitung hatten und haben.

Im Ganzen eine äusserst respektbare Friedenspolitik, und
eine, die im nachbismarckschen Deutschen Reich niemals
eine Nachfolge gefunden hat. Man kann übrigens nicht sa-
gen, dass sie zu ihrer Zeit in Deutschland populär gewesen
wäre. Die «weltpolitische» Dynamik des Wilhelminischen
Deutschland, der Revisionismus der Weimarer Republik und
die Eroberungspolitik Hitlers errregten eine ganz andere Be-
geisterung. Das wirklich Ausserordentliche ist nun aber,
dass es auch Bismarck selbst, bei bestem Willen und grösster
politischer Kunstfertigkeit, nicht gelungen ist, sein Deut-


Wir beschäftigen uns mit Bismarcks programmwidriger Kolonialpolitik zuerst, obwohl sie zeitlich später liegt, weil sie schneller abzutun ist: eine seltsame Episode ohne nachweisbare Langzeitfolgen.

Die «sozialimperialistischen» Weltmachtwünsche in Deutschland bestanden durchaus fort und sind sogar erst nach Bismarcks Abgang voll zum Tragen gekommen. Bismarck selbst aber ist im Ganzen, so wird man ihm wohl trotz seines Ausrutschers von 1884/85 zugutehalten können, ein Mann der kolonialen Zurückhaltung geblieben, der immer wieder betont hat: Der Wettlauf um Kolonien und um Weltmacht ist nichts für Deutschland, das können wir uns nicht leisten, Deutschland muss zufrieden sein, wenn es seine innereuropäische Stellung wahren und sichern kann.

Dennoch ist das Deutschland Bismarcks auch innereuropäisch schon sehr bald nach dem Kissinger Diktat von 1877 ins Gedränge gekommen, und zwar durch einen Dauervorgang am südöstlichen Rande Europas, der während des ganzen 19. Jahrhunderts europäische Krisen hervorbrachte: Das war die
langsamer Auflösung des Osmanischen Reiches und das Loslösungsstreben seiner christlichen, größtenteils slawischen Bevölkerungsteile auf dem Balkan.

Die Russen nahmen sich dieser anti-türkischen Befreiungsbewegungen der Balkanvölker unter zwei Gesichtspunkten an: erstens einem ideologischen, nämlich der beginnenden panslawistischen Bewegung in Russland, zweitens einem machtpolitischen: dem Drang zum Mittelmeer. Es musste immer ein russisches Ziel sein, in der einen oder anderen Form die Kontrolle über die türkischen Meerengen zu bekommen, so dass es die russische Flotte ins Mittelmeer strömen lassen und zugleich die englische Flotte, die damals im Mittelmeer massgebend war, aus dem Schwarzen Meer heraushalten konnte.

Stehaufmännchen Europa werden. Das heisst, es sollte seinen immerhin beträchtlichen Einfluss ausüben, um nicht in europäische Krisen, die an sich keine deutsche Sache waren, hineingezogen und so möglicherweise in einen neuen Krieg verwickelt zu werden. Daher fühlte sich Bismarck jetzt verpflichtet, im deutschen Interesse und im Interesse des europäischen Friedens – die er als zusammenfallend ansah – einzuteilen, um zu versuchen, den sich anbahnenden großen Krieg zwischen Russland auf der einen und England und Österreich auf der anderen Seite zu verhindern.


Das war eine sehr vorsichtige Art, an eine sehr gefährliche
Die Russen glaubten dabei zweierlei. Erstens gingen sie davon aus, dass die alte preussische Freundschaft und Anhänglichkeit weiterbestehen würde, was in Anbetracht der Tatsache, dass das Deutsche Reich inzwischen von Preussen geführt wurde, natürlich nur von Vorteil für sie sein konnte. Und zweitens glaubten sie, durch ihr Verhalten 1866 und 1870 einen direkten Anspruch auf unmittelbare Dankbarkeit, auf einen Gegendienst, erworben zu haben.

Statt dass Bismarck ihnen nun diesen Gegendienst erwies, tat er genau das, was er selbst 1866 und 1870 – nicht zuletzt mit russischer Hilfe – so peinlich vermieden hatte, nämlich einen bilateralen Streit zum Gegenstand eines europäischen Kongresses zu machen. Und auf diesem Kongress wurden Russlands Gewinne erheblich geschmälert.

Bismarck behauptete später, er habe auf dem Berliner Kongress beinahe die Rolle eines zusätzlichen russischen Vertreters gespielt, und sicher musste ihm daran gelegen sein, die grosse Enttäuschung, die der Kongress für Russland bedeutete, möglichst zu mildern. Das ändert nichts daran, dass er Russland durch den Kongress als solchen wie auch durch dessen Regelungen in den Arm gefallen ist. Bismarck brachte ein siegreiches Russland um einen Teil der Früchte seines Sieges und verschaffte obendrein Österreich, das gar nicht gekämpft hatte und das der ständige Rivale Russlands auf dem Balkan war, eine unverdiente Kompensation, nämlich das Recht auf die Besetzung Bosniens und der Herzegowina. Es ist zu verstehen, dass sich die Russen tief enttäuscht


Das wird man ihm zugestehen dürfen. Während die deutschen und österreichischen Generalstäbe in den späten achtziger Jahren bereits eifrig Präventivkriegspläne gegen Russland bastelten, schrieb er an den Chef des Militärkabinetts: «Unsere Politik hat die Aufgabe, den Krieg, wenn möglich, ganz zu verhüten, und geht das nicht, ihn doch zu verschieben. An einer anderen würde ich nicht mitwirken können.»

Und doch hat Bismarck bei grösstem staatsmännischen Geschick und bester ehrlicher Absicht das, was er erreichen wollte, in seiner Zeit nicht ganz erreicht. Er selbst hat dem Deutschen Reich bei seiner Gründung mit der Grossmacht Frankreich einen nicht zu befriedigenden Dauergegner, einen sogenannten «Erbfeind» geschaffen; und er hat durch
Kaiserzeit
Der Abgang Bismarcks im März 1890 hatte zwei unmittelbare Folgen; eine innenpolitische: das Sozialistengesetz wurde nicht verlängert; und eine aussenpolitische: der Rückversicherungsvertrag mit Russland wurde nicht verlängert. Beides wirkte langfristig. Es war nicht so, dass sofort ein tiefes Zerwürfnis mit Russland eingetreten wäre, es war auch nicht so, dass sich bei den Sozialdemokraten sofort etwas änderte. Aber, um auf das zweite zuerst einzugehen, langfristig änderte sich umso mehr. Die Sozialdemokraten hörten in der Folgezeit allmählich auf, eine revolutionäre Partei zu sein, und wurden eine Reformpartei.

Womit wir uns zunächst einmal der Innenpolitik des Kaiserreichs zuwenden, um die grosse atmosphärische Veränderung aufzuzeigen, die sich schon sehr bald nach der Entlassung Bismarcks einstellte und die bis zum Kriegsausbruch 1914 ständig deutlicher wurde. Das Bismarckreich war, wie geschildert, innenpolitisch kein glückliches Reich gewesen: im Ganzen eine Periode der Gehemmtheit und Unzufriedenheit fast aller politischen Kräfte in Deutschland – und zudem eine ewige Wirtschaftsflaute, die übrigens noch ein paar Jah-
re über Bismarck hinaus andauerte. Der grosse wirtschaftli-
che Umschwung und Aufschwung kam 1895. Die Hochkon-
junkturwelle, die in diesem Jahr einsetzte, hielt dann fast un-
gebrochen bis zum Ersten Weltkrieg an. Nur in den Jahren
1901 und 1908 gab es zwei kleine Rezessionen, im Grossen
und Ganzen aber war die Kaiserzeit eine Periode wirtschaft-
llicher Blüte und allgemeiner Prosperität, die auch die Arbei-
terklasse erfasste. Woran das lag, daran rätselt man heute
immer noch herum – was allerdings kein Wunder ist, denn
man kann langzeitige Wirtschaftsprognosen ja auch in unse-
ren Tagen noch nicht stellen.
Es gibt aber immerhin eine einleuchtende Theorie, die man
gerecht hier bestätigt findet. Das ist die Theorie von Schump-
peter und Kondratjew, dass der Aufschwung der Wirtschaft
mit grossen Innovationen zusammenhängt. Die Wirt-
schaft beginnt zu stagnieren und unter Umständen sogar zurückzu-
geben, wenn keine technischen oder wissenschaftlichen In-
novationen bereitstehen. Das war in der ganzen Bismarck-
zeit so gewesen. Davor hatte die industrielle Revolution ge-
legen, die Zeit der Dampfmaschinen und Eisenbahnen, die
Epoche von Stahl und Eisen. Die klassischen Manufakturen
hatten sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts in mechani-
sierte Fabriken verwandelt – und dann kam in den siebziger
und achtziger Jahren eigentlich lange Zeit nichts Neues. Das
Vorhandene ging natürlich weiter: Es wurden weiter Eisen-
bahnen gebaut, Arbeiter in bestehenden Industrien weiter
beschäftigt, die Industrien dehnten sich mässig aus; im Gan-
zen aber war die Wirtschaftsepoch eine Zeit fehlender An-
triebe. Eine solche herrschte von 1873 bis 1895. In den neun-
ziger Jahren kamen dann gleich mehrere grosse Innovatio-
en auf einmal, vor allen Dingen die allgemeine Elektrifizie-
rung, daneben auch schon die Anfänge der Motorisierung,
die Anfänge des Funkwesens. Und die Neuerungen brachten
auch in das Alte wieder neuen Schwung.

Dieser wirtschaftliche Prozess hat sich zunächst sozial aus-
gewirkt und dann im nächsten Schritt auch politisch. Sozial
insofern, als der Klassenkampf allmählich an Schärfe verlor.
Zwar hatte man damals noch nicht die grosse Entdeckung
späterer Zeiten gemacht, dass die Arbeiter nicht nur einen
Kostenfaktor darstellen, sondern auch eine Konsumenten-
masse, und dass es daher im Interesse der Industrie liegt,
nach einigen Scheinkämpfen mit den Gewerkschaften im-
mer wieder höhere Löhne zuzugestehen. Wohl aber war es
so, dass Arbeitskräfte knapper wurden, dass die Gewerk-
schaften anfingen, eine gewisse Rolle zu spielen, und dass
die Arbeitgeber von dem alten «ehernen Lohngesetz», so
niedrige Löhne wie möglich zu zahlen, langsam abkamen o-
der abgebracht wurden. Das bedeutete einen gewissen sozi-
alen Frieden, und dieser soziale Friede wirkte sich eben auch
politisich aus, und zwar hauptsächlich in der Entwicklung der
deutschen Sozialdemokratie.

Die deutsche Sozialdemokratie war ja bei ihrer Gründung
eine revolutionäre Partei gewesen, die die Gesellschaft völ-
lig umgestalten wollte. Unter dem Einfluss der ersten Inter-

Diese Entwicklung setzte sich zunächst in der Partei offiziell nicht durch; in den ewigen Revisionismusdebatten der Parteitage unterlagen die Revisionisten regelmässig. Unter der Hand wurden sie aber trotzdem immer stärker, was sich dann schlagartig 1914 herausstellte, als die Sozialdemokraten den Krieg mitmaachten, und noch mehr 1918, als sie bereit waren, nach dem verlorenen Krieg «in die Bresche zu springen», wie ihr Parteivorsitzender Ebert es ausdrückte. Das sind zwar alles Zukunftsentwicklungen; man kann an den Ereignissen von 1914 und 1918 aber erkennen, wie sich die innenpolitische Atmosphäre in der Kaiserzeit, ohne dass das programmatisch erklärt worden wäre, vorher entspannt hatte. Es gab im Kaiserreich nie mehr so etwas wie den preußischen Verfassungskonflikt, keinen Kulturkampf, keine Sozialistenverfolgung. Der Reichstag mit seinen Parteien wurde innenpolitisch immer wichtiger für die Regierungen, weil sie
ständig neue Gesetzesvorlagen durchbringen mussten, für die der Reichstag zuständig war. (Die Kaiserzeit war eine Periode grosser Gesetzkodifizierungen. Vor allem das Bürgerliche Gesetzbuch von 1900 war im genaue...
mit seinem Nationalitätenproblem: zu alledem gibt es im da-
maligen Deutschen Reich nichts Vergleichbares.
Die Wilhelminische Zeit war im Gegenteil innenpolitisch
eine gesunde, sie war sogar eine glückliche Zeit – die glück-
lichste, die das Deutsche Reich in seiner kurzen Lebenszeit
gehabt hat. Nicht innenpolitisches Unglück und innenpoliti-
sche Gefahr trieben das Deutsche Reich in dieser Zeit auf
einen neuen – und wie sich zeigen sollte, sehr gefährlichen
– aussenpolitischen Kurs, sondern im Gegenteil das über-
mässige Kraft- und auch Harmoniegefühl, das sich in dieser
Zeit entwickelte. Allen Klassen ging es ständig besser. Und
damit ging eine Art Charakterwandel der Deutschen einher
– der nun freilich kein Wandel zum Besseren genannt wer-
den kann. Die Deutschen der Zeit vor 1848 und auch noch
der Bismarckzeit waren eine im Grunde bescheidene Nation
gewesen. Ihr höchstes Ziel bestand darin, unter einem Dach
vereint zu sein, und das hatten sie erreicht.
Aber seit Bismarcks Abgang bildete sich so etwas wie ein
Grossmachtfühl heraus. Sehr viele Deutsche der Wilhel-
minischen Zeit, und zwar Deutsche aus allen möglichen
Schichten, erblickten plötzlich eine grosse nationale Vision,
ein nationales Ziel vor sich: Wir werden Weltmacht, wir
breiten uns in der ganzen Welt aus, Deutschland in der Welt
voran! Zugleich gewann ihr Patriotismus einen anderen Cha-
rakter als früher. Was die Deutschen dieser Zeit erhob und
beschwingte, ihr «Nationalismus», war jetzt weniger ein Ge-
hatten. Insofern kann man sicherlich auch von einer gewissen Rückständigkeit in Deutschland sprechen.


Bismarck hatte 1888 noch gesagt – ich habe das schon im vorigen Abschnitt zitiert «Meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Russland und hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte. Das ist meine Karte von Afrika.» Wo-
mit er sagen wollte, Deutschland sei in Europa hinlänglich beschäftigt und hinlänglich eingeengt, um auf Abenteuer in anderen Erdteilen verzichten zu müssen und verzichten zu können. Diese Meinung, die selbst zu Bismarcks Zeiten schon nicht mehr die allgemeine gewesen war, änderte sich jetzt grundsätzlich.

Wenn man so dachte – und auch in Deutschland dachten jetzt viele massgebende Männer so –, dann war das Deutsche Reich allerdings im Verhältnis zu seiner industriellen Macht weit zurückgeblieben. Gewiss hatte Bismarck einmal ein paar afrikanische Kolonien gegründet (um sie alsbald wieder zu vernachlässigen), aber von einem deutschen Weltreich konnte nicht die Rede sein. Deutschland war immer noch eine europäische Grossmacht, keine Weltmacht. Jetzt aber wollte es Weltmacht werden. Das Motto für das Wilhelminische Zeitalter hatte Max Weber geliefert, der 1895 sagte: «Wir müssen begreifen, dass die Einigung Deutschlands ein Jugendstreit war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluss und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtpolitik sein sollte.»

Mit deutscher Weltpolitik legte sich nun aber das Reich notwendigerweise mit der vorherrschenden Weltmacht England an. Die Deutschen wollten nicht das britische Empire zerstören, so weit gingen sie damals – und übrigens auch später – nie. Es schwebte ihnen aber vor, dass das europäische Gleichgewicht, das von England gesteuert wurde, durch ein Weltgleichgewicht ersetzt werden müsste, in dem Deutschland zusammen mit den älteren Kolonialmächten eine Weltmacht unter anderen war, während England gleichfalls auf den Status einer Weltmacht unter anderen reduziert werden musste. Der Reichskanzler Bülow fasste das in der Formel zusammen:
«Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir wollen auch einen Platz an der Sonne.»


Aber die Deutschen, methodisch, wie sie nun einmal sind, sagten sich, dass eine deutsche Weltmachtstellung mit dem Bau einer deutschen Flotte, mit deutscher «Seegeltung», beginnen müsste. Was ja logisch schien. Wenn man eine Weltmacht werden wollte, wenn man bei dem kolonialen Wettlauf mithalten und vorankommen wollte, dann brauchte man zunächst einmal das Instrument dazu, nämlich eine bedeutende Flotte, die die Übersee-Erwerbungen erst ermöglichen und später verteidigen würde. Nicht weniger logisch war aber, dass man sich mit dieser Flottenpolitik unvermeidlich in eine neue Gegnerschaft zu England begab, denn England
musste sich durch den Bau einer grossen, konkurrenzfähigen deutschen Flotte unmittelbar herausgefordert fühlen. Das wog insofern doppelt schwer, als man auf dem Kontinent ja ohnehin schon einer französisch-russischen Allianz gegenüberstand, mit der Aussicht, dass jeder europäische Krieg für Deutschland ein Zweifrontenkrieg werden würde. In dieser Situation wäre es eigentlich das Gegebene gewesen, eine Annäherung an England zu suchen, die auch nicht ganz unmöglich schien.

genzutreten, falls diese sich wieder in Richtung Konstantinopel in Marsch setzen sollten. 
Es hätte damals nahegelegen, dass Deutschland sich dieser Verbindung anschloss. Damit hätte sich dann eine Dauerkombination ergeben zwischen Deutschland, Österreich, Italien und England auf der einen und Russland und Frankreich auf der anderen Seite. Auch in dieser Konstellation hätte Deutschland zwar möglicherweise einen Zweifrontenkrieg zu bestehen gehabt – aber mit englischer Rückendeckung, die ihn womöglich gewinnbar, jedenfalls aussichtsreicher gemacht hätte, als er dann später wurde.
Bismarck hatte das vermieden. Er hatte die deutsche Option zwischen England und Russland immer aufrechtzuerhalten versucht, vielleicht sogar mit dem Hintergedanken, im schlimmsten Fall Österreich fallenzulassen und die alte deutsch-russische Gemeinschaft wiederherzustellen. Der Mittelmeerallianz, die er förderte, hat er sich selbst nicht angeschlossen, sondern war im Gegenteil an das nun etwas isoliert dastehende Russland freundlich herangetreten und hatte den problematischen «Rückversicherungsvertrag» abgeschlossen. Aber dieser Rückversicherungsvertrag wurde bei Bismarcks Abgang, als er gerade zur Erneuerung anstand, sofort fallengelassen, und damit fiel das letzte schwache Hindernis der russischen Allianz mit Frankreich weg, die seit 1878/79 im Entstehen war. 1894 wurde sie offiziell abgeschlossen. Umso näher lag es jetzt für Deutschland, nun doch auf die alte, noch immer bestehende Mittelmeerallianz


Dieser Umschlag erfolgte in der englischen Politik verhältnismässig spät, nämlich erst 1904, was die Annäherung an Frankreich, und erst 1907, was die Annäherung an Russland betraf. 1904 legte England seine Kolonialkonflikte mit Frankreich im Wesentlichen bei, die sich gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts noch einmal gefährlich zugespiitzt

Diese Krise zeigte sehr deutlich den Mangel an Koordination in der deutschen Außenpolitik. 1905 war Russland in einen Krieg mit Japan verwickelt, der für Russland schlecht ausging; Russland erlebte eine erste Revolution, es fiel in Europa als Macht vorübergehend nahezu aus. Im deutschen Generalstab, der damals von Alfred von Schlieffen geführt wurde, einer sehr wichtigen Figur der deutschen Politik dieser Zeit, bildete sich darauf der Gedanke eines Präventivkrieges gegen Frankreich aus. Die russisch-französische Allianz schien momentan lahmgelegt, Russland handlungsunfähig, Frankreich hatte sich stattdessen durch den Kolonialausgleich mit England auf Annäherung an England festgelegt: Jetzt schien Schlieffen eine Gelegenheit gegeben, in-
dem er Marokko als Vorwand benutzte, mit Frankreich «abzurechnen». Er sah die Gelegenheit gekommen, Frankreich in einem einseitigen Krieg, in dem Russland nicht wirklich eingreifen, England auf dem Festland kaum eine Rolle spielen konnte, so zu schwächen, dass es für künftige Großmachtkombinationen auf lange Zeit nicht mehr in Frage kam.

Diese vom Generalstab ausgehende Planung wurde vom damals einflussreichsten Mann im Auswärtigen Amt, dem Vortragenden Rat Holstein, gutgeheissen, und er überredete den Reichskanzler und Außenminister Bülow, sich dieser Politik anzuschliessen. Bülow wollte aber keinen Krieg, er wollte einen rein diplomatischen Triumph, der den Franzosen beibrachte, dass ihnen weder die russische Allianz noch die Entente mit England im Ernstfall etwas nützte, und der es unter Umständen für künftige deutsche Kombinationen wieder zugänglich machen sollte.

Der Kaiser schliesslich wollte überhaupt keine Krise und schon gar keinen Krieg. Im Gegensatz zu manchen unschön auftrumpfenden Äusserungen, die er gelegentlich von sich gab, war Wilhelm II. im Grunde genommen eine sensible, nervöse und friedliebende Natur. Er liess sich sehr widerwillig nach Tanger schicken und ist später in der sich daraus entwickelnden Krise stets vor weiteren Schritten zurückgeschreckt.

Hier mischte sich nun das Deutsche Reich als treuer Verbün-

Und dann gab es 1911 eine zweite Marokko-Krise. Auf die Einzelheiten will ich nicht eingehen. Frankreich hatte mögli-
noch in keiner Weise gebunden, in einem Festlandskrieg auf der Seite der französisch-russischen Allianz einzugehen. Trotzdem wurde jetzt zum ersten Male ein Mitglied der englischen Regierung, der Schatzmeister und spätere Kriegspremier Lloyd George, vorgeschickt, um in einer sensationellen, in Deutschland als Herausforderung empfundenen Rede zu verkünden, dass England nicht zusehen würde, wenn Frankreich bedroht würde. Ausserdem begannen in diesem Jahr 1911 erneut englisch-französische Generalstabsbesprechungen, die zu konkreteren Ergebnissen führten als die vorhergehenden von 1904/05. Es wurde in Aussicht genommen, dass in einem französisch-deutschen Kriege eine englische Expeditionsstreitmacht auf dem äussersten linken französischen Flügel auftreten würde. Die Wolken verdichteten sich in einer Weise, dass man ab 1911 von einer Vorkriegsatsphäre sprechen kann. 

auch die Sozialdemokraten zustimmten (die Heereserweiterung wurde aus einer Vermögensabgabe finanziert, was ihnen die Zustimmung erleichterte). Russland hatte schon seit der bosnischen Krise begonnen, ausserordentlich stark aufzurüsten, insbesondere seine strategischen Eisenbahnen in Polen auszubauen, seine Festungen zu verstärken, eine sehr viel stärkere Artillerie zu entwickeln. Das waren freilich langfristig angelegte Anstrengungen, von denen man annahm, dass die Russen damit erst etwa 1916/17 fertig werden würden.

ist uns die Idee der «Rüstungskontrolle» sehr geläufig: der Versuch also, eine Konfliktsituation auf einem bestimmten Gebiet des Wettrüstens durch gegenseitiges Einvernehmen über das Mass der Rüstung zu entschärfen. Das war schon damals das Ziel der Briten.


Die Haldane-Mission scheiterte demzufolge, was natürlich eine weitere Verschärfung der deutsch-englischen Spannungen bedeutete. Und trotzdem wurde auch in den Jahren 1913 und 1914 zwischen Deutschland und England weiter verhandelt, freilich weniger auffällig. Dabei ging es um einen dop-
damals zwischen England und Deutschland verhandelt, und zwar ebenfalls erfolgversprechend. Das deutsche Weltmachtstreben hatte in den Jahren seit 1900 zwei Richtungen: Es war in erster Linie auf einen grossen Gebietserwerb in Afrika angelegt, daneben aber auch auf eine, allerdings in ihrer Methodik noch ausserordentlich unbestimmte Ausdehnung nach Südosten. Dabei sollte aus dem deutsch-österreichischen Bündnis zusammen mit einem neuen deutschtürkischen Bündnis so etwas wie ein grosses Einheitsgebilde zunächst wirtschaftlicher Art werden; die Balkanstaaten hoffte man ganz oder zum Teil in dieses System hineinzunötigen. Symbolisiert wurde es durch das grandiose Unternehmen einer Bahnverbindung zwischen Berlin und Bagdad, der berühmten «Bagdadbahn». Das Deutsche Reich wollte sich gewissermassen zwischen dem russischen und dem englischen Interessengebiet eine eigene grosse Einflussphäre schaffen, wobei allerdings unklar blieb, wie man dort eigentlich ein wirtschaftlich-politisches Einheitsgebilde zustande bringen wollte und welche Form es annehmen sollte. Denn noch fühlte und benahm sich ja Österreich als Grossmacht, und auch das Osmanische Reich war noch eine, wenn auch absinkende, eigenständige Macht. Das Deutsche Reich war damals bestrebt, ein sehr enges Verhältnis mit dem Osmanischen Reich herzustellen, das durch die «jungtürkische» Revolution von 1908 eine Verjüngung zu erleben schien. Eine deutsche Militärmission in Konstantinopel sollte die türkische Armee nach deutschen Massstäben auszubilden. Zu-
Das war die Spekulation, die Bethmann Hollwegs Politik in der Sommerkrise 1914 zugrunde lag. Doch durch diese Rechnung sollte die deutsche Militärplanung einen dicken Strich machen.
Erster Weltkrieg

Der Begriff «Kriegsschuld» ist für die Zeit von 1914 völlig unangemessen. Krieg war damals ein legitimes Mittel der Politik; jede Grossmacht rechnete jederzeit mit Kriegsmöglichkeiten, jeder Generalstab führte theoretisch ständig Krieg gegen irgendwelche gegnerischen Kombinationen, und wenn sich eine günstige Kriegsmöglichkeit ergab, galt es nicht als unmoralisch oder gar verbrecherisch, davon Gebrauch zu machen. In Bezug auf den deutschen Anteil am Kriegsausbruch ist etwas ganz anderes interessant. Der mög-
liche Krieg von 1914 wurde nämlich von der deutschen politischen Reichsleitung, also besonders vom Reichskanzler Bethmann Hollweg, ganz anders gedacht und geplant als vom Generalstab, und dann zeigte sich auch noch, dass die Generalstabsplanung militärisch falsch gewesen war. Es lohnt sich, diese beiden Punkte näher in Augenschein zu nehmen.

Bereits in den Jahren nach 1911 war in ganz Europa eine Vorkriegsstimmung aufgekommen. Man rechnete mit einem kriegerischen Zusammenstoss, man plante ihn auf allen Seiten bereits als ziemlich wahrscheinlich ein, und für alle kam es darauf an, den Krieg so einzufädeln, dass er unter möglichst günstigen Anfangsbedingungen und mit möglichst guten Aussichten begann.

Bethmann Hollweg hatte sich die Sache so zurechtgelegt – wie aus allem hervorgeht, was man inzwischen über seine Gedankengänge in den Vorkriegsjahren weiß –, dass der Krieg wahrscheinlich kommen werde und dass es für das Deutsche Reich drei Bedingungen gab, unter denen er geführt und vielleicht sogar gewonnen werden konnte: Österreich müsste mitmachen, die Sozialdemokraten müssten mitmachen, und England müsste neutral bleiben.

Im Lichte dieser drei Bedingungen war die Lage, die sich im Jahre 1914 nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajevo plötzlich herausstellte, eine denkbar günstige. Der Krieg würde in erster Linie kein deutscher, sondern ein österreichischer Krieg sein, ein österreichischer
Krieg gegen Serbien. Wenn Russland in diesen Krieg zugunsten Serbiens eingriff, dann war es erstens sicher, dass man Österreich auf seiner Seite hatte – es war ja sogar in erster Linie ein österreichischer, nicht ein deutscher Krieg –, und zweitens war es auch so gut wie sicher, dass die deutschen Sozialdemokraten einen Krieg gegen das zaristische Russland gutheissen würden. Drittens aber, und das war das Beste, würde England in einen solchen reinen Ostkrieg wahrscheinlich nicht eingreifen, jedenfalls nicht sofort – was eine durchaus richtige Rechnung war. England hatte sich in seiner Geschichte aus rein osteuropäischen Verwicklungen immer herausgehalten. Auch in diesem Fall waren seine Interessen nicht besonders betroffen; eine gewisse Gewichtsverschiebung zwischen Österreich und Russland zugunsten Österreichts wäre für England durchaus annehmbar, vielleicht sogar erwünscht gewesen.

Das alles setzte aber voraus, dass der Krieg auch militärisch das blieb, was er seiner politisch-diplomatischen Entstehungsgeschichte nach eigentlich hätte sein müssen: ein osteuropäischer Krieg zwischen Deutschland und Österreich auf der einen, Russland und Serbien auf der anderen Seite. Der Kriegsverlauf, wenigstens in der Anfangsphase, hätte so aussehen müssen: Ein durch den Mord in Sarajevo provoziertes Österreich griff Serbien an; Russland kam seinem Schützling Serbien zu Hilfe, indem es Österreich angriff; Deutschland kam seinem Verbündeten Österreich zu Hilfe, indem es Russland angriff. Es musste dann zwar damit rech-
nen, dass im Westen Frankreich seinem Verbündeten Russland zu Hilfe kommen würde, indem es Deutschland angriff. Dann aber würde Deutschland im Westen der angegriffene Teil sein, und wenn es sich dort rein defensiv verhielt, brauchte es mit einem Eingreifen Englands nicht unbedingt zu rechnen.


Merkwürdigerweise wurde mit keinem Wort näher erläutert, was dieses «an seiner Seite stehen» militärisch konkret bedeuten würde. Wörtlich genommen, hätte es eigentlich bedeuten müssen, dass Deutschland gegen Russland offensiv werden würde, wenn Russland gegen Österreich offensiv vorginge. Wenn man den Österreichern klar gesagt hätte, dass Deutschland sich gegen Russland zunächst völlig defensiv verhalten und stattdessen den österreichisch-russischen Konflikt als Anlass zu einer Offensive gegen Frankreich und Belgien benutzen werde, wäre die Entscheidung über Krieg und Frieden in Wien vielleicht anders ausgefallen, als es dann tatsächlich der Fall war.

So verhielt es sich aber. Der deutsche Generalstab hatte einen Kriegsplan, der unbedingt, wo auch immer das politische Zentrum der kriegauslösenden Krise lag, mit einem
Blitzkrieg gegen Frankreich begann. Und das mit einem vorherigen Durchmarsch durch das neutrale Belgien, weil der deutsche Generalstab (militärisch wahrscheinlich zu Recht) glaubte, dass ein Krieg an der auf beiden Seiten stark befestigten deutsch-französischen Grenze keinen Blitzsieg verspreche. Der Plan (der berühmt-berüchtigte «Schlieffen-plan») war vielmehr, über Belgien den Aufmarsch der Franzosen an ihrer Ostgrenze zu umgehen, ihnen in die Flanke und in den Rücken zu fallen, sie in einer gewaltigen Schwingbewegung gegen die Schweizer Grenze zurückzudrücken und dort zu vernichten.

nicht hinnehmen. Darüber hinaus existierte noch ein juristi-

scher Gesichtspunkt, denn die europäischen Grossmächte, 

inklusive Deutschlands, hatten seit Jahrzehnten die Neutra-

lität Belgiens garantiert. Das stärkste Interesse an dieser 

Neutralität lag bei England; es konnte nicht untätig zusehen, 

wie sein belgischer Puffer zerstört wurde. Mithin verfolgte 

Bethmann einen Kriegsausbruchsplan, der ihm schon im 

Voraus von der deutschen Generalstabsplanung aus der 

Hand geschlagen war.

Ein ewiges Rätsel bleibt, dass dieses Problem bis zum 1. Au-

gust 1914, dem Tag des Kriegsausbruchs, in der Führung des 

Deutschen Reiches niemals diskutiert worden ist. Denn es 

steht ausser Zweifel, dass Bethmann, ebenso wie sein Vor-

gänger Bülow, über den Schlieffen-Plan unterrichtet war. 

Merkwürdigerweise scheint er ihn aber nicht ganz ernst ge-

nommen, sich seine politischen Implikationen nicht ausge-

rechnet zu haben. Offenbar ging Bethmann davon aus, dass 

militärische Pläne im letzten Augenblick geändert werden 

können.

Was geschah nun am 1. August? Dem Kriegsausbruch war 

 Eine hektische Woche diplomatischer Tätigkeit vorausge-

gangen, in der England eine vermittelnde Rolle gespielt 

hatte. Aus London waren zwei Vorschläge gekommen. Der 

erste regte eine Botschafterkonferenz der vier am österrei-

chisch-russischen Konflikt nicht unmittelbar beteiligten 

Mächte England, Deutschland, Frankreich und Italien an, die 

an Österreich und Russland gemeinsame Vorschläge richten


Aber er hatte eigentlich kein Recht, entrüstet zu sein. Ein Generalstab muss für alle möglichen politischen Situationen unterschiedliche Pläne bereithalten, und er muss auch dann, wenn er einen dieser Pläne bevorzugt, imstande sein, einen anderen an seine Stelle treten zu lassen, wenn die politische Lage es gebietet. Dafür hatte Moltke nicht gesorgt. Moltke hatte die Bearbeitung eines O斯塔ufmarschplanes, der routinemässig noch lange Jahre fortgeführt worden war, im Jahre 1913 einstellen lassen. Das ist die eigentliche Pflichtver-säumnis, ja das Verbrechen des deutschen Generalstabes. Er hatte sich auf eine einzige Kriegsmöglichkeit eingestellt und alle Alternativen im Voraus verworfen.

Wie erwähnt, hatte man in Berlin das Telegramm des deutschen Botschafters aus London missverstanden. Die Engländer...
der hatten nie gesagt, dass sie Frankreich neutral halten würden. Sie hatten nur durchblicken lassen, dass sie selbst zunächst neutral bleiben würden, wenn Deutschland sich im Westen defensiv verhielte und einen reinen Ostkrieg führte.


Es ist übrigens interessant anzumerken, dass der Kaiser mit seinem Tadel des jüngeren Moltke «Ihr Oheim würde mir eine andere Antwort gegeben haben» genauer recht hatte, als er vielleicht selber wusste. Solange der ältere Moltke Generalstabschef gewesen war, hatte die deutsche militärische Planung für einen Zweifrontenkrieg immer eine strategische Defensive in West und Ost vorgesehen; unter seinem Nachfolger Waldersee war eine gemeinsame deutsch-österreichische Offensive im Osten, aber immer noch eine reine Defen-

Das Kraftgefühl war nicht ganz unbegründet, aber es verführte zum Übermut. Der Schlieffen-Plan für einen Zweifrontenkrieg war ein übermütiger Plan, und er scheiterte. Freilich: Alle kontinentalen Grossmächte begannen den Ersten Weltkrieg mit grossangelegten Offensiven, von denen sie sich einen schnellen Sieg erhofften, und alle diese Offensiven scheiterten: die österreichische gegen Serbien und die russische gegen Österreich (in Galizien) und Deutschland (in Ostpreussen) nicht weniger als die französische gegen Deutschland in Lothringen und den Ardennen; schliesslich aber eben auch die deutsche gegen Belgien und Frankreich. In den ersten Kriegsmonaten erwies sich bereits auf sämtlichen Kriegsschauplätzen – entgegen den Überzeugungen al-

122
ler Generalstäbe! –, was für den gesamten Verlauf des Ersten Weltkrieges grundlegend wurde: dass beim Stande der damaligen Kriegstechnik die Verteidigung dem Angriff überlegen war, so dass die Offensive bestenfalls Gelände gewinnen, aber niemals eine gegnerische Grossmacht, ja nicht einmal kleinere Länder wie Serbien und Belgien aus dem Kriege ausschalten konnte. Das gab dem Ersten Weltkrieg seinen bedrückenden Charakter eines Erschöpfungskrieges, eines immer wiederholten strategisch unergiebigen Gemetzes.


Sprechen wir zunächst vom U-Boot-Krieg.

Die deutsche Überwasserflotte, die so sehr zu den Ursachen des Krieges beigetragen hatte, hat im Krieg selbst praktisch kaum eine Rolle gespielt. Sie verblieb in den Häfen und machte nur gelegentlich Vorstösse in die Nordsee, sozusagen um die Engländer zu ärgern. Einer davon führte zu der einzigen grösseren Überwasserseeschlacht des Krieges vor dem Skaggerak, bei der die Deutschen immerhin einen tak-
tischen Erfolg verbuchen konnten. Sie versenkten mehr englische Schiffe, als sie eigene verloren, mussten aber danach schleunigst in ihre Heimathäfen zurückstreben. Strategisch änderte sich dadurch nichts. Die englische Blockade war durch die deutsche Flotte nicht zu brechen.


Zu diesem Zeitpunkt hatte der unbeschränkte U-Boot-Krieg jedoch bereits Amerika ins Lager der Feinde genötigt und damit die deutsche Gesamtposition bis zur Aussichtslosig-
keit verschlechtert. Wobei allerdings zu bedenken ist, dass, ebenso wie England mit seiner Blockadewaffe nur auf längere Sicht Wirkung zu erzielen vermochte, auch Amerika erst auf längere Sicht seiner Kriegserklärung eine wirkliche Kriegsteilnahme folgen lassen konnte. Im Jahre 1917, als Amerika in den Krieg eintrat, besass es noch keine richtige Armee und kaum Schiffsraum genug, um Truppen und Gerät in grossem Stil nach Europa zu befördern. Selbst 1918 war erst eine verhältnismässig kleine amerikanische Armee an den Operationen im Westen beteiligt. Der wirklich entscheidende Eingriff Amerikas in die europäische Kriegführung war erst für 1919 geplant, wozu es dann gar nicht mehr kam. Inzwischen hatte man in Deutschland jedoch noch einen zweiten neuen Siegesplan entwickelt, nämlich die Revolutionierung Russlands. Russland hatte sich im Ersten Weltkrieg von Anfang an viel schwächer gezeigt, als die deutsche politische und militärische Leitung erwartet hatte. Um diese Situation zu erklären, muss man sich den gesamtindustriellen Entwicklungsstand der kriegführenden Mächte klarmachen. England war eine alte, starke Industriemacht; Deutschland war neuerdings die stärkste Industriemacht; Frankreich war ebenfalls eine beachtliche Industriemacht – Russland aber war fast noch ein Entwicklungsland. Es hatte seine Industrialisierung gerade erst, etwa seit der Jahrhundertwende, eingeleitet. Es besass zwar eine sehr grosse, sehr tapfere Armee, aber das war eben eine rückständige Armee, fast ohne wirk-

Inzwischen hatten sich jedoch durch den Krieg auch in Deutschland bedeutende innenpolitische Veränderungen ab-

Bis 1914 waren die Sozialdemokraten im Kaiserreich immer noch von der wirklichen Politik ausgesperrt geblieben. Sie waren der innere Feind, der «Reichsfeind», sie wurden nie-mals als wirklich Mitwirkende akzeptiert, obwohl sie 1912 schon die stärkste Partei im Reichstag bildeten. Ich habe im vorigen Abschnitt darzulegen versucht, wie sich unter dieser Konfrontation der Sozialdemokraten mit dem offiziellen Deutschland bereits innerhalb der sozialdemokratischen Partei grosse Veränderungen abgespielt hatten, wie die Sozialdemokratie sich schon vor 1914 aus einer revolutionären Partei zu einer Reformpartei entwickelte, die innerlich bereit war, in das deutsche politische System hineinzuwachsen. Das alles war bis 1914 äusserlich noch nicht sichtbar gewesen; für das deutsche Bürgertum kam der sozialdemokratische Kriegspatriotismus unverhofft. 1914 aber trat er deutlich zutage, und die Reichsleitung ging auch darauf ein. Der deutsche Krieg wurde mit Kriegsanleihen finanziert, neun

Der linke Flügel der Sozialdemokraten hatte schon 1914 die patriotische Kriegspolitik der Partei nur widerwillig mitgemacht. Er verstärkte sich im Laufe der nächsten Jahre und spaltete sich schliesslich 1917 als neue «unabhängige» sozialdemokratische Partei ab, die den Krieg ablehnte und keine Kriegsanleihen mehr bewilligte. Die USPD blieb aber relativ klein; die Mehrheitssozialisten, wie sie jetzt genannt wurden, waren nach wie vor die bei Weitem grösste Partei im Reichstag und wuchsen mehr und mehr in den deutschen Krieg und die deutsche Kriegsanstrengung hinein. Wobei sie auch ein Gegengewicht gegen die stark überspannten Kriegsziele bildeten, die von der deutschen Rechten propageiert und von Bethmann Hollweg mit seiner «Politik der Diagonale» halb und halb akzeptiert wurden.

In den ersten zwei Kriegsjahren hatte Bethmann die Öffentlichkeit unter dem sogenannten «Burgfrieden» aus der
Kriegszieldiskussion herausgehalten. Doch seit 1916 brach diese Auseinandersetzung mehr und mehr offen durch und bewirkte, dass sich im Reichstag schliesslich zwei Parteigruppen bildeten; eine rechte, die teilweise ziemlich extreme Kriegsziele anstrebte, Eroberungen und Annexionen, ein riesiges Kolonialreich, riesige Kriegsentschädigungen verlangte; und eine Mitte-links-Gruppe, die erklärte, man müsse froh sein, wenn man mit heiler Haut aus diesem Kriege hervorkäme, und deshalb jede Gelegenheit nutzen, einen Verständigungsfrieden abzuschliessen, einen Frieden «ohne Annexionen und Kontributionen».

Zu dieser Gruppe zählten nicht mehr nur die Sozialdemokrate. 1917 bildete sich eine neue Reichstagsmehrheit aus Sozialdemokraten, Linksliberalen und Zentrum, die mit der Rechten, den Rechtsliberalen, Konservativen und der ausserparlamentarischen rechten Opposition, die sich jetzt in der «Deutschen Vaterlandspartei» zusammenschloss, in der Presse und in der Öffentlichkeit einen ständigen Kampf führte: die sogenannte Kriegszieldebatte. Die Kriegszieldebatte war insofern akademisch, als man den Krieg ja erst gewinnen, einen vollen Sieg erringen musste, um die gewaltigen Kriegsziele der Rechten überhaupt verwirklichen zu können. Das konnte man aber, jedenfalls bis 1918, nicht. Um das Kriegsziel der neuen Reichstagsmehrheit zu verwirklichen, nämlich einen Verständigungsfrieden auf der Grundlage der Grenzen von 1914, bedurfte es freilich der Bereit-
gen Sieg anstrebte, mit all den Gewinnen, die einem solchen Siege folgen sollten, und die jederzeit bereit war, für den Sieg alles auf eine Karte zu setzen. Schon der unbegrenzte U-Boot-Krieg war durch diese 3. OHL durchgesetzt worden, und auch die Revolutionierung Russlands war unter starker Mitwirkung der 3. OHL vonstatten gegangen.


Der Kaiser war währenddessen in völlige Passivität hineingeglitten; er spielte im ganzen Kriege nicht mehr die Rolle von einst. Wilhelm II. schwankte nur noch zwischen Unterwerfung unter die Oberste Heeresleitung und Unterwerfung
unter die Reichstagsmehrheit. Weder als oberster Kriegsherr noch als wirklich massgebender, in letzter Instanz entscheidender Politiker gab er noch den Ton an. Deutschland war im Jahre 1917 in seiner Verfassung merkwürdig durcheinandergeraten. Äußerlich hatte sich an der Verfassung nichts geändert; praktisch aber funktionierte sie nicht mehr. Aussenpolitisch wurde das Reich im Wesentlichen von der Obersten Heeresleitung regiert, innenpolitisch im Wesentlichen von der neuen Reichstagsmehrheit. In manchen Dingen arbeiteten diese beiden scharf getrennten, ja entgegengesetzten neuen Machtzentren auch zusammen; zum Beispiel hatte die neue Heeresleitung Ende 1916 eine Mobilmachung aller Kräfte durchgesetzt (das, was man später als «totalen Krieg» bezeichnete), also eine Art Arbeitspflicht für alle Deutschen von 17 bis 60, mögliche Arbeitsverpflichtung von Frauen, vollkommene Umstellung der gesamten Industrieproduktion auf Kriegsproduktion. Die Reichstagsmehrheit hatte das mitgemacht, aber in einem innenpolitisch reformerischen Sinn unterfüttert. Das sogenannte «Hilfsdienstgesetz» wurde beschlossen, mit dem zum ersten Male solche Dinge wie die künftige Tarifhoheit von Unternehmern und Gewerkschaften und innerbetriebliche Mitwirkung der Gewerkschaften durchgesetzt wurden. Diese zukunftsträchtigen Einrichtungen, die für das damalige Deutschland geradezu revolutionär waren, nahm die Oberste Heeresleitung hin, wenn auch widerwillig, um ihr militärisches Programm durchzubekommen.
Ende 1917 sah es in Deutschland also folgendermassen aus:
Innenpolitisch stand das Reich auf einer neuen Grundlage, die wirklichen Mächte waren nicht mehr der Kaiser und der Reichskanzler, sondern die Oberste Heeresleitung auf der einen Seite und die Reichstagsmehrheit auf der anderen. Beide arbeiteten bis zu einem gewissen Grade zusammen, ohne dabei wirklich zu harmonieren. Außenpolitisch lagen die Dinge so, dass der Krieg im Westen immer stationär, der U-Boot-Krieg verloren und Amerika als Gegner eingetreten war; auf der anderen Seite war aber Russland im Begriff, als Gegner auszufallen. Das war die Lage um die Jahreswende 1917/18, die bei schon stark überanstrengten und nahezu erschöpften inneren Kräften dem Reich noch einmal für eine kurze Zeit die Möglichkeit des Sieges zu bieten schien.
1918
Das Jahr 1918 ist der Bruchpunkt in der Geschichte des Deutschen Reiches. Bis 1918 war das Reich in seiner geschriebenen Verfassung und im Bewusstsein seiner Bürger immer noch der Staat gewesen, als der es gegründet worden war, eine bundesstaatliche Monarchie mit starker preußischer Vorherrschaft und einer halbparlamentarischen Verfassung. 1918 änderte sich das alles; und seit 1918 ist das Deutsche Reich nie mehr zur Ruhe gekommen. Die Ereignisse dieses Jahres waren ungeheuer widerspruchsvoll, ungeheuer gedrängt, ungeheuer überstürzt – und sie sind bis heute im deutschen Bewusstsein niemals so recht verarbeitet worden. Ich will an dieser Stelle versuchen, wenn das möglicher ist, sie einigermassen zu klären.

Am Anfang des Jahres 1918 schien die Lage des Deutschen Reiches im Kriege äusserlich aussichtsreicher als jemals vor seit dem Scheitern des Schlieffen-Planes im September 1914. Das grosse Ereignis, mit dem dieses Jahr begann, war der Friedensschluss mit dem jetzt bolschewistischen Russland, der Friede von Brest-Litowsk. Damit war Deutschland, wenn es wollte, den Ostkrieg los und konnte sich auf den
Westkrieg konzentrieren, konnte im Westen noch einmal, zumindest vorübergehend, militärische Überlegenheit gewinnen, und hatte ausserdem im Osten seine ursprünglichen Kriegsziele fast vollständig erreicht.


Ich möchte an dieser Stelle vorgreifend auf einen Tatbestand hinweisen, der erst später grössere Bedeutung erlangen sollte. In den Wirren des beginnenden russischen Bürgerkrieges und der Intervention der Entente-Mächte gegen die bolschewistische Regierung sahen die massgebenden Män-

140
ner des Deutschen Reiches plötzlich eine Chance, über den Frieden von Brest-Litowsk hinaus ganz Russland in deut-
sche Abhängigkeit zu bringen. Ein grosser Vormarsch deut-
scher Truppen über die im Brest-Litowsker Vertrag festge-
legten Grenzen hinaus began. Im Sommer 1918 standen die
Deutschen auf einer Linie, die von Narva im Norden über
den Dnjepr bis Rostow am Don reichte. Das heisst: Sie wa-
ren fast so weit gekommen wie Hitler im Zweiten Weltkrieg,
sie hatten riesige Gebiete Russlands in ihre Gewalt gebracht,
und sie begannen zu überlegen, ob sie auf den Trümmern der
bolschewistischen Herrschaft auch das eigentliche Russland
to einem deutschen Imperium machen konnten. In gewissem
Sinne war also jenes Ostimperium, das später Hitler er-
strebte, schon einmal in deutscher Reichweite gewesen, und
das hat sich vielen Deutschen tief eingeprägt – Hitler eben
auch. Aus dem Jahre 1918 blieb die Überzeugung zurück,
dass Russland besiegbar sei, dass es trotz seiner Grösse, trotz
seiner Bevölkerungsmassen ein schwaches Land war, das
man überwinden, erobern und unterwerfen konnte. Eine
ganz neue Idee, die 1914 noch weit entfernt gewesen war,
begann in der deutschen Politik eine Rolle zu spielen. Sie
sollte, wie gesagt, erst in der Zukunft wichtig werden, denn
1918 ist dieses deutsche Ostimperium nur eine Augenblicks-
erscheinung geblieben. Es versank infolge der späteren Er-
eignisse dieses Jahres; und nur eine Vision blieb davon zu-
rück. Von alldem ahnte, oder sagen wir genauer: wusste man
zu Beginn des Jahres 1918 noch nichts. Die Lage erschien

Solchen Überlegungen wäre einiges entgegenzuhalten gewesen, das informierte Zeitgenossen auch Anfang 1918 schon wissen konnten, als die grossen Siegeshoffnungen in letzter Stunde noch einmal erwachten: Deutschland war bereits ein furchtbar erschöpftes Land. Nicht nur die Zivilbevölkerung der heimatlichen Städte, auch die Armee war 1918 unterernährt. Noch schlimmer sah es bei den Verbündeten aus. Österreich war eigentlich schon seit 1917 am Ende gewesen; in diesem Jahr hatte es einen ungeschickten Versuch unternommen, aus dem Kriege auszubrechen. Nur durch die Aussicht auf einen deutschen Sieg im Jahre 1918 hatte es sich schliesslich doch wieder im Bündnis halten lassen. Bei den Türken und Bulgaren lagen die Dinge ähnlich. Man wollte nicht abseitsstehen, wenn die Deutschen jetzt am Ende doch noch siegten. Aber zum Absprung bereit waren sie alle; für den Fall, dass die Deutschen im Frühjahr und Sommer 1918
den entscheidenden militärischen Sieg verpassten, mussten sie mit dem sofortigen Zusammenbruch der Verbündeten rechnen.

Von der deutschen Westoffensive 1918 hing noch in einer anderen Hinsicht alles ab. Als Amerika im Frühjahr 1917 in den Krieg eintrat, war es darauf noch in keiner Weise vorbereitet; es hatte seine Armeen erst einzuberufen, auszubilden und schliesslich nach Frankreich zu befördern. All das war 1917, von kleinen Vorausabteilungen einmal abgesehen, noch nicht der Fall gewesen – aber nun, im Jahre 1918, begann die Maschinerie zu arbeiten. Die ersten amerikanischen Truppenteile trafen im Frühjahr in Frankreich ein und beteiligten sich im Sommer und Herbst 1918 in noch verhältnismässig bescheidenem Masse am Feldzug. Sie würden immer stärker werden und 1919 in überwältigender Zahl zur Verfügung stehen. Wenn der Krieg im Westen bis dahin nicht militärisch gewonnen war, dann, das lag auf der Hand, war er verloren.

Die Deutschen hatten also sozusagen einen schmalen Korridor vor sich, den sie in grosser Schnelligkeit durcheilen mussten, wenn sie noch eine für sie günstige Entscheidung herbeiführen wollten; wenn das aber versäumt war, dann stand wirklich die Niederlage vor der Tür. Das war die außerordentlich dramatische Situation am Anfang des Jahres 1918.

Ludendorff hatte alles daraufgesetzt, dass er im Frühjahr 1918, ehe die Amerikaner im grossen Stil eingreifen konnten, die Front, und zwar die englische Front, durchbrechen könne. Der Plan für die Westoffensive 1918 erinnert in vie-
lem an den späteren Manstein-Plan, der im Jahre 1940 so erfolgreich war: es sollte alles an der Nahtstelle der englisch-französischen Front konzentriert, die englische Front an ihrem Südende durchbrochen und die nördlich der Durchbruchsstelle isolierten englischen Truppen ins Meer gedrängt werden. Wenn das geschehen war, konnte man sich ganz auf Frankreich werfen.


Aber diese Krise wurde gemeistert. Auch diesmal stellte sich in sehr kurzer Zeit wieder heraus, was der Erste Weltkrieg immer wieder gezeigt hatte: dass die technischen Bedingungen dieses Krieges die Möglichkeiten der Strategie radikal


Ludendorff gab trotzdem noch nicht auf. Er hat kurz darauf, im April, eine zweite, schon etwas schwächere Offensive gegen den Nordabschnitt der englischen Front unternommen.
Ich unterstreiche dies ganz besonders, weil es mir der eigentliche Schlüssel zu dem hochdramatischen weiteren Verlauf des Jahres 1918 zu sein scheint. Die deutsche Führung, die deutsche Armee und bis zu einem gewissen Grade auch das deutsche Publikum – soweit es unterrichtet war – wusste seit Mitte Juli 1918, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen, dass die letzte Siegeschance verpasst war. Jetzt kamen bereits die Amerikaner und begannen sich bemerkbar zu machen, und, was niemand vorausgesehen hatte, jetzt ermannten sich auch die Franzosen und Engländer noch einmal, nachdem der Augenblick wirklicher Lebensgefahr verstrichen war, zu einer grossen Gegenoffensive. Sie begann an der französischen Front unmittelbar im Anschluss an die gescheiterte letzte

Es geschah nämlich zum ersten Mal, dass den Alliierten gelangte, was ihnen vorher nie gelungen war – und was die Deutschen im Frühjahr 1918 geschafft hatten im ersten Schwung der Offensive einen wirklich grossen operativen Sieg zu erringen. Auch der führte noch nicht zu einer strategischen Entscheidung, einem Durchbruch, aber er war für die Deutschen eine völlig neue und traumatische Erfahrung. Die Engländer, Kanadier und Australier, übrigens jetzt durch Panzer verstärkt, die zum ersten Male eine grössere Rolle in diesem Krieg spielten, brachen in die deutschen Stellungen ein, erzwangen einen fluchtartigen Rückzug der Ersten Linie und machten – auch das war bis dahin nicht vorgekommen – sehr viele Gefangene. Und sie konnten diesen Sieg auch ausbauen.

Ludendorff hat in seinen Erinnerungen berichtet, dass ihm gemeldet worden sei, die zum Ersatz vortretenden deutschen Einheiten seien von zurückflutenden Fronttruppen mit dem Ruf «Streikbrecher» begrüsst worden. Ob das wirklich stattgefunden hat oder nur eine Legende ist – auf Ludendorff jedenfalls machte diese Geschichte einen tiefen Eindruck. Er schrieb in seinen Erinnerungen, dass ihm danach klar geworden sei, dass das Instrument, mit dem der Krieg geführt wur-
de, die deutsche Armee, nicht mehr zuverlässig sei: «Der Krieg war zu beenden.»


Diese Möglichkeit gab es objektiv seit Juli oder vielleicht schon seit April 1918 nicht mehr. Die Deutschen hatten ihren letzten Pfeil verschossen; er hatte nicht ins Ziel getroffen; von nun an kämpften sie nur noch, um die unauflösliche Niederlage hinauszuschieben. Bei dem Gedanken, sich opfern zu müssen, ohne dass dabei noch irgendetwas herauskommen konnte, mussten sich psychologisch wie materiell Erschöpfungsscheinungen einstellen. Ludendorff hatte auch darin vollkommen recht, dass der Verfall der Kriegsfähigkeit sich in der Armee selbst abspielte – noch nicht im Volke, nicht im Hinterland, wo man immer noch ziemlich blind an die Möglichkeit des Sieges glaubte;

Aber wie? Denn mittlerweile waren die Westmächte überzeugt, dass sie den kritischen Moment überwunden hatten, so dass sie es sich leisten konnten, sofort zum Gegenangriff überzugehen, ohne noch lange auf die Amerikaner zu warten. Und dabei machten sie jetzt die ungewohnte Erfahrung, dass ihr Gegenangriff erfolgreich war. Seit August fiel die deutsche Armee, immer noch kämpfend, aber doch nicht mehr so entschlossen kämpfend wie zuvor, ständig von einer Stellung zur anderen zurück. Ende September hatte sie die sogenannte Hindenburglinie erreicht, die letzte voll ausgebaute, schon weit hinter der alten Front liegende Verteidigungsstellung; und gerade da erneuerten die Alliierten nach einer kleinen Pause ihre Gegenoffensive mit aller Kraft. Jetzt drohte der alliierte Durchbruch durch die Hindenburgstellung und damit der militärische Zusammenbruch an der Westfront.

schen hatte Hintze aber Ludendorff mit einer neuen Idee bekannt gemacht. Hintzes Überlegungen liefen darauf hinaus, das Waffenstillstandsgesuch innenpolitisch zu unterbauen, um Präsident Wilsons Sympathie zu gewinnen. Man brauche eine parlamentarisch-demokratische Regierung, um den Amerikanern den Eindruck zu vermitteln, es sei ein neues, ein demokratisches Deutschland, das den Frieden suchte – auf der Grundlage des von Wilson selbst entwickelten Friedensprogramms! Man musste jetzt also die Reichstagsmehrheit an die Regierung bringen, und ausserdem musste man die Verfassung ändern, das Reich zu einer parlamentarischen Monarchie machen, in welcher der Reichstag die Minister und den Reichskanzler durch ein Misstrauensvotum stürzen konnte, man musste den Eindruck erwecken, dass man nicht wegen des drohenden militärischen Zusammenbruchs, sondern aus dieser demokratischen Erneuerung heraus jetzt den Frieden suche.

Ludendorff nahm diesen Vorschlag gern auf, dachte sich aber wohl noch etwas anderes dabei. Ich bin sicher, dass er die psychologisch-diplomatischen Erwägungen, die hinter Hintzes Vorschlag standen, durchaus zu würdigen wusste. Was er aber darüber hinaus sofort erkannte, war, dass er auf diese Weise die weisse Fahne nicht selbst zu hissen brauchte, sondern sie der Reichstagsmehrheit, also seinen innenpolitischen Gegnern, in die Hand drücken konnte. So wurde also am 29. September in Gegenwart des gleich-

Als die führenden Reichstagsabgeordneten am 2. Oktober in Berlin durch einen Abgesandten Ludendorffs von alldem erfuhren, waren sie fassungslos. Die Einsicht, dass der Krieg jetzt im Westen militärisch verloren war und dass sogar ein militärischer Zusammenbruch drohte, traf sie alle, auch die Männer der Reichstagsmehrheit, immer noch als fürchterliche Überraschung. Und mit dieser Schreckensmeldung war obendrein die Aufforderung verknüpft, nun selbst das bankrotte Geschäft zu übernehmen, den Konkurs zu erklären und für das, was sie nicht verantwortet hatten, die Verantwortung zu übernehmen.

In diesem düsteren Augenblick sprangen ausgerechnet die Sozialdemokraten in die Bresche. Diese bemerkenswerte Entwicklung hatte sich schon in der Friedenszeit vorbereitet und sollte in den kommenden Wochen und Monaten entscheidend werden. Die Sozialdemokraten, jedenfalls ihr grosser Mehrheitsflügel, waren mehr als andere Parteien zur
Verantwortung bereit. Wenn man uns jetzt die Verantwortung überlässt, sagte Friedrich Ebert, der Parteivorsitzende, dann müssen wir «in die Bresche springen» und vom Deutschen Reich retten, was zu retten ist. Dies umso mehr, als man der Sozialdemokratie ja nicht nur zumutete, das Waffenstillstandsgesuch herauszugeben, sondern ihr zugleich endlich das bewilligte, was sie seit Jahrzehnten erstrebt hatte: eine Parlamentarisierung der Regierung, also die Möglichkeit des Reichstages, Reichskanzler und Minister durch ein Misstrauensvotum zu stürzen, dazu noch die überfällige Abschaffung des preußischen Drei-Klassen-Wahlrechts. Dies waren übrigens die letzten bedeutenden Punkte im sozialdemokratischen Forderungskatalog, die zu diesem Zeitpunkt noch offenstanden. Nun wurden ihnen diese Forderungen endlich erfüllt, und die Sozialdemokraten waren, mit Ebert an der Spitze, nach einiger Diskussion und einigen Bedenken, bereit, sich auf diesen Handel einzulassen. Man bedenke, was für ein unglaublicher nachträglicher innerpolitischer Erfolg der Kaiserzeit das war. Die «Reichsfeinde» Bismarcks, die immer noch abseits stehenden und verfemten «vaterlandslosen Gesellen» Wilhelms IL, waren bereit, das Reich – und zwar das Kaiserreich, denn vom Sturz der Monarchie war zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch keine Rede – als regierende Partei zu übernehmen, mit einigen Reformen weiterzuführen und sogar die Verantwortung für seine Niederlage auf sich zu laden. Das war ein epochales Ereignis.


Andererseits ereignete sich jetzt – und erst jetzt – so etwas wie ein innerer Zusammenbruch an der Heimatfront. Die Deutschen in ihrer Masse, und besonders die hungrernden und schon lange unfriedenen Arbeiterschichten, also die Wählerschichten der Linksparteien, erfuhr jetzt plötzlich – sozusagen mitten im Siegen, denn wirkliche Niederlagen hatten die Heeresberichte noch nie zugegeben –, dass der
Krieg verloren war, mindestens verloren gegeben wurde. Kein Wunder, dass diese Menschen nun ihrerseits jedes Vertrauen in eine Führung verloren, die sie an diesen Punkt gebracht hatte. In den deutschen Großstädten bereitete sich so etwas wie eine Revolution vor. Sie bereitete sich nur vor, sie brach noch nicht aus, aber die innenpolitische Landschaft in Deutschland begann sich im Oktober 1918 stark zu verändern.


Nun erst, durch Wilsons Forderungen, entspann sich im Laufe des Oktober in Deutschland die «Kaiserdebatte»: Sollte man, da es nun ohnehin kein Zurück mehr gab, auch diese Forderung erfüllen, sollte der Kaiser abdanken? In den Kreisen der neuen Reichsregierung bildete sich eine Partei, die dafür plädierte, wenigstens den Kaiser als Figur, wenn auch nicht die Monarchie als solche zu opfern. Dem stellte
Nun aber geschah noch etwas anderes, das den weiteren Widerstand im Westen sozusagen gegenstandslos machte: Die Verbündeten brachen zusammen. Eigentlich waren sie schon
Anfang 1918 am Ende gewesen und hatten nur noch die letzte Chance der deutschen grossen Offensive, das Ausspielen der letzten deutschen militärischen Trumpfkarte abwarten wollen. Nachdem diese Trumpfkarte nicht gestochen hatte, lösten sich Österreich, Bulgarien und die Türkei innerlich auf. In Österreich begannen Aufstände der Nationalitäten; die österreichische Armee wurde, weit mehr als die deutsche, als Kriegsinstrument unbrauchbar. Die erste Front, die vollkommen zusammenbrach, war die österreichisch-bulgariische auf dem Balkan. Der österreichische Zusammenbruch in Italien folgte. Selbst wenn die deutsche Westfront sich vielleicht in den Winter retten konnte, drohte jetzt eine neue Südfront, gegen welche die Deutschen überhaupt nichts aufzubieten hatten.

Im Rahmen dieser komplizierten Ausgangsbedingungen bewegte sich nun die deutsche Innenpolitik. Wie bereits erwähnt, standen sich in Deutschland Ende Oktober wieder die beiden alten Parteien gegenüber: die frühere Kriegszielpartei erschien jetzt als die Partei des letzten Verzweiflungskampfes; die frühere Verständigungspartei erschien als die Partei der fast bedingungslosen Kriegsbeendigung. Diese Konfrontation führte Anfang November zum Ausbruch einer deutschen Revolution, die auch jetzt noch niemand wirklich vorhergesehen hatte.

Die deutsche Revolution wurde ausgelöst durch einen Beschluss der Marineleitung – übrigens gefasst, ohne die Reichsregierung zu informieren –, noch einmal eine grosse Seeschlacht mit der englischen Flotte zu wagen. Gegen die-


Das Ganze war ein führungsloser, aber unaufhaltsamer Vorgang, der aus den Massen hervorbrach: in der Heimatarmee wurden Soldatenräte gebildet, in den Fabriken Arbeiterräte. Diese Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen in den Gross-


Damit sprach er seine subjektive Wahrheit aus. Er hatte zusammen mit seiner Partei im Oktober innenpolitisch alles erreicht, was sie erreichen wollten. Nun planten sie, den Krieg schneunigst zu beenden und dann im Bunde mit den bürgerlichen Fortschritts- und Zentrumsparteien das Deutsche Reich gewissermassen als Konkursverwalter des Krieges weiterzuregieren – so, wie es sich mit den Oktoberreformen inzwischen darstellte, als eine parlamentarisierte Monarchie. Deshalb war eine Revolution das allerletzte, was sie zu diesem Zeitpunkt gebrauchen konnten.

Aber die Revolution schien nicht mehr aufzuhalten. Am Sonnabend, dem 9. November, erfasste sie auch die Haupt-
stadt Berlin. Es gab einen Generalstreik, die Arbeitermassen gingen auf die Strasse, zogen ins Stadtzentrum vor den Reichstag und demonstrierten – eigentlich ohne etwas Bestimmtes ausser dem Ende des Krieges zu fordern. Aber Scheidemann, der zweite Mann der Sozialdemokratie, glaubte ihnen entgegenkommen zu müssen, indem er vom Reichstagsgebäude aus der unten wartenden Menge die deutsche Republik proklamierte. Was Ebert ihm unendlich übelnahm. Die beiden hatten alsbald im Reichstagsrestaurant einen grossen Krach. Ebert sagte, was aus dem Deutschen Reich würde, eine Monarchie oder eine Republik oder was auch immer, das werde erst eine verfassunggebende Versammlung entscheiden.


Sie war nicht nur durch Scheidemanns Rede vom Reichs-


blieb nun also mit der Revolution und der Notwendigkeit eines Waffenstillstands allein.


Die französischen und englischen Oberkommandierenden fanden sich eher bereit, einem Waffenstillstand zuzustimmen. Ihre Armeen waren, wie die deutsche, schwer ausgeblutet; es lag ihnen nichts mehr an einer neuen Grossoffensive im Jahre 1919 – im Gegensatz zu den Amerikanern, für die das ja erst die eigentliche Bewährungsprobe gewesen wäre. Man einigte sich schliesslich darauf, den Waffenstillstand zu gewähren, aber unter Bedingungen, die Deutschland eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unmöglich machen würden.

Daraufhin wurde den Deutschen mitgeteilt, dass sie einen Unterhändler ins alliierte Hauptquartier entsenden konnten, dem die Waffenstillstandsbedingungen mitgeteilt werden würden. Das geschah am 6. November. Der Abgeordnete Erzberger, ein Zentrumsmann und Minister des Kabinetts


Was hatte das alles zu bedeuten? Für die Masse der wenig informierten Deutschen stellten sich die Ereignisse aus dem rein zeitlichen Verlauf so dar: Wir standen im Begriff, den Krieg zu gewinnen, da kamen die Schlaumeier an die Regie- rung, die schon immer nur einen Verständigungsfrieden ge- wollt hatten, dann wurde das Handtuch geworfen, dann kam eine Revolution, und dann wurde ein Waffenstillstand abge- schlossen, der uns kampfunfähig machte.

Auf diesem Boden entwickelte sich später die sogenannte Dolchstosslegende, eine Legende, die als erster Ludendorff
offen verkündete, der aber bemerkenswerterweise Ebert schon vorher den Weg bereitete. Denn für Ebert ging es jetzt hauptsächlich darum, innenpolitisch zu retten, was zu retten war: die Oktobermonarchie, wenn es denn sein musste, als Republik weiterzuführen und die Revolution zu unterdrücken. Zunächst schloss Ebert einen Scheinfrieden mit der Revolution, indem er sich am 10. November in einer Versammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte als Leiter eines sechsköpfigen «Rats der Volksbeauftragten» zum zweiten Mal an die Regierung rufen liess. In Wirklichkeit leitete er jedoch ein Bündnis mit der verbliebenen Obersten Heeresleitung ein, das heisst mit ihrem tatsächlichen neuen Chef, mit General Groener.

Sie involvierte eine Gegenrevolution, eine militärische Unterdrückung der linken Revolution, die in dem Rat der Volksbeauftragten ihre Führung hatte, an dessen Spitze ironischerweise Ebert selbst stand. Es gibt eine spätere Darstellung dieser Absprache durch General Groener, die er im sogenannten Dolchstossprozess 1925 unter Eid abgab. Damals sagte Groener aus:


Wir haben für diesen Einmarsch, der zugleich die Gelegenheit bringen sollte, wieder eine feste Regierung in Berlin aufzustellen..., ein festes Programm ausgearbeitet, für die Ein-
zugstagen. In diesem Programm war tageweise enthalten, was zu geschehen hätte: Die Entwaffnung Berlins, die Säuberung Berlins von Spartakisten usw. Das war alles vorgesehen, tageweise für die einzelnen Divisionen. Das war auch durch den Offizier, den ich nach Berlin geschickt hatte, mit Herrn Ebert besprochen worden. Ich bin Herrn Ebert dafür besonders dankbar und habe ihm auch wegen seiner absoluten Vaterlandsliebe und restlosen Hingebung an die Sache überall verteidigt, wo er angegriffen wurde. Dieses Programm war durchaus im Einvernehmen und Einverständnis mit Herrn Ebert abgeschlossen.

Das war der Ebert-Groener-Pakt, der während des November bekräftigt und in allen Einzelheiten ausgearbeitet wurde, während sich die Armee gleichzeitig sehr schnell, aber doch einige Wochen benötigend, ins Reichsgebiet zurückzog. Ebert begrüsste die zurückkehrenden Soldaten in Berlin Anfang Dezember mit Worten, die eigentlich schon die Dolchstosslegende vorwegnahmen: «Kein Feind hat euch überwunden. Erst als die Übermacht der Gegner an Menschen und Material immer drückender wurde, haben wir den Kampf aufgegeben... Erhobenen Hauptes könnt ihr zurückkehren.»

Der Ebert-Groener-Pakt scheiterte zunächst. Am 16. Dezember sollte in Berlin ein Reichsrätekongress tagen; diesem Kongress sollten die zurückgekehrten 10 Divisionen durch einen Gegenstaatsstreit zuvorkommen. Es stellte sich aber

Darauf fasste die Oberste Heeresleitung, die jetzt in Kassel tagte, den Beschluss, der Demobilisierung keine Hindernisse mehr in den Weg zu legen und stattdessen Freikorps zu bilden: Freiwilligen-Formationen aus jenen Truppenteilen, die die innere Revolution in der Armee nicht mitgemacht hatten, die vielmehr bis zum Schluss fanatisch gekämpft hatten, gegen die Heimatentwicklungen feindlich eingestellt waren, kaisertreu, ludendorftreu und bereit, das, was im November passiert war, mit Gewalt wieder rückerbändig zu machen. Und auch mit diesen Freikorps ging die Regierung Ebert, besonders der neue Reichswehrminister Noske, nunmehr ein Bündnis ein.

Ich möchte aber noch etwas anfügen. Wir haben gesehen, wie sich die Ereignisse dieses unübersichtlichen Jahres in der Stimmung namentlich des deutschen Bürgertums niederschlugen. Unter diesen deutschen Bürgern war auch ein gescheiterter Künstler, ein Österreicher, der sich als Kriegs-
freiwilliger in der deutschen Armee bewährt hatte. Das Kriegsende erlebte er als Gasversehrter in einem pommerschen Lazarett – und in diesem Augenblick entschloss er sich, Politiker zu werden, um all das Furchtbare, das seiner Meinung nach 1918 geschehen war, den scheinbaren Nervenzusammenbruch der Heimat, das scheinbare Aufgeben der sicheren Siegeschance, rückgängig zu machen. Dieser Mann, von dem damals keiner etwas wusste, hiess Adolf Hitler und wurde in den folgenden zehn Jahren allmählich zu einer Schlüsselfigur der deutschen Politik.
Weimar und Versailles
Die Nationalversammlung, die im Januar 1919 gewählt wurde, tagte in Weimar, nicht im unruhigen Berlin. Man ging nach Weimar, weil es ein stiller Ort war, weil man es militärisch gut absichern konnte – ein wenig vielleicht auch wegen der geistesgeschichtlichen Berühmtheit dieses Städtchens, an die das neue Deutschland anknüpfen wollte. Aber die Verabschiedung der Weimarer Verfassung war gar nicht die wichtigste und auch nicht die schwerste Entscheidung, welche die Weimarer Nationalversammlung zu treffen hatte. Das war vielmehr die Entscheidung für oder gegen die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages, der Deutschland im April 1919 als fertiges Vertragswerk in ultimater Form vorgelegt wurde.

Als der Versailler Vertragsentwurf im Mai 1919 bekannt wurde, traf er die Deutschen, und zwar das Volk ebenso wie die Nationalversammlung und die Regierung, wie ein Keulenschlag: Gebietsabtretungen im Osten, Westen und Norden, die als ungeheuer empfunden wurden; fast völlige Entwaffnung, riesige Reparationslasten, keine Kolonien mehr,
und im ganzen Ton des Vertrages eine Behandlung Deutschlands nicht wie eines besiegten, aber immer noch zur Staatengemeinschaft gehörenden Kriegsgegners, sondern wie eines Angeklagten, der sein Strafurteil empfing. Die erste Reaktion im Volk, in der Nationalversammlung und in der Regierung war: nicht unterschreiben.

Was wäre geschehen, wenn man nicht unterschrieben hätte? In diesem Fall, daran war damals und ist auch heute in der Rückschau kein Zweifel, hätten die Westalliierten die Feindseligkeiten wieder aufgenommen, wären in Deutschland eingekerkert, hätten keinen, jedenfalls keinen erfolgreichen militärischen Widerstand gefunden und hätten Deutschland besetzt, zunächst bis zur Weser, wie die damaligen alliierten Pläne vorsahen. Unter dem Druck des militärischen Ultimatums unterzeichnete man schliesslich, nach furchtbaren Kämpfen und einer Regierungsumbildung.

Es wäre auf das hinausgelaufen, was schliesslich als Folge des Zweiten Weltkrieges herauskam: einen deutschen Weststaat, der sich früher oder später dem Westen hätte anschlies-

sen müssen, und einen – damals noch um alle preussischen Ostprovinzen unverkürzten – deutschen Oststaat, dessen Schicksal schwer vorauszusehen war. Denn über den alliierten Einmarsch bis zur Weser hinaus zu spekulieren war und ist sehr schwer.

Konnte man überhaupt so sicher sein, dass die süddeutschen Regierungen und das, was da in Nordwestdeutschland ent-

stünde, dann ihrerseits unterschreiben würden? Hätten die Alliierten nicht vielleicht schliesslich doch, wenn eine deutsche Regierung in Berlin übriggeblieben wäre, auch den Ostteil Deutschlands besetzen müssen? Und wäre das dann nicht eine sogar sehr viel günstigere Lösung gewesen als die nach dem Zweiten Weltkrieg, nämlich gewissermassen ein 1945 ohne Russen und ohne Amputation der Ostprovinzen, ein gänzlich von den Westmächten besetztes Gesamtdeutsch-

land? Und da die Alliierten schliesslich doch wieder eine deutsche Regierung hätten finden müssen, wäre auch dieser Zustand wohl kaum von Dauer gewesen.

Das waren ganz offene Fragen. Die Deutschen hätten viel-

leicht mit der Nichtunterschrift 1919 ebenso eine Chance ge-

habt, das Reich zu erhalten, wie mit der Unterschrift. Aber auch mit der Unterschrift hatten sie auf mittlere und längere Sicht eine viel bessere machtpolitische Chance, als ihnen da-

mals klar war.
Denn die Pariser Gesamtfriedensordnung, von der Versailles ja nur einen Teil, den Deutschland direkt betreffenden Teil darstellte, war, bei Lichte und mit ruhigem Blut betrachtet, für Deutschland als Grossmacht gar nicht ungünstig.

Gewiss, Deutschland wurden mit der Entwaffnung und den Reparationsforderungen zwei schwere Hypotheken auferlegt, die irgendwann abgetragen werden mussten. Im Übrigen aber stellte sich allmählich heraus, dass die deutsche Stellung in Europa, die Stellung eines im Westen, Osten und Norden verkleinerten, aber immer noch intakten Deutschen Reiches, keineswegs schwächer war als vor 1914, sondern stärker.


Von diesen vier Grossmächten hatte eine sich inzwischen vollkommen aufgelöst: Österreich-Ungarn gab es nicht mehr. An seiner Stelle standen schwache Nachfolgestaaten, die allein von ihrer Grösse her niemals bedeutende Mächte werden konnten, sondern früher oder später unter den Einfluss der nächstgelegenen Macht geraten mussten, und das war Deutschland.

Russland existierte jetzt als Sowjetunion ausserhalb des europäischen Systems; es war ebenso wie Deutschland – dieser
harte Ausdruck ist nicht unzutreffend – geächtet. Dieses Russland aber war dazu geneigt, sich mit dem anderen Geächteten, nämlich Deutschland, als mit den Westmächten zu verbinden.

Das Reich hatte also, wie man im Schachspiel sagt, jetzt eine stärkere Position als vor dem Krieg, weil sich um Deutschland herum so vieles zu seinen Gunsten verändert hatte. Und diese positionelle Stärkung Deutschlands war durch den Kriegsausgang, aber auch durch die Friedensregelung selbst, unwiderruflich, ausser allenfalls durch einen neuen Krieg; die Schwächung Deutschlands durch Entwaffnung und durch Reparationen war dagegen ihrem Wesen nach vorübergehend. Zehn oder gar zwanzig Jahre nach dem Krieg würde niemand mehr einen neuen Krieg führen, um Deutschland an der Wiederaufrüstung zu hindern oder es zur Fortzahlung der Reparationen zu zwingen. Auf längere Sicht war die deutsche Position durch die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges also tatsächlich gestärkt, nicht geschwächt. Die Westmächte andererseits waren von Anfang an alles andere als einig; sie hatten sich nur mit grosser Mühe auf den Abschluss der Friedensverträge verständigen können. Danach fiel die stärkste unter ihnen aus: Amerika ratifizierte den Versailler Vertrag nicht, zog sich aus den europäischen Angelegenheiten zurück und weigerte sich auch, eine Garantie aufrechtzuerhalten, die es für den französischen Besitzstand versprochen hatte. Das heisst, dass der Versailler Vertrag nur noch von zwei Mächten getragen wurde, nämlich
von England und Frankreich. Diese beiden aber konnten sich, wie der Verlauf des Ersten Weltkrieges gezeigt hatte, nur mit äußerster Mühe zusammen gegen Deutschland behaupten. Deutschland auf Dauer niederhalten konnten sie nicht.


Frankreich aber, das ist sehr wichtig, hatte seine Kriegsziele nicht erreicht. Frankreich mit seinen – damals – vierzig Millionen fühlte sich nach einem eben erst unter äußersten Blutopfern bestandenen Kriege weiterhin mit einem Siebzig-Millionen-Deutschland konfrontiert, das unzerteilt, unzerstückelt geblieben war. Und das auf die Dauer, wenn es sich erholtte, und wenn es sich von den Hypotheken des Versailler Vertrages befreien konnte, wieder überlegen sein würde. Frankreich war daher ebenso wie Deutschland nach 1919 eine revisionistische Macht. Der Versailler Vertrag hatte ihm nicht Genüge getan, und es musste in seinem eigenen Lebensinteresse versuchen, ihn zu seinen Gunsten und auf Kosten Deutschlands zu revidieren. Ebenso war Deutschland

182
von Anfang an entschlossen, eine Revision des Versailler Vertrags anzustreben und vor allen Dingen die beiden großen Hypotheken loszuwerden, die er einer Wiedererstarkung des Reichs in den Weg legte: die Entwaffnung und die Reparationslasten.

Dabei waren in Deutschland, bei allgemeiner Einigkeit darüber, dass der Vertrag innerlich nicht angenommen werden konnte, dass er revidiert werden musste, die Prioritäten der Revision von vornherein umstritten. Sollte man zuerst versuchen, die Entwaffnungsbestimmungen zu umgehen und wieder eine Militärmacht zu werden, oder sollte man zuerst versuchen, die Reparationen abzuschütteln, um die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen und auf diesem Wege wieder eine Macht zu werden?


Nun, daraus wurde nichts, denn der polnisch-russische Krieg ging schliesslich doch zugunsten Polens aus. Die Russen annekтировten keine polnischen Gebiete, sondern die Polen ganz erhebliche weissrussische und ukrainische, und dabei blieb es bis 1939. Aber auch diese Entwicklung war für Deutschland günstig. Sie befestigte eine Dauerfeindschaft zwischen Polen und Russland, die der Seeckt-Richtung in der Reichswehrführung dauernde Gelegenheit gab, auf ein deutsch-russisches Bündnis und einen deutsch-russischen Krieg gegen Polen irgendwann in der Zukunft hinzuarbeiten. Vorübergehend gewann die Reichswehr dabei sogar einen Verbündeten in der offiziellen deutschen Aussenpolitik, die an sich auf

Seinem äusseren Inhalt nach war dieser Vertrag ein ganz bescheidener und vernünftiger nachträglicher Friedensvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Der Vertrag von Brest-Litowsk war ja durch Versailles hinfällig geworden, und das neue Deutschland und das neue Russland beschlossen nun, offizielle diplomatische Beziehungen aufzunehmen – die zwischen den Westmächten und der Sowjetunion damals noch nicht bestanden –, auch Handelsbeziehungen bei gegenseitiger Meistbegünstigung einzugehen und überhaupt ein normales zwischenstaatliches Verhältnis wiederherzustellen. Dagegen wäre an sich wenig einzuwenden gewesen. Aber es steckte natürlich mehr dahinter.

Denn nach Rapallo befestigte sich die vorher schon lose eingeleitete deutsch-russische militärische Zusammenarbeit zu einem Dauerzustand, der bis 1933 angehalten hat. Auch der Gedanke eines irgendwann künftig gemeinsam zu führenden Krieges gegen Polen blieb in den beiden Militärführungen lebendig. So war die Priorität der Reichswehr bis zu einem gewissen Grade durch die deutsch-russische Zusammenar-
beit schon verwirklicht worden: eine Umgehung der Militär-
bestimmungen des Versailler Vertrages.
Im deutschen Aussenamt und in der deutschen Gesamtpoli-
tik hatte man aber eine andere Priorität gesetzt: nicht Wie-
deraufrüstung sollte an der Spitze der deutschen Ziele stehen,
sondern zunächst einmal der Versuch, die Reparationslasten
abzuschütteln und dadurch der deutschen Wirtschaft eine
Wiederaufbauchance zu geben. Zu diesem Zweck nahm die
deutsche Politik eine soziale Katastrophe in Kauf, die sich
auf die deutsche innenpolitische Stimmung vernichtend aus-
gewirkt hat, nämlich eine Dauerinflation, die in den Jahren
von 1919 bis 1922 eine trabende Inflation war und 1923 zu
einer galoppierenden Inflation wurde.
Schon vor der grotesken Situation von 1923, auf die ich
gleich zurückkommen werde, hatte sich in den Jahren zwi-
schen 1919 und 1922 eine vollkommene Entwertung aller
deutschen Geldvermögen ergeben. Am Ende des Krieges
stand die deutsche Mark noch in einem vernünftigen Ver-
hältnis zum Dollar, etwa 1 : 10. Im Jahre 1922 kostete ein
Dollar schon über 20.000 Mark, das heisst, alle deutschen
Geldvermögen waren verloren. Eine ungeheure Umvertei-
lung der deutschen Vermögen zu Lasten der Geldsparer und
Geldbesitzer und zugunsten der Sachwertbesitzer hatte sich
vollzogen – die übrigens auch ihre momentanen wirtschaft-
lichen Vorteile hatte.
Denn von 1919 bis 1923 herrschte in Deutschland Vollbe-
schäftigung, allerdings bei sinkenden Reallöhnen. Die deut-
sche Industrie konnte auf Kosten der deutschen Geldsparer die Massenarbeitslosigkeit vermeiden, die sich in anderen Ländern aus der Demobilisierung der Massenheere ergeben hatte. Sie exportierte – allerdings zu ständig sinkenden Preisen – eine Unmenge Güter und blieb in Betrieb.

Es waren also nicht so sehr die Arbeiter, die unter der Inflation in Deutschland als erste zu leiden hatten, sondern der geldsparende Mittelstand. Er wurde praktisch enteignet. Das schuf eine ungeheure Bitterkeit. Stefan Zweig hat später geschrieben, nichts habe das deutsche Bürgertum so für Hitler reif gemacht wie die Inflation von 1919 bis 1923.

So ganz unberechtigt war die Bitterkeit der Bürger nicht. Denn die Reichsregierung nahm die Inflation nicht nur tatenlos hin, sondern verfolgte sogar einen wichtigen Zweck damit. Dadurch, dass Deutschland keine international annehmbare Währung mehr besass, in der es zahlen konnte, versuchte sie die Reparationslasten abzuschütteln.


Deutschland antwortete mit dem sogenannten passiven Widerstand: Die Produktion im Ruhrgebiet wurde eingestellt. Aber irgendwie mussten ja die Arbeiter und auch die Industriellen des Ruhrgebiets am Leben gehalten werden, und das geschah durch eine nunmehr ganz hemmungslose Ingangsetzung der Notenpresse.


und in Deutschland musste nun endlich das durchgeführt werden, was eigentlich schon 1919/1920 fällig gewesen wäre, nämlich eine Währungsreform.


Das alles zusammen führte 1924/25 zu einem neuen Frieden im Westen. Er bestand aus zwei Teilen, dem Londoner Abkommen von 1924, das die Reparationsfrage fürs erste regelte, und dem Locarno-Vertrag von 1925, in dem Deutschland endgültig und freiwillig auf die Rückgewinnung Elsass-Lothringens verzichtete, ausserdem zugestand, dass das jetzt besetzte linksrheinische Gebiet nach dem Ende der alliierten Besetzung demilitarisiert bleiben würde. Dafür tauschte es aber etwas sehr Günstiges ein, nämlich eine englisch-italienische Garantie der nunmehr zwischen Frankreich und Deutschland endgültig vereinbarten deutschen Westgrenze. Locarno bedeutete, dass sich Frankreich im Grunde genom-
men von seinen osteuropäischen Bündnispartnern lossagte. Wenn die deutsche Westgrenze von Italien und England garantiert wurde, dann durfte Frankreich sie auch dann nicht mehr überschreiten, wenn Deutschland im Osten mit Frankreichs Verbündeten Polen oder der Tschechoslowakei in einen Krieg geriet.

Frankreich zog aus dieser nicht ausgesprochenen, aber dem Vertrag von Locarno sinngemäss innewohnenden Konsequenz die Folgerung, dass es sich auf reine Selbstverteidigung umstellte. In den Jahren nach Locarno baute es die Maginot-Linie und kündete damit aller Welt an, dass es sich von jetzt an nicht mehr als europäische Vormacht und als Garant der neuen mittel- und osteuropäischen Nationalstaaten betrachtete, sondern nur noch als ein auf seine eigene Sicherheit und sonst nichts bedachtes Land, das sich mit Deutschland im Übrigen irgendwie einrichten wollte und musste.

Frankreich hatte zunächst versucht, dieser Situation dadurch zu entgehen, dass es auf ein Ost-Locarno drängte, also auf eine Garantie auch der Ostgrenze Deutschlands, besonders der polnisch-deutschen Grenze durch England, Italien und Frankreich selbst. Das aber wurde nicht nur von Deutschland, sondern auch von England und Italien abgelehnt. Und nicht ohne Grund. Denn dass die Westmächte im Ernstfalle eines deutschen Ostkriegs die Grenzen Polens militärisch nicht wirklich garantieren konnten, hat sich im Zweiten Weltkrieg deutlich herausgestellt und war auch zuvor schon
absehbar. Für ein Ost-Locarno wäre die Sowjetunion nötig gewesen – aber die Sowjetunion war ja damals vom europäischen Mächteverkehr ausgeschlossen und dachte übrigens auch gar nicht daran, gegen Deutschland irgendwelche polnischen Grenzen zu garantieren, zumal sie selbst erhebliche Gebietsforderungen an Polen hatte.

Es ergab sich also nach Locarno folgende Lage: Die Deutschen arbeiteten im Osten stillschweigend, aber ganz effektiv mit der Sowjetunion zusammen, um die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages zu unterlaufen; und sie hatten im Westen mit Frankreich, England und Italien eine Art neuen Frieden, ein Versailles nachgeschaltetes neues Friedenssystem, das einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ausschließen sollte.

Reparationen musste das Reich zunächst weiter zahlen, freilich nur in mässigem Umfange und ohne Festsetzung einer Gesamtsumme. Ausserdem hatte sich inzwischen Amerika auf eine Weise in die europäische Wirtschaft eingeschaltet, die am ehesten Deutschland zugutekam.

Frankreich und England waren ja nicht nur Reparationsgläubiger Deutschlands, sie waren auch Kriegsschuldner Amerikas. Sie hatten den Krieg sehr weitgehend mit amerikanischen Krediten finanziert. Die Amerikaner bestanden auf der Rückzahlung dieser Kredite; und Frankreich und England zahlten, wenn auch widerwillig. Es bestand also jetzt eine Art wirtschaftlicher Kreisverkehr: Deutschland zahlte Repa-

Der deutsche Aussenminister Stresemann präsidierte über alle diese Regelungen und erreichte damit eine schon deutlich verbesserte Version des Versailler Vertrages, ohne sich indessen damit zufriedenzugeben. Er hat sich selten offen über seine weiteren Revisionsziele ausgesprochen, aber sie doch einige Male so weit angedeutet, dass man sie ungefähr angeben kann.

Was Stresemann als Nahziel anstrebte, war eine Räumung des immer noch von Frankreich und England besetzten linksrheinischen Gebietes. Das hat er übrigens auch erreicht, ohne es freilich selbst noch zu erleben. Denn die Räumung wurde im Jahre 1929 zugestanden, in dem Stresemann starb; erst 1930 wurde sie ausgeführt.

Stresemanns zweites Ziel war eine Mobilisierung der soge-

193

Als drittes Ziel, das aber schon ein Fernziel war, strebte Stresemann eine territoriale Revision im Osten an, hauptsächlich die Abschaffung des sogenannten polnischen Korridors. Aber auch den polnisch gewordenen Teil Oberschlesiens wollte er durch Druck, nicht unbedingt durch Krieg, zu einem günstig erscheinenden Zeitpunkt zurückgewinnen. Das schien auch nicht ganz aussichtslos, da ja Frankreich inzwischen durch den Locarno-Vertrag in Osteuropa die Hände gebunden waren.

Deutschland blieb also revisionistisch, verfolgte aber auf nahe Sicht nur ein Ziel, nämlich die vorzeitige Räumung des Rheinlandes, die dann mit einer Endregelung der Reparationen gekoppelt sein sollte. Durch den sogenannten Young-Plan wurde eine solche Vereinbarung 1929 denn auch angebahnt. Der Young-Plan setzte die deutschen Reparationszahlungen zunächst noch einmal herab, sah dafür indessen sehr langfristige deutsche Reparationsleistungen bis in die achtziger Jahre hinein vor. Immerhin, bei florierender Wirtschaft konnte Deutschland diese Leistungen aus seinen Exportüberschüssen ohne Weiteres erbringen. Gestört wurde die Regelung von 1924/25, die zunächst einige relativ ruhige und glückliche Jahre herbeiführte, durch die Weltwirtschaftskrise, die 1929 von Amerika ihren Ausgang nahm. Für Deutschland hatte sie eine sehr böse Folge: Die amerikanischen Kredite hörten auf zu fließen; soweit sie kurzfristig waren, wurden sie zum Teil sogar zurückgerufen. In Deutschland kam es sofort zu einem ziemlich starken Rückgang der bis dahin einigermassen hohen Beschäftigung, und in der Wirtschaft deutete sich eine Welle von Bankrott an. Diese Entwicklung bot der deutschen Regierung, die inzwischen gewechselt hatte, zum zweiten Mal die Chance, die Reparationslasten einschließlich der gerade erst getroffenen Neuregelung unter dem Young-Plan abzuschütteln. Und zwar sollte das diesmal nicht durch eine Masseninflation wie in den frühen zwanziger Jahren, sondern durch eine be-
wusste Deflationspolitik geschehen, die Deutschland so arm machte, dass es zu weiteren Reparationszahlungen einfach nicht mehr imstande war. Auch seine Gläubiger sollten ihm das schliesslich zugestehen müssen. Diese Deflationspolitik war die zweite grosse soziale Katastrophe, die Deutschland in der Weimarer Periode auf sich nahm, um die Reparationen abzuschütteln – und diesmal war diese Politik erfolgreich. Die Weltwirtschaftskrise traf ja nicht nur das Deutsche Reich, sie traf wirklich die ganze westliche Welt (nicht Russland). Und in allen betroffenen Staaten, besonders auch in Amerika selbst, fand man nunmehr zu der Einsicht, dass in dieser Lage die sogenannten politischen Zahlungen, also einerseits die Schuldenzahlungen der europäischen Westalliierten an die USA und andererseits die Reparationszahlungen Deutschlands an die westeuropäischen Alliierten, nicht auch noch als eine Komplikation auf der mehr und mehr zusammenbrechenden Weltwirtschaft lasten durften. Im Jahre 1931 verlangte der amerikanische Präsident Hoover die Einstellung aller dieser politischen Zahlungen und setzte sich mit dem sogenannten «Hoover-Moratorium» auch durch, zunächst für ein Jahr. Aber nach Ablauf dieses Jahres folgte dann 1932 in Lausanne tatsächlich der Dauerverzicht Frankreichs, Englands und der übrigen Gläubiger auf weitere deutsche Reparationen. Vereinbart wurde noch eine Schlusszahlung von 3 Milliarden Mark, die nie geleistet und nie ernstlich verlangt worden ist. Das heisst, der Reichskanzler, Heinrich Brüning,
dieser Erfolg, wie im nächsten Kapitel darzustellen ist, innenpolitisch damit erkauft, dass er die verarmten Deutschen in Massen Hitler zutrieb.


Das heisst, am Ende des Jahres 1932 hatte Deutschland auf manchen Umwegen die beiden Haupthypothesen, die seit 1919 auf der Wiederherstellung seiner Macht geruht hatten – die Verpflichtung zu grossen Reparationszahlungen und
Hindenburgzeit
Wir haben uns im vorigen Abschnitt hauptsächlich mit Versailles und weniger mit Weimar beschäftigt, das heisst, die Aussenpolitik der Weimarer Republik und ihr Revisionismus wurden ausführlich besprochen, aber um die Innenpolitik haben wir uns wenig gekümmert. Es war aber die Innenpolitik, die schliesslich den Übergang von Weimar zu Hitler bewirkt hat. Wir müssen da also etwas nachholen.


Die erste Periode soll hier nicht ausführlich dargestellt werden. Die Jahre von 1920 bis mindestens 1923, zum Teil auch noch 1924, waren eine ausserordentlich verwirrte Zeit mit wiederholten Putschen von rechts und links, mit sehr vielen
politischen Morden nur von rechts, mit ständig wechselnden Regierungen. Das alles spielte sich auf dem Hintergrund der Inflation ab, dieser ersten der zwei sozialen Katastrophen, die sich die Republik, wie im vorigen Abschnitt beschrieben, absichtlich einbrockte, um die Reparationen loszuwerden. Ich will das im Einzelnen nicht erzählen – keiner der vielen dramatischen Vorgänge dieser Jahre hat Epoche gemacht –, sondern mich darauf beschränken, zwei durchgehende Tatbestände herauszustellen, die mir grundlegend scheinen.

Republik. Und die Rechte, die in Wirklichkeit viel stärker war, als ihre Mandatszahl in der Nationalversammlung vermuten liess, wollte ganz einfach ihren Kaiser wiederhaben. Die Weimarer Koalition verlor bei den ersten Reichstagswahlen Mitte 1920 die Mehrheit, die sie in der Nationalversammlung gehabt hatte. Es gab einen Erdrutsch: Die Sozialdemokraten büssten fast die Hälfte ihrer Sitze ein, die beiden bürgerlichen Parteien verloren ebenfalls zahlreiche Mandate, und die Rechte wurde wieder so stark, wie sie eigentlich immer gewesen war. Das bedeutete, dass es in der ganzen Zeit, die nun folgte, nie eine stabile Regierung gab. Es gab Minderheitsregierungen der bürgerlichen Mitte, es gab manchmal Versuche grosser Koalitionen von der SPD bis zu den Rechtsliberalen, die sehr schnell wieder auseinanderfielen. Es gab sogar einmal, von Ende 1922 bis zum August 1923, eine ausgesprochene Rechtsregierung von sogenannten Fachministern. Alle diese Regierungen waren improvisiert und kurzlebig. Dies ist der erste Umstand, der es in den Jahren zwischen 1920 und 1924 so erscheinen liess, als ob die Republik von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre. Der zweite liegt nicht so offen zutage. Es geht dabei um die SPD, die eigentliche Führungspartei sowohl der Weimarer Koalition wie der Weimarer Republik, die einzige, die nicht zur Not auch anders konnte. Ihrem Programm nach war die SPD immer eine republikanische Partei gewesen, aber inner-
Ministerialräte und Regierungsräte taten ihren Dienst, machten sich nützlich, hatten gewiss nicht die Begeisterung für den neuen Staat, die sie für den alten aufgebracht hatten, aber dienten ihm doch rechtschaffen. Sie hatten sogar bei einem der Rechtsputsche dieser frühen Jahre, dem Kapp-Putsch von 1920, durch eine Art von passivem Widerstand mitgeholfen zu verhindern, dass die Putschregierung Fuss fassen konnte.

und revanchistisch. Bei den Kirchen war diese Haltung etwas gemildert, aber im Grossen und Ganzen war jedenfalls die protestantische Kirche mindestens so rechts, wie sie heute links ist. Auch die katholische Kirche stand der Republik äusserst reserviert gegenüber, obwohl das katholische Zentrum mitregierte. Ein Konkordat schloss sie erst 1933 mit Hitler ab.


Und dann, in der mittleren Periode der Weimarer Republik,

Die alten Herrschaftsschichten des Kaiserreichs, die auch in der Republik die wirklichen Herrschaftsschichten geblieben waren, ohne den neuen Staat je wirklich als den ihren anzunehmen, sahen ihn jetzt plötzlich mit anderen Augen. Eine Republik unter einem Reichspräsidenten Hindenburg, also unter einer höchst respektablen Hauptfigur des Kaiserreichs, die im Ersten Weltkrieg schon einmal fast eine Art Ersatz-
kaiser gewesen war – das war doch etwas ganz anderes als die Republik Eberts und der Sozialdemokraten. Diese Stimmung schlug sich sehr schnell darin nieder, dass die bis dahin völlig staatsablehnende grösste Rechtspartei des Reichstages, die Deutschnationale Volkspartei, sich jetzt bereitfand, in der Regierung der Republik mitzuwirken.

In der Weimarer Republik regierte von 1925 bis 1928 mit einer kleinen Unterbrechung nicht mehr die Weimarer Koalition, sondern eine Rechtskoalition aus Zentrum, Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen, die eine solide, wenn auch nicht grosse Mehrheit im Reichstag hatte. Die Republik stand plötzlich auf zwei Beinen. Sie war nicht mehr allein auf die Mitte-Links-Parteien angewiesen, sondern konnte nun auch von einer Mitte-Rechts-Koalition ganz normal regiert werden. Das stabilisierte die Republik.

Dazu kam, wie bereits im vorigen Kapitel ausgeführt wurde, dass in diese Zeit grosse wirtschaftliche Verbesserungen fielen: Die Inflation war schon im letzten Ebert-Jahr gestoppt worden, nun wurde auch die Währung endlich reformiert, es gab sogar eine kleine Aufwertung, und dann, dank der reichlich fließenden amerikanischen Kredite, eine kleine Wirtschaftsblüte. Auch in der Aussenpolitik konnte man Erfolge verzeichnen: das Ruhrgebiet wurde wieder frei, und es kam der Locarno-Vertrag, der eine Art nachträglicher Friedensvertrag im Westen war und künftige Übergriffe der Franzosen ausschloss. Kurz und gut, plötzlich waren wieder ange-
nehme Zeiten angebrochen. Und bis 1928 jedenfalls sah es so aus, als könnte das so bleiben.

Dann traten zwei Dinge ein, die schon 1929, vor dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise, die Republik wieder zu destabilisieren begannen. Das eine war, dass die Mitte-Rechts-Koalition, die bis Mitte 1928 regiert hatte, die Reichstagswahlen von 1928 verlor. Die Deutschnationalen wurden plötzlich viel schwächer, die Sozialdemokraten wurden wieder stärker, sie hatten ihr bestes Wahlergebnis seit 1919. Und jetzt stellte sich heraus, dass eine neue Regierung weder auf der Basis der Weimarer Koalition noch auf der Basis dessen möglich war, was ich die Hindenburg-Koalition nennen möchte: Die Weimarer Republik besass eben doch nicht das, was die heutige Bundesrepublik von Anfang an hatte: ein klares rechtes und linkes Parteigruppensystem. Man musste auf eine «grosse» Koalition von der SPD bis zu den Rechtsliberalen zurückfallen, und das war eine sehr schwache Regierung, weil ihre Flügel von Anfang an auseinanderstrebten. Den Jahren von Mitte 1928 bis Anfang 1930, in denen die grosse Koalition regierte, fehlte die politische Stabilität, obwohl es bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise wirtschaftlich noch angenehme Jahre waren. Das war das eine. Das andere aber, das sich als viel gefährlicher erweisen sollte, hing mit der Person des Reichspräsidenten zusammen. Als Hindenburg 1925 gewählt worden war, hatte er bereits 77 Jahre gezählt; jetzt war er über 80. Er konnte nicht ewig

planten Staatsstreich, der auf die Restauration der Monarchie zielte.
Inzwischen war ja die Weltwirtschaftskrise ausgebrochen, und Brüning sah jetzt jene große aussenpolitische Chance, von der im vorigen Kapitel schon die Rede war: die Chance, die Weltwirtschaftskrise auszunutzen, um durch eine absichtlich herbeigeführte radikale Verschärfung der Wirtschaftskrise in Deutschland die Reparationen abzuschütteln. Das war ihm zunächst wichtiger als der beabsichtigte Staatsstreich. Immerhin, er löste im Juli 1930 den Reichstag auf und setzte für September 1930 Neuwahlen fest. Und nun geschah etwas Unerwartetes. In diesen Wahlen wurden die Nationalsozialisten Hitlers, in der «guten» Hindenburgzeit eine Splitterpartei, plötzlich zur zweitstärksten Partei. Sie gewannen 18 Prozent der Wähler, 6 Millionen Stimmen, 107 Mandate, und damit war auf der deutschen innenpolitischen Szene plötzlich eine neue Kraft erschienen, mit der man fortan rechnen musste. Was machte die Nationalsozialisten plötzlich so stark?

Es waren drei Gründe, die die Nationalsozialisten 1930 zunächst zur Massenpartei und dann, 1932, zur stärksten Partei überhaupt machten.

Der erste ist in der Wirtschaftskrise zu suchen; sie führte zu einer furchtbar schnell fortschreitenden Verelendung der Arbeiterschaft und auch – das darf man nicht vergessen – der Unternehmerschaft, in der es ebenfalls viele bankrotte und ruinierte Existenzen gab. Im Jahre 1932, dem Jahr der sechs Millionen Arbeitslosen, erschien ein Plakat, auf dem in expressionistischem Stil eine große Masse von Elendsgestal-

Die Not war der erste Grund, der Hitler die Massen zutrieb. Sie wird noch heute gern als einzige, und damit als durchschlagende Entschuldigung der plötzlich so massenhaft auf tretenden Naziwähler angeführt. Sie war ein Grund, und ein sehr starker, aber nicht der einzige.

Ein weiterer Grund lag in einem plötzlich wieder erstarkenden Nationalismus. Er ist längst nicht so greifbar wie die wirtschaftliche Not jener Jahre, und auch nicht so leicht zu erklären. Es scheint sogar widersprüchsvoll, dass gerade das Elend und die wirtschaftliche Verzweiflung von einer Art nationaler Aufbruchsstimmung begleitet waren. Aber so war es; jeder, der die Jahre 1930 bis 1933 noch bewusst miterlebt hat, kann es bezeugen. Ganz überwunden worden waren die nationalen Komplexe und Ressentiments der Zeit nach 1918, die Gefühle, die in solchen Begriffen wie «Dolchstoss» und «Novemberverbrecher» zum Ausdruck kamen, ja niemals. Aber sie waren in den Jahren 1919 bis 1924 doch im Wesentlichen auf die alte Rechte, die Wähler der Deutschnatio-
nen Volkspartei, beschränkt gewesen und hatten sich in den Jahren nach 1925, als diese Partei mitregierte, gemildert. Jetzt wurden sie plötzlich Gemeingut fast aller Parteien; sogar die Kommunisten sprachen plötzlich eine nationalistische Sprache, und die heimlichen und offenen Monarchisten, die hinter Brünings Präsidialkabinett standen, sowieso.


Der dritte Grund für den Wahlerfolg der NSDAP lag in der
Person Hitlers selbst – das muss gesagt werden, obwohl es viele Leute heute ärgern wird. Hitler wirkte auf die Deutschen seiner Zeit nicht abstossend, sondern anziehend, ja mitreißend. Er war einfach eine Figur viel größeren politischen Formats als alle anderen, die nach dem Tode Stresemanns in der Spätphase der Weimarer Republik auf der politischen Bühne standen.


Schon 1918 und 1919 hatten sich viele Deutsche einen solchen Mann, wie Hitler ihn jetzt darstellte, als Wunschziel ausgemalt. Es gibt aus jener Zeit ein Gedicht von Stefan George, in dem er die Hoffnung ausspricht, dass die Zeit

«Den einzigen, der hilft, den Mann gebiert... Der sprengt die ketten, fegt auf trümmertäten
Die Ordnung, geisselt die verlaufnen heim
Ins ewige recht, wo grosses wiederum gross ist,
Herr wiederum herr, zucht wiederum zucht. Er heftet

219
Das wahre Sinnbild auf das völkische banner.
Er führt durch sturm und grausige signale
Des frührots seiner treuen schar zum werk
Des wachen tags und pflanzt das Neue Reich.

Diese drei Dinge zusammen: die Not, der wiedererwachende Nationalismus und die Figur Hitlers machten die nationalso-zialistische Bewegung, nicht so sehr die Partei als solche, aber die Massenbewegung, die sich der Partei plötzlich be-mächtigte und sie nährte, von einem Tag zum andern zu ei-ner ganz starken politischen Kraft, mit der die ältere deut-sche Rechte, die Oberklassenrechte, die unter Hindenburg wieder ans Ruder gekommen war, nun rechnen musste.

Zuvor hatte Brüning allerdings eine Möglichkeit gefunden, halbparlamentarisch weiterzuregieren: Er fand seit Ende 1930 plötzlich wieder eine parlamentarische Mehrheit. Den Sozialdemokraten war damals der Aufstieg Hitlers furchtbar in die Glieder gefahren, und sie hatten beschlossen, Brüning fortan als kleineres Übel zu «tolerieren» – ihm also im Reichstag eine Mehrheit zu verschaffen, ohne selbst mitzuregieren. Brüning hätte, selbst wenn er es gewollt hätte, keine Sozialdemokraten in die Regierung aufnehmen dürfen. Er stand ja einem Präsidialregime vor, er sollte gar nicht parlamentarisch regieren. Aber die Tolerierung nahm er an und regierte ziemlich ruhig, im Inneren unangefochten, mit seiner quasiparlamentarischen Mehrheit und den Notverordnungen des Reichspräsidenten bis ins Jahr 1932 hinein – immer in der Hoffnung, dass er dann, mit dem grossen aussen-
politischen Erfolg in der Tasche, die innenpolitischen Veränderungen, die sein eigentlicher Auftrag waren, in Angriff nehmen konnte.


Jetzt bildeten die beiden revolutionären, staatsverneinenden Parteien, die Nationalsozialisten auf der Rechten und die Kommunisten auf der Linken, zusammen eine Mehrheit, von der sie natürlich nicht gemeinsam Gebrauch machen konnten. Insofern fand Papen eine, wie es schien, sehr glückliche Bedingung für den beabsichtigten Staatsstreich vor: Der Reichstag war jetzt sichtbar und deutlich nicht mehr regierungsfähig.


Es war nicht der erste Verfassungsbruch, den Papen beging. Vorausgegangen war schon ein anderer. Papen hatte im Juli, sehr bald nach seiner Ernennung, den sogenannten Preussen­schlag ausgeführt, das heisst, die legale preussische Regierung, übrigens immer noch eine Regierung der Weimarer Koalition, abgesetzt, die Minister durch Reichswehr aus ihren Ministerien vertreiben lassen und sich selbst zum Reichskommissar für Preussen ernannt. Dies war bereits ein kleiner Staatsstreich (und historisch betrachtet übrigens das wirkliche Ende der Selbständigkeit Preussens). Worauf es Papen jetzt ankam, war, die Zeit, in der der Reichstag aufgelöst blieb, zu benutzen, um den geplanten grossen Staats­
streich durchzuführen, der die demokratische Verfassung mit Hilfe ihres Artikels 48 in eine monarchische umwandeln sollte. Papen hatte das auch wirklich vor, und Hindenburg war bereit, ihn dabei zu decken. Es war Schleicher, der jetzt von Papen abfiel.

Papens, Hindenburgs und auch Schleichers ursprüngliche Idee einer monarchistischen Revolution hatte nämlich eine nicht ganz unbedeutende Schwäche: Es war kein Thronkandidat in Sicht. Den alt gewordenen Kaiser Wilhelm II. aus seinem holländischen Exil zurückzuholen verbot sich. Die Flucht nach Holland hatte den Kaiser auch bei den Monarchisten den Respekt gekostet; ihn noch einmal auf den Thron zu setzen, was Hindenburg persönlich das liebste gewesen wäre, schien unmöglich.

Der Kronprinz war seit seiner frühen Rückkehr nach Deutschland ein Privatmann geworden; als Kaiser kam auch er nicht mehr in Frage. Seine Söhne waren jung und unbekannt. Es gab im ganzen Deutschland dieser Zeit nur einen Mann, der möglicherweise einen einleuchtenden Monarchen abgeben konnte: Kronprinz Rupprecht von Bayern. Er wäre als König von Bayern seinen Landsleuten wahrscheinlich sehr willkommen gewesen. Ihn aber zu einem neuen deutschen Kaiser zu machen hätte bedeutet, die Restauration der Monarchie auch noch mit einem Dynastiewechsel zu verbinden. Das schien unmöglich. Die Lösung, die zum Schluss erworben wurde, bestand darin, den inzwischen – mit den Stimmen seiner früheren Gegner wiedergewählten Rechtspräsi-
denten zum Reichsverweser zu machen, das heisst zum Re-
genenten eines nachrückenden Kronprinzen-Sohnes. Aber das
wäre bei dem Alter Hindenburgs keine Dauerlösung gewe-
sen, und auch damit wagte man sich nicht an die Öffentlich-
keit. Man musste also einen Staatsstreich durchführen, der
allein auf den uralten Hindenburg gestützt war, wobei unklar
blieb, wie es nach seinem Ende weitergehen sollte. Und man
musste diesen Staatsstreich gegen die starke Volksbewe-
gung der Nationalsozialisten, gegen alles, was von den Re-
publikanern noch übriggeblieben war, und gegen die eben-
falls stark gewordenen Kommunisten durchführen. Das wäre
nur unter Anwendung militärischer Gewalt möglich gewe-
sen; man hätte mit einem Generalstreik, mit schweren Unru-
hen von rechts und links rechnen müssen – und hier bekam
Schleicher kalte Füsse. Er wollte nicht gegen alle regieren,
und er hatte – wie übrigens auch Papen – erfahren, dass die
mächtige nationalsozialistische Bewegung keineswegs be-
reit war, eine monarchistische Restauration zu akzeptieren
oder auch nur zu dulden.
Hitler wollte die ganze Macht für sich; aber auch seine mitt-
erweile 13 Millionen Wähler wünschten keine Wiederher-
stellung der Monarchie und des alten wilhelminischen Sys-
tems. Sie wollten etwas Neues und Dynamisches. Man tut
den meisten von ihnen wahrscheinlich kein Unrecht, wenn
man ihnen unterstellt, dass sie im Grunde genau das wollten,
was sie dann bekamen: die Alleinherrschaft Hitlers. Die


ihm die Genehmigung zu einer Regierung ohne Parlament und also zum Staatsstreich zu erteilen. Aber was Hindenburg Papen zwei Monate zuvor zugebilligt hatte, schlug er jetzt Schleicher ab.

Hindenburg hatte inzwischen mit Papen, der Schleicher in seiner Gunst verdrängt hatte, ständige Verbindung gehalten, und Papen war seinerseits nicht untätig geblieben. Er hatte schon immer vorgehabt, Hitler irgendwie einzuspannen, er war sogar im August 1932 schon einmal bereit gewesen, ihn zum Vizekanzler zu ernennen, wobei er Hitler nicht nur unterschätzte, sondern vollkommen falsch einschätzte.


Papen hatte sich inzwischen überlegt – ohne deswegen seine Einschätzung Hitlers zu ändern –, dass ja auch das notfalls annehmbar wäre. Die eigentliche Macht war ja immer noch der Reichspräsident, und dessen fühlte sich Papen sicher, auch wenn nominell Hitler Reichskanzler und Papen nur Vizekanzler sein würde. Wenn man Hitler, wie er sich gern
ausdrückte, «einrahmen» könnte, wenn Hitler nicht darauf bestünde, gleich seine ganze Gefolgschaft in die Regierung mitzubringen, wenn er bereit wäre, mit den Deutschnationalen und vielleicht sogar mit dem Zentrum eine Art Koalition zu bilden – warum eigentlich nicht?

Als die Koalition der Nationalsozialisten mit den Deutschnationalen dann in den letzten Januartagen 1933 zustande kam, antwortete Papen einem Kritiker, der ihm erstaunt und entsetzt vorhielt: Was, Sie haben Hitler an die Macht gebracht?!, sehr selbstgefällig: «Sie irren sich, wir haben ihn engagiert.» Wie sollte er sich täuschen!
Hitlerzeit
Die letzte Epoche des Deutschen Reiches muss man die Hitlerzeit nennen, und zwar noch in einem anderen Sinne, als man die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg als die Kaiserzeit und die spätere Phase der Weimarer Republik als Hindenburgzeit bezeichnen kann.


Die Hitlersche Machtergreifung bestand nicht darin, dass er am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde. Im Gegenteil: Damals glaubten viele noch, die merkwürdige Regierung Hitler-Papen würde sich ebenso schnell wie ihre Vorgänger verbrauchen und dann würde wieder etwas ganz anderes kommen. Dass es nicht so kam, war für viele Men-
schen eine grosse Überraschung und für die meisten von ihnen wohl eine erfreuliche.
Nachdem Hitler einmal zum Reichskanzler ernannt worden war, ergriff er die politische Macht in den nächsten vier Monaten fast vollständig, in der Zeit zwischen Februar und Juli 1933. Und dann, nach einer Pause, ergriff er eine Art von Macht, die man sich bis dahin gar nicht hatte vorstellen können, nämlich die totale Macht. Die Machtergreifung erfolgte also sozusagen in zwei Schüben.
Das entscheidende Ereignis, das bis heute nicht wirklich aufgeklärt ist, war der Brand des Reichstages am 27. Februar 1933 gewesen. Diese Brandstiftung nahm Hitler zum Vorwand, um – noch im Einvernehmen mit Papen – den Reichs-
Präsidenten eine weitere Notverordnung unterzeichnen zu lassen, die über alle bisherigen weit hinausging. Die Verfassung wurde in grossen Teilen ausser Kraft gesetzt, alle Grundrechte abgeschafft, die Möglichkeit willkürlicher Verhaftungen eingeführt. Diese Verhaftungen waren auch schon vorbereitet: am nächsten Tage, am 28. Februar, setzten sie ein.


Trotzdem hatte dieser Terror vom 28. Februar bereits eine entscheidende Auswirkung. Die 81 kommunistischen Abgeordneten, die eine Woche später noch gewählt wurden, zogen nicht mehr in den neuen Reichstag ein, sie befanden sich, als der Reichstag drei Wochen später eröffnet wurde, alle bereits in Konzentrationslagern, im Untergrund oder in der Emigration. Das verschob die Ergebnisse der Reichstagswahl ganz erheblich.

Denn eigentlich war diese Wahl für die Regierung enttäuschend ausgegangen. Die Nationalsozialisten besassen zu-
sammen mit den Deutschnationalen nur eine knappe Mehrheit von etwa 52 Prozent; die Nationalsozialisten selbst hatten nur 43,9 Prozent der abgegebenen Stimmen bekommen. Ihre Hoffnungen auf eine absolute Mehrheit hatten sich nicht erfüllt. Aber nachdem die kommunistischen Abgeordneten verschwunden waren, hatten die Nationalsozialisten nun plötzlich doch eine absolute Mehrheit, und zusammen mit den bürgerlichen Parteien vermochten sie sogar eine Zweidrittelmehrheit zu erzielen, die ihnen eine endgültige Verfassungsänderung, eine Abdankung des Reichstages bescheren konnte.


Das Bemerkenswerte an dieser Periode ist, dass die bürgerlichen Parteien tatsächlich nicht mehr mitspielen wollten, dass sie zufrieden waren, sich sozusagen ins politische Nichts zurückziehen zu dürfen. Das hängt mit dem zusammen, was man damals die «nationale Erhebung» oder auch

Diese Stimmung machte auf die Vertreter der alten bürgerlichen Parteien einen unwiderstehlichen Eindruck. Einer der letzten Minister der Weimarer Republik, inzwischen einfacher Abgeordneter der linksliberalen Demokratischen Partei, Dietrich, der nach einigen Gewissensbedenken für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatte, schrieb nach 1945, er habe aus seinen Wählerkreisen nie zuvor eine so überwältigende, zustimmende Leserpost erhalten wie nach dieser Entscheidung.

Das sieht aus wie eine Nebensächlichkeit; man kann es aber als Symptom für einen Vorgang betrachten, der sich in den Monaten März bis Juli 1933 abspielte. Trotz all des Unrechts, das in diesen Zeiten schon geschah, trotz der Einrichtung der Konzentrationslager, trotz der willkürlichen Ver-

238
haftungen, auch trotz der ersten deutlichen Zeichen einer anti-
semitischen Politik bildete sich in weiten Kreisen der Be-
völkerung eine Überzeugung, dies sei eine grosse Zeit, eine Zeit, in der die Nation sich wieder einte und endlich ihren Gottgesandten fand, einen aus der Mitte des Volkes erstan-
denen Führer, der für Zucht und Ordnung sorgen, die Kräfte der ganzen Nation zusammenfassen und das Deutsche Reich neuen, grossen Zeiten entgegenführen würde. Es war diese Stimmung, die es Hitler ermöglichte, die ganze politische Szene praktisch widerstandslos abzuräumen und eine Situation herbeizuführen, in der niemand ausserhalb seiner eige-
nen Reihen seinem Willen mehr Widerstand leisten oder seine Pläne vereiteln konnte.
Das ist ein bis heute ungeklärter Vorgang. Wohl deshalb, weil man gar zu gern vergisst, dass im Frühjahr und Früh-
sommer 1933 tatsächlich so etwas wie eine nationale Samm-
lung stattfand; nicht unbedingt hinter der nationalsozialisti-
schen Partei, aber hinter Hitler, hinter dem Führer, wie er jetzt schon genannt zu werden pflegte. Was damit zusam-
menfiel, war ein anderer ausserordentlicher Vorgang: das, was man die «Gleichschaltung» hiess.
Alles, was in Deutschland ausserhalb der eigentlichen Par-
teienlandschaft noch an politischen – oder auch unpoli-
schen – Organisationen existierte, von den grossen Industrie-
und Interessenverbänden, einschliesslich der Gewerkschaf-
ten, bis hinunter zu den kleinsten Vereinen, versuchte sich in
diesen Monaten «gleichzuschalten», das heisst, seine Führungs auszuwechseln, sich einen nationalsozialistischen Anstrich zu geben, sich an die Bewegung, die nun Deutschland überschwemmte, anzuhängen und mitzugehen. Dazu kamen in diesen Monaten ungeheuer viele Partebeitritte von Leuten, die sich bisher vom Nationalsozialismus ferngehalten hatten und sich jetzt vor Toresschluss noch in die Partei hineinschlichen oder -drängten: die sogenannten «Märzgefallenen». Bis die NSDAP tatsächlich ihre Tore schloss und von Mitte 1933 an vier Jahre lang keine neuen Mitglieder mehr aufnahm. Es gab noch einmal eine zweite kurze Öffnung der Partei im Jahre 1937, und noch einmal fanden sich sehr viele neue Parteimitglieder ein, darunter viele, die ihrer Gesinnung nach eigentlich gar keine Nationalsozialisten waren, sich aber «auf den Boden der Tatsachen stellen» und Karriere machen wollten. Eine Gesinnung, die man verachten kann, die aber in der menschlichen Natur liegt und die in den dreissiger Jahren die Deutschen zu einer politisch ganz überwiegend geeinten Nation machte.

Nun zum zweiten Schub der Machtergreifung. Wie sah die Lage aus, nachdem die politische Szene leergefegt und Hitler mit seiner Partei als einzige politische Macht in Deutschland übriggeblieben war? Die NSDAP war zwar die einzige poltische Macht, aber sie war nicht die einzige Macht schlechthin. Hitlers Establishment bestand nicht allein aus der Partei; es setzte sich aus mehreren nationalsozialistischen Organisationen zusammen, von denen die damals bei


Nun entstand zwischen der Reichswehr und der SA ein Konflikt, der Hitler in grosse Verlegenheit stürzte. Die SA, eine Massenorganisation unter Führung alter Subalternoffiziere
des Ersten Weltkriegs, wünschte, nun selbst die neue nationalsozialistische Armee des neuen Reiches zu werden. Sie plante, sich in die neue Reichswehr zu verwandeln, die alte Reichswehrführung zu entmachten, sie zum Teil in sich aufzunehmen, zum andern Teil vielleicht in Pension zu schicken. Aus der SA sollte das neue, grosse, revolutionäre, nationalsozialistische Heer werden – was Hitler eigentlich recht sein musste. Denn die SA war eine seiner Organisationen, er selbst war der Oberste SA-Führer, der OSAF (wenn er auch die Führung nicht von Tag zu Tag ausüben konnte). Er konnte also damit rechnen, eine Armee zu gewinnen, die von ihm politisch durchdrungen und beherrscht, nicht nur mit ihm verbündet sein würde.

Noch wichtiger aber dürfte für Hitler ein anderer Grund gewesen sein, sich in dem Konflikt zwischen Reichswehr und SA auf die Seite der Reichswehr zu stellen.

Der alte Hindenburg lebte noch, stellte aber nicht mehr die politische Macht dar, die er in den Jahren vor Hitler gewesen war. Er war nun wirklich uralt geworden und zog sich Anfang des Jahres 1934 auf sein Gut Neudeck zum Sterben zurück. Wer würde sein Nachfolger sein? Hitler war fest entschlossen, es selbst zu werden und seine Machtergreifung zu vollenden, indem er die Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten in seiner Person zu einem verschmolzen. Das war aber nur möglich, wenn die Reichswehr sich ihm dabei nicht in den Weg stellte. Hitler musste also versuchen, mit der Reichswehr zu einem Abkommen zu gelangen, das ihm die Reichspräsidentschaft anzutreten erlaubte. Ein solches Abkommen würde letzten Endes bedeuten, dass sich die Reichswehr dem neuen Reichspräsidenten Hitler – so wie zuvor Hindenburg – direkt unterordnete, denn schliesslich war das Staatsoberhaupt nach alter deutscher Tradition der höchste Befehlshaber der militärischen Macht.

Die Reichswehr fand sich zu diesem für Hitler lebenswichtigen Geschäft bereit; allerdings unter der Bedingung, dass die SA zurückgedrängt, dass ihre Pläne, die Reichswehr zuersetzen, zumute gemacht wurden und dass Hitler sich fortan der SA nicht mehr als Terrorinstrument bedienen würde. Das brachte Hitler in eine sehr peinliche Lage, denn vieles spricht


Gleichzeitig setzte in diesen Jahren das Hitlersche Wirtschaftswunder ein: eine Belebung der Wirtschaft, die in den vier Jahren von 1933 bis 1937 aus der Massenarbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung führte – womit Hitler übrigens fast die ganze ehemalige sozialdemokratische und einen grossen Teil der ehemals kommunistischen Anhänger- und Wählerschaft für sich gewann oder mindestens neutralisierte.

Kann man so etwas wirklich guten Gewissens behaupten? Es ist schliesslich eine offene Frage, wie weit die Masse des

Was für ein Staat war nun eigentlich das Deutsche Reich in dieser Periode? Es war kein Parteistaat, wie oft gesagt worden ist. Es war kein Staat wie etwa die heutige DDR oder die Sowjetunion, das heisst ein Staat, der von einer wohlgegliederten Partei wirklich beherrscht wird. Die nationalsozialistische Partei hatte kein Zentralkomitee, kein Politbüro, und Hitler hat niemals irgendein Parteigremium zusammengerufen, um sich mit ihm zu beraten. Die Parteitage, die jedes

Unter anderem: Denn seit dem Verschwinden aller anderen Parteien spielte auch die nationalsozialistische Partei eigentlich keine wirklich bedeutende Rolle mehr in diesem Staat. Es ist ganz eigentümlich, dass die Namen fast aller Gauleiter und Reichsleiter, der höchsten Parteifunktionäre, vollkommen vergessen sind und schon im Dritten Reich dem grossen Publikum kaum mehr bekannt waren. Das Dritte Reich Hitlers war kein Parteistaat, es war ein Führerstaat.

Und es war – auch das im Gegensatz zu vielem, was man heute als selbstverständlich annimmt – kein eigentlich totalitärer Staat. Im Gegenteil. In Hitlers Staat gab es, mehr als je zuvor im Deutschen Reich, eine grosse Zahl von Staaten.

Ein besonderer Staat im Staate blieb nach wie vor die Wehrmacht, wie sie jetzt nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hiess. Der Dichter Gottfried Benn, der damals in seinen alten Beruf als Militärarzt zurückkehrte, nannte das die aristokratische Form der Emigration.

Nun, es war keine Emigration, und man kann auch hinsichtlich des Aristokratischen verschiedener Meinung sein. Aber es war eine Form des Sichzurückziehens, heute würde man sagen: in eine Nische, in einen Sonderstaat im Staate, wo die
alten Traditionen und Gebräuche noch lange Zeit vorherrschend blieben. So grüsste man zum Beispiel noch bis ins Jahr 1944 hinein in der Wehrmacht nicht mit dem Hitlergruss, sondern nach alter militärischer Art mit der Hand an der Mütze.

Dass solche Nischen existierten, war beileibe kein Versehen Hitlers. Man hat die Nazis als eine «Bewegung» charakterisiert, aber, so seltsam es klingt, die wirkliche Bewegung war nach 1933 Hitler selbst. Hitler hat als Herrscher mehr in Bewegung gebracht als das ganze Deutsche Reich und das gesamte deutsche Volk. Er hat nie eine feste Staatsordnung geschaffen, keine Verfassung hinterlassen, die vielen Institutionen und Organisationen, die er ins Leben rief, nie koordiniert und in geordnete Beziehungen zueinander gesetzt; und er hat das bewusst unterlassen, eben um alles in Bewegung zu halten. Denn für Hitler war das Deutsche Reich nichts Endgültiges. Es galt ihm nicht als das Ererbte, zu Bewahrende. Für Hitler war das Reich nur ein Sprungbrett, nur der Ausgangspunkt für eine enorme territoriale Ausdehnung und für ein neu zu schaffendes Machtgebilde, dessen innere, verfassungsmässige Organisation noch gar nicht vorhersehbar war. Daher also das innere Chaos des Dritten Reiches.

Wie wurde nun dieser – in viele Sonderabteilungen zerklüftete, nicht totalitäre – Staat trotzdem von Hitler so regiert, dass er ein Führerstaat blieb? Woran lag es, dass bei aller

Beginnen wir mit dem Terror. Während des ganzen Hitlerreichs gab es Konzentrationslager, in die man willkürlich, ohne Haftbefehl, ohne Nachprüfung, ohne Anklage eingeliefert werden konnte und in denen man ein schlimmes Schicksal zu erwarten hatte. Diese Konzentrationslager unterstanden nach der Entmachtung der SA dem andern von Hitler geschaffenen Terrorverband, der SS. Hitler hatte am 30. Juni 1933 etwas sehr Kluges getan. Er hatte die SA-Führung nicht von der Reichswehr erschiessen lassen, die sich nur zu gern diesen unangenehmen Auftrag ersparen, die Hände nicht schmutzig machen wollte, sondern er hatte dazu, von der Reichswehr bewaffnet und mit den nötigen Verkehrsmitteln ausgestattet, seine andere kleine, eigentlich bis dahin nur als Sonderabteilung der SA existierende militärähnliche Organisation eingesetzt, nämlich die SS. Nun wurde die SS die neue SA – und zugleich etwas anderes als die SA. Denn die SS war im Gegensatz zur SA niemals eine überwiegend proletarische Organisation. Sie war von vornherein als eine Art Aristokratie innerhalb der nationalsozialistischen Organisa-

Darüber hinaus wurde die SS ausserordentlich erweitert. Ihre Terrorfunktionen, die sie unabhängig von ihren – ebenfalls sehr gefürchteten – Polizeifunktionen ausübte, wurden besonders dafür geschulten Verbänden übertragen, den sogenannten Totenkopfverbänden, die nun die SA als Leiter und Manager der Konzentrationslager ersetzten und ein neues, sehr viel geregelteres, sehr viel kälteres, nicht so unvorhersehbares und undiszipliniertes Regime wie früher in den Konzentrationslagern einführten. Aber dies war gewiss kein
humaneres Regime, sondern ein eher noch härteres mit furchtbaren Disziplinarstrafen, von der routinemässig vollzogenen Prügelstrafe für triviale Disziplinwidrigkeiten bis zu der oft willkürlich als Disziplinarstrafe verhängten Todesstrafe.


Ich sprach vorhin von zwei Herrschaftsinstrumenten Hitlers: dem Terror und der Propaganda. Für den Terror war Himmler mit seiner SS zuständig. Er war insofern die rechte Hand Hitlers. Für die Propaganda war das im März 1933 aus dem Nichts geschaffene Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zuständig, das Goebbels unterstand, den
man als die linke Hand, die ebenfalls unentbehrliche linke Hand Hitlers bezeichnen kann.

Goebbels hat niemals die fast selbständige Machtposition unterhalb Hitlers besessen, zu der Himmler im Laufe der späteren Nazijahre emporgewuchs. Er blieb immer ein blosser Exekutor, ein Funktionär Hitlers, und er hat niemals Hitlers Politik – auch seine Innenpolitik nicht – beeinflussen können, so wie Himmler es manchmal konnte. Aber Goebbels lenkte einen der wichtigsten Staaten in Hitlers Staat. Denn er monopolisierte, auf legale Art von Hitler dazu ermächtigt, den gesamten Bereich, den man heute den Medienbereich nennt, also alles, was öffentliche Meinung und öffentliche Stimmung beeinflussen konnte. Das waren damals in erster Linie die Presse, der Rundfunk (Fernsehen gab es noch nicht), aber auch Theater, Film und in gewisser Weise sogar die Buchproduktion, die Literatur. Und Goebbels führte seine Aufgabe auf eine sehr geschickte Weise aus, die man unter rein technischen Gesichtspunkten nur bewundern kann.

Goebbels versuchte nämlich nicht, das gesamte deutsche Volk zu nationalsozialistischen Ideen zu bekehren, sondern er verlegte seine Anstrengungen darauf, dem deutschen Volk durch seine Medien eine heile Welt vorzuspiegeln, die unter dem Führerreime, unter nationalsozialistischen Auspizien wiederhergestellt worden war. Besonders deutlich wurde das in Goebbels’ Filmpolitik.

Der Propagandaminister liess zwar gelegentlich einige gross angelegte Propagandafilme drehen – aber die kann man an
den Fingern einer Hand aufzählen. Sonst bestand die gesamte deutsche Filmproduktion aus heiteren, harmlosen, übrigens technisch und künstlerisch gut gemachten Unterhaltungsfilmen, in denen es so zuging, wie es eben im Kino immer zuging: Filme, in denen kleine Mädchen sich große Männer angeln und in denen die Liebe recht behielt, in denen niemals mit «Heil Hitler!» gegrüßt wurde, in denen man nicht das geringste davon merkte, dass es ein Drittes Reich überhaupt gab. In diesen Filmen fand das deutsche Filmpublikum, was es suchte und immer gesucht hatte, nämlich die Erfüllung seiner privaten Wünschträume.

Es ist sehr beachtenswert, dass Goebbels einen grossen Teil seiner Propaganda unter williger Mitwirkung von Leuten machte, die sich als Anti-Nazis empfanden, es der Gesinnung nach auch waren. Die Filmschauspieler und Regisseure des Dritten Reichs waren zum grössten Teil das, was man damals «Antis» nannte. Indem sie Filme machten, in denen das Dritte Reich sozusagen ignoriert wurde, bildeten sich viele sogar ein, eine Art Widerstand zu leisten. Dass sie dabei, in aller Harmlosigkeit und ohne etwas ausgesprochen Nationalsozialistisches zu tun, Goebbels’ Arbeit verrichteten und mithalfen, dem deutschen Volk etwas vorzugaukeln – nämlich, dass alles nur halb so schlimm sei und dass man im Grunde immer noch ein ganz normales Leben führte –, das machten sie sich nicht klar. Man darf ihnen das nicht vorwerfen, denn sie hatten ihr Geld zu verdienen wie jeder.
andere; und auch jeder andere, der im Dritten Reich durch ehrliche Arbeit sein Geld verdienen wollte, erledigte auf die eine oder die andere Art die Arbeit des Dritten Reiches mit. Nur dass man sich nachträglich als Widerstandshelfer darstellt, wie es jetzt in vielen Schauspieler-Erinnerungen geschieht – das ist ein bisschen übertrieben.


Von einer totalen Gleichschaltung der Presse kann also keine Rede sein. Die Presse blieb vielfältig. Aber man zog ihr Grenzen, die sie nicht überschreiten durfte, und auf diese Weise wurde erreicht, dass auch einem nicht-nationalsozialistischen Publikum das, worauf es Goebbels und Hitler ankam, auf eine Art beigebracht wurde, die es schlucken konn-
Eine fast genial zu nennende Form der Manipulation der öffentlichen Meinung und, mehr noch, der öffentlichen Stimmung, ohne dass den Menschen Ideen aufgedrängt wurden, für die sie im Sinne der Reichsführung noch nicht reif waren.

Dazu kam, dass es der Propaganda zwischen 1934 und 1938 insofern leichtgemacht wurde, als Hitler in diesen Jahren wirklich etwas vorzuzeigen hatte. In jener Zeit wurden auch Nazigegner zu dem widerwilligen Eingeständnis genötigt: Aber der Mann kann ja, was er will. Er weiss nicht nur, was er will, er kann es, und es gelingt ihm. Man muss es ihm lassen, er hat Erfolg. Man muss es ihm lassen, er macht uns reich, gross und mächtig, und er zeigt der Welt, dass Deutschland wieder etwas gilt.


Da war zum Beispiel die Einführung des Arierparagraphen in der Reichswehr im Jahre 1935. Gewiss, es gab nicht viele jüdische Offiziere, aber dafür eine ganze Menge Offiziere, die eine jüdische Grossmutter oder eine jüdische Mutter hat-

Hitlers dritter grosser Erfolg, der im breiten Publikum auch dank der Verkaufstechnik Goebbels’ grossen Eindruck machte, war seine Aussenpolitik, die Art, wie er anfing, der Welt Trotz zu bieten, ganz anders als etwa Stresemann und die republikanischen Regierungen, die ja auch eine revisionistische Politik betrieben und dabei sogar grosse Erfolge erzielt hatten, aber doch immer unter dem Motto der Anpassung und der scheinbaren Versöhnung. Damit war jetzt Schluss. Hitler legte Wert darauf, seine Erfolge der Welt abzutrotzen.

Das begann schon 1933, als Deutschland aus dem Völkerbund, in den es erst sieben Jahre zuvor zugelassen worden war, demonstrativ wieder austrat, sozusagen die Tür hinter sich zuschlagend. Das machte Hitler massenspsychologisch sehr geschickt zum Anlass seines ersten Plebiszits, des ersten, in dem er an die 100 Prozent Stimmen erreichte.

Dann kam 1935 die offene Proklamierung der wiedereingeführten allgemeinen Wehrpflicht, die Erklärung, Deutsch-


Und dann kamen die ganz grossen, von niemandem erwarteten Erfolge des Jahres 1938: der unwidersprochene, kampflos erreichte Einmarsch in Österreich und der darauffolgende Anschluss Österreichs, eines der Traumziele früherer
Revisionspolitiker; daraufhin – allerdings nach der ersten kriegsdrohenden Krise – im Herbst 1938 das Münchner Abkommen, in dem Frankreich und England Frankreichs Verbündeten, die Tschechoslowakei, preisgaben und zwangen, die sogenannten Sudetengebiete, also ihre überwiegend deutsch besiedelten Randgebiete, ans Deutsche Reich abzutreten.

«Auf so etwas hatten wir nicht einmal zu hoffen gewagt. Dem Mann gelingt einfach alles. Er ist ein Gottgesandter.» Das war nach solchen Erfolgen die Stimmung bei den deutschen Massen; da spielte es keine grosse Rolle mehr, dass andere Bestandteile der Politik Hitlers nie ganz populär waren.


Selbst bürgerliche und sozialdemokratische Gegner der Kommunisten hatten Anfang 1933 mit einer gewissen schadensfreien Hoffnung erwartet, dass wenigstens die Kommunisten in irgendeiner Form den Widerstand gegen Hitler zu stande bringen würden, zu dem die bürgerlichen Parteien und die SPD sich nicht mehr auf raffen konnten; dass sie sich
nicht kampflos und wehrlos von Hitler vernichten lassen würden, wie er es immer deutlich angedroht hatte; man erwartete irgendeine Form von Auflehnung mit vielleicht bürgerkriegsähnlichen Folgen (die freilich auch wieder gefürchtet waren).

Aber nichts dergleichen geschah. Nach dem Reichstagsbrand wurden die Mitglieder der kommunistischen Führung, soweit sie nicht ins Ausland flohen oder in den Untergrund gingen, als allererste in Konzentrationslager verbracht; die Parteibüros wurden polizeilich durchsucht, besetzt, das Personal verhaftet; die kommunistische Partei wurde sozusagen geächtet, ohne dass das ausdrücklich erklärt zu werden brauchte. Der Erfolg war hundertprozentig, es gab keinen spürbaren kommunistischen Widerstand.

Ich glaube, dass das mitentscheidend dafür war, dass ein großer Teil der blossen Wählerschaft und losen Anhängerschaft der Kommunisten, wahrscheinlich mehrere Millionen, in den nächsten Monaten bereits wieder von der Partei abfiel. Dass die kommunistische Partei verboten blieb, war natürlich den bürgerlichen Parteien ganz recht, bis zu einem gewissen Grade auch den Sozialdemokraten, die ja ihren eigenen Bruderkrieg mit den Kommunisten zu führen gehabt hatten. Anerkennen muss man eines: Während alle bürgerlichen Parteien spurlos verschwanden und die SPD nur im Exil als Partei weiterexistierte, ist von den Kommunisten innerhalb Deutschlands unter schrecklichen Opfern eine Kaderpartei, ein Zusammenhang wenigstens der allemotwendigsten Parteiorgane, die ganze Hitlerperiode hindurch auf-


Von nun an – so tröstete man sich – wüssten die Juden, woran sie seien, sie hatten eben keine politischen Rechte mehr, sie konnten gewisse Berufe nicht oder nur ausnahmsweise ausüben, sie durften keine nichtjüdischen Deutschen mehr heiraten oder sich mit ihnen in Liebe verbinden; nun gut, das ging alles sehr weit, aber im Vergleich zu all dem Positiven, das Hitler gebracht hatte, zur Vollbeschäftigung, zur Wiederaufrüstung, zu den Trotztriumphen seiner Außenpolitik, zu dem wiedererweckten nationalen Selbstgefühl – im Vergleich mit alldem konnte man es hinnehmen.

Dieses Hinnehmen, das schliesslich zum Hinnehmen immer schrecklicherer Dinge führte, ist das, was man die Schuld der Deutschen an der Hitlerschen Judenverfolgung nennen kann. Wobei man den Deutschen immerhin zugutehalten muss, dass sie nach der Abschaffung allen demokratischen politischen Lebens keine Mittel mehr gehabt hätten, ihren Widerwillen praktisch zur Geltung zu bringen und politisch durchzusetzen.

Trotzdem blieb der Antisemitismus Hitlers ein Hauptmerkmal bei der Scheidung zwischen den loyalen Führergläubigen, zu denen die Mehrheit des deutschen Volkes in den dreissiger Jahren wurde, und der immer noch nicht unbeträchtlichen Minderheit der «Antis», Leuten, die, wenn sie zusammenkamen, auf Hitler und noch mehr auf seine Partei schimpften, das ganze Dritte Reich zum Teufel wünschten und glaubten, ihren alten Überzeugungen treu zu sein, obwohl sie sie nicht mehr öffentlich zu äußern wagten und natürlich nicht mehr politisch vertreten und durchsetzen konnten.

Es gab immer eine ziemlich große Zahl von «Antis», die sich später, nach Hitlers Höllensturz, gern als «innere Emigration» oder sogar als «Widerstand» bezeichneten. Mit die-
sen beiden Worten muss man, glaube ich, sehr vorsichtig sein.


Mit der inneren Emigration ist es so eine Sache. Die äußere
Emigration, natürlich, die gab es. Sie war übrigens nicht ganz leicht, denn damals herrschte außerhalb Deutschlands noch Wirtschaftskrise, und wenige Länder waren bereit, die Emigranten aufzunehmen und ihnen Arbeit zu gestatten. Aber auch die innere Emigration ist sicher von manchen Menschen beabsichtigt worden. Sie war aber auf eine merkwürdige Weise unmöglich. Ich nenne hier als Beispiel den späteren Bundespräsidenten Heinrich Lübke.

Lübke war ein früherer Zentrumspolitiker, der seinen Anschauungen treu blieb, aber natürlich keine Gelegenheit hatte, sich nach 1933 in irgendeiner Form politisch zu betätigen. Er fiel deshalb auf seinen erlernten Beruf als Bauingenieur zurück, also einen völlig unpolitischen Beruf. Man kann das durchaus eine innere Emigration nennen. Lübke nahm einen gewissen sozialen Abstieg von einer immerhin herausgehobenen Position als aktiver Politiker zu einer ganz anonymen Mittelstandsexistenz auf sich, um innerlich seinen alten Gesinnungen treu bleiben zu können. Aber war es wirklich eine Emigration? Denn auch als Bauingenieur musste er ja für die Interessen des Reiches arbeiten, und im Kriege musste er zum Beispiel daran mitarbeiten, Lager für zwangsrekrutierte Fremdarbeiter zu errichten, was ihm später sehr heftig zum Vorwurf gemacht worden ist. Meiner Meinung nach zu Unrecht, denn von irgendetwas musste er ja leben. Jedenfalls hatte Lübke mehr Recht, sich als innerer Emigrant zu fühlen, als manche «Antis», die in Filmen oder in der Presse, im Rundfunk, im Theater oder sogar in der Li-
teratur die von Goebbels beabsichtigten Geschäfte ausführten.

Ich komme noch einmal auf die Literatur zurück, weil sie am wenigsten gemassregelt wurde. Ein grosser Teil der Prominenz der deutschen Literatur war emigriert. Es gab aber auch im Dritten Reich eine für jeden, der eine gewisse Nase dafür hatte, deutlich erkennbare Literatur, die von «Antis» geschrieben war und die dem Dritten Reich auszuweichen strebte. Niemals sind so viele zeitlose Idyllen, Jugenderinnerungen, Natur Schilderungen geschrieben und auch gedruckt worden wie während des Dritten Reiches. Jeder, der sie las, erkannte: Der Autor will kein Nazi sein, er will nicht mitarbeiten.

In Wirklichkeit aber arbeitete er trotzdem mit, indem er denen, die so etwas liebten, zeigte: Das könnt ihr ja auch im Dritten Reich haben. Jeder, der unter Goebbels arbeitete, auch wenn er sich noch so sehr als Antinazi fühlte, spielte irgendein kleines Instrument in Goebbels’ Orchester, in dem auch die Idylle, auch der altmodische Snobismus, alles, was zur sogenannten Normalität gehörte und dem Dritten Reich nicht direkt zuwiderlief, mitspielen musste, so wie im Orchester eben auch die Piccoloflöte gebraucht wird.

Zum Schluss dieses Kapitels die Frage, die so oft diskutiert und nie entschieden worden ist: Stand das Dritte Reich eigentlich in der Kontinuität des Deutschen Reiches, oder war es ein Schritt vom Wege? Die Antwort lautet schlicht, dass es Elemente der Kontinuität und Elemente der Diskontinui-
tät gegeben hat, dass aber die Kontinuitätselemente alles in allem überwogen. Hitler übernahm, wie wir noch sehen werden, die «Weltmacht oder Niedergang»-Alternative des späten Kaiserreichs und des Ersten Weltkrieges und trieb sie auf die Spitze, blieb also in seiner Außenpolitik völlig in der Kontinuität des Deutschen Reiches, die nur durch den verlorenen Ersten Weltkrieg eine Weile gewaltsam unterbrochen worden war.


In der Gesellschaft des Hitlerschen Reiches herrschte zwar ein gewisser Wandel, aber letzten Endes überwog auch hier die Kontinuität. Man könnte von einem Wandel in Kontinuität sprechen. Die alten Herrschaftsschichten wurden zwar politisch weitgehend entmachtet, aber nicht ihrer gesellschaftlichen Stellung beraubt. Die Grossgrundbesitzer blieben Grossgrundbesitzer, und die Grossunternehmer blieben Grossunternehmer, auch die intellektuelle und kulturelle Elite blieb, soweit sie nicht durch Emigration gelichtet wurde, das, was sie immer gewesen war. Was sich änderte, war der Zustrom in diese herrschenden Schichten; zum Bei-

272
spiel die Durchdringung der Polizei durch die SS; zum Beispiel die Aufnahme nationalsozialistischer Aufsteiger in grosse Wirtschaftsunternehmen; auch die Umwandlung grosser Presseunternehmen mit ihrer früher oft jüdischen Führung durch neue Elemente. Die Gesellschaft der Hitlerzeit war eine Aufsteigergesellschaft, wie übrigens, auf etwas andere Art, schon die der Weimarer Republik und noch die der beiden heutigen deutschen Staaten. Der Kontinuität tut das keinen Abbruch. In der Kontinuität blieb auch, dass das Militär sein Prestige und seine Geltung in der Gesellschaft zurückerhielt, die es vorübergehend in der Weimarer Republik etwas eingebüsst hatte.

Das Hauptelement der Diskontinuität war Hitlers Antisemitismus, also der biologische Rassengedanke, der vorher im Deutschen Reich keine Rolle gespielt hatte und der für Hitler selbst vielleicht sogar wichtiger war als die eigentliche Reichsführung. Für die grosse Masse der Deutschen, soweit sie nicht selber als Juden oder durch enge Verbindungen mit Juden betroffen waren, blieb das ein Nebenpunkt, den man übersehen, von dem man wegschen konnte, der sich in Kauf nehmen liess, wenn das Deutsche Reich nur weiterhin so einig, gross und mächtig dastand wie unter Hitler. Das blieb so bis zum Ende. Ich will dieses Ende hier vorwegnehmen. Denn in das nächste Kapitel, das die Geschichte des Zweiten Weltkrieges behandeln wird, gehört Hitlers Judenverfolgung und schliesslicher Judenmord nicht hinein. Der Massenmord
war keine Kriegshandlung, auch wenn er während des Krieges stattfand.

Bekanntlich verschärfte Hitler die Judenverfolgung seit 1938 kontinuierlich. 1938 unternahm Hitler auch den Versuch, mit einem von oben veranstalteten reichsweiten Pogrom, bei dem die inzwischen fast kaltgestellte SA noch einmal zum Zuge kam, die öffentliche Stimmung und die Wirkung seiner antisemitischen Propaganda zu testen. Der Test fiel negativ aus.

Das verharmlosende Wort «Reichskristallnacht» sagt mit einiger Exaktheit, wie die Deutschen darauf reagierten. Denn die «Kristallnacht» war ja an dem, was stattfand, das wenigste. Es wurden ja nicht nur Schaufensterscheiben eingeworfen, sondern Synagogen verbrannt, jüdische Wohnungen verwüstet, Tausende von Juden wurden verhaftet und in Konzentrationslager gebracht, nicht wenige wurden erschlagen. Dies war keine Kristallnacht, sondern ein massives Pogrom.

Das wollte die Bevölkerung nicht wahrhaben. Sie nahm spöttischen Abstand, sie beteiligte sich nirgends, es gab auch durchaus Bekundungen des Abscheus. Gleichzeitig wollte man die Schandtaten, so gut es ging, verniedlichen: Es war eben nur eine «Reichskristallnacht», eine zweifellos üble, aber halbwegs komische Ausschreitung, für die man selbst nicht verantwortlich war, aber auch den Nationalsozialismus in seiner Gesamtheit nicht verantwortlich machen wollte, und den Führer schon gar nicht. «Wenn das der Führer wüsste!»

Immerhin: Von Hitlers Standpunkt aus gesehen war der Test
negativ verlaufen, und er liess die Angelegenheit nach einer Nacht und einem Tag abbrechen. Es zeigte sich, dass das deutsche Publikum, das deutsche Volk in seiner Masse – in seiner hitlertreuen Masse – bei der wirklich aktiven Judenverfolgung nicht mitmachen wollte.


Dieses bewusste Verstecken des Holocaust vor der deutschen Öffentlichkeit ist ein gewisser Entschuldigungsgrund dafür, dass die Deutschen nichts dagegen unternahmen. Ein anderer, durchschlagenderer ist meiner Meinung nach, dass sie ohnehin nichts dagegen unternehmen konnten, besonders unter den Bedingungen der zweiten Kriegshälfte.


Zweiter Weltkrieg
Der Krieg, den Hitler am 1. September 1939 begann, war nicht der Krieg, den er schon immer vorgehabt und geplant hatte.

Hitler hatte aus dem Ersten Weltkrieg zwei ziemlich einleuchtende Lehren gezogen. Die erste bestand darin, dass der Erste Weltkrieg im Osten gegen Russland gewonnen worden war; Russland hatte sich im Ersten Weltkrieg als schwächer erwiesen, als man vor dem Ersten Weltkrieg gedacht hatte. Es hatte einen Diktatfrieden unterzeichnen müssen, große russische Gebiete waren am Schluss des Krieges in deutscher Hand gewesen. Das glaubte Hitler wiederholen zu können. Wie hiess es in «Mein Kampf»? «Das Schicksal selbst scheint uns hier einen Fingerzeig geben zu wollen. Das Riesenreich im Osten ist reif zum Zusammenbruch.»

Gleichzeitig hatte Hitler erkannt, dass Deutschland den Ersten Weltkrieg im Westen hauptsächlich gegen England verloren hatte – und dass der Krieg gegen England vielleicht vermeidbar gewesen wäre. Die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges erinnert an die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges; damals war es für Bethmann Hollweg ebenfalls da-

Hitler hatte 1935 ein Flottenabkommen mit England geschlossen, in dem das Reich sich verpflichtete, seine Flotte auf ein Drittel der englischen zu begrenzen – was insofern kein Kunststück war, als es ja noch kaum eine deutsche Flotte gab. Aber Hitler meinte diesen Vertrag vielleicht sogar ehrlich. Er wollte keinen Krieg mit England, er wünschte
keine Herausforderung Englands, denn er wollte England dafür gewinnen, untätig zuzusehen, wenn Deutschland das bolschewistische Russland eroberte und zu seinem Lebensraum machte. Hitler hatte Ribbentrop mit den Worten nach London geschickt: «Bringen Sie mir das englische Bündnis.»

Aber England wünschte kein Bündnis, und es war auch nicht bereit, eine Eroberung und Unterwerfung Russlands durch Deutschland hinzunehmen. Immerhin war es bereit, Deutschland grosse Konzessionen zu machen, wenn sich das Reich mit seiner herkömmlichen kontinentalen Mittelstellung begnügte, das heisst, Frankreich schonte und auch Russland in Ruhe liess.

Im Grunde ging es bei den deutsch-englischen Verhandlungen der Jahre 1937 bis 1939 bereits um den grossen Krieg Deutschlands gegen Russland. Diesen Krieg wollte England verhindern; nicht weil es irgendetwas für die Sowjetunion übrighatte – im Gegenteil, die Beziehungen zwischen England und dem bolschewistischen Russland waren denkbar schlecht –, sondern weil es richtig voraussah, dass eine Eroberung der Sowjetunion das Deutsche Reich auch ohne Flottenpolitik zu einem so übermächtigen Staat machen würde, dass die Weltmächte England und Frankreich demgegenüber gar nicht mehr ins Gewicht fielen. England wollte Deutschland sozusagen seinen grossen Eroberungskrieg im Osten abkaufen, es weigerte sich, ihm die «freie Hand im Osten», die Ribbentrop im Namen Hitlers ganz offen forder-
te, zuzugestehen. Es stellte dem eine eigene Politik gegenüber, die Konzeption, die dann unter dem Namen «Appeasement» berühmt wurde.


So standen sich in den Jahren 1937 bis 1939 zwei Konzeptionen gegenüber, die Hitlersche, in der ein mindestens wohlwollend neutrales England einem grossen deutschen Eroberungszug im Osten zusah, und die englische, die anstrebte, dass Deutschland vergrössert und befriedigt («appeased») in einem friedlichen Europa ruhte.

Das war nicht nur Idealismus. Auf dieses friedliche Europa war England dringend angewiesen. In einem kriegerischen Europa, in dem sich England auf dem Kontinent engagieren müsste, würden sich die schwachen Stellen des Empire in Ostasien, im Mittelmeer, im Nahen Osten in aller Deutlichkeit enthüllen, weil England dann nicht mehr die Kraft übrig haben würde, das Empire wie bisher gegen die beiden anderen revisionistischen und aggressiven Mächte, Japan und Italien, zu verteidigen.

Wie gesagt, von aussen betrachtet war dies der bis dahin grösste Triumph Hitlers, und auch in Deutschland selbst brach nach «München» die militärische Opposition gegen Hitler, die sich in der vorangingehenden Krise gerade wieder fühlbar gerührt hatte, fürs erste einmal vollständig zusam-
men. Aber Hitler empfand die Münchener Konferenz und ihr Ergebnis interessanterweise als Niederlage – er hätte einen kurzen siegreichen Einübungskrieg gegen die Tschechoslowakei vorgezogen –, und was in München triumphiert hatte, war weniger Hitlers Planung als die englische Appeasementpolitik. Als der damalige englische Premierminister Chamberlain aus München nach London zurückkehrte, erklärte er öffentlich, das Konferenzergebnis bedeute «Frieden für unsere Zeit».

Die englische Rechnung dabei kann man gut nachvollziehen. Sie ging davon aus, dass alle Staaten Südosteuropas sich jetzt mit Hitler zu arrangieren suchen würden und dass Hitler, wenn er die ihm so gewissermassen zu friedlicher Eroberung freigegebene Interessenzonen organisieren wollte, dazu einen Zeitraum von mindestens fünf bis zehn Jahren benötigen würde. In dieser Zeit würde Hitler jedenfalls keine neuen, größeren Unternehmungen planen können, während der Westen in Ruhe nachrüsten und mit Deutschland militärisch wieder gleichziehen könnte.


Dabei hatte dieses Jahr ganz friedlich begonnen. In England glaubte man, mit der Politik des Appeasement Erfolg gehabt zu haben. Aber Hitler ging es überhaupt nicht darum, das

Dem verweigerte sich Polen. Und es war diese Verweigerung, nicht so sehr Danzig, die Hitler umdenken liess. Wenn er Polen nicht als Verbündeten haben konnte, dann musste es eben als besiegtes und besetztes Land zum deutschen Aufmarschgebiet werden; dem geplanten Krieg mit Russland musste also ein improvisierter Krieg mit Polen vorausgehen; und dieser Krieg war notfalls gegen England durchzusetzen.


Dieser Vorgang hatte denn auch im März 1939 in London Alarm ausgelöst. Die Chamberlain-Regierung gab «Appeasement» zwar noch nicht auf, aber die Methode der Appeasementpolitik wurde jetzt geändert. Bisher hatte man nur mit Versprechungen und Konzessionen gelockt, von nun an arbeitete man auch mit Drohungen: Wenn Hitler in seiner Politik der eigenmächtigen Ausdehnung nach Osten weiter-
gehe, so wurde ihm jetzt bedeutet, dann werde er England in seinem Wege finden. Das Symbol dieser Drohung war eine englische Garantie für Polen, die Ende März 1939 abgegeben wurde, nachdem Polen sich dem Hitlerschen Werben um ein Bündnis gegen Russland versagt hatte.

Damit war Hitler in einer neuen Situation. Er selbst hat sie in den Worten zusammengefasst, die er drei Wochen vor Ausbruch des Krieges, am 11. August 1939, an den damaligen Völkerbundkommisssar in Danzig, den Schweizer Karl J. Burckhardt, richtete: «Alles, was ich unternehme, ist gegen Russland gerichtet; wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen und dann nach seiner Niederlage mich mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden.»


Aber warum machte die Sowjetunion diese Politik mit? Denn Stalin war sich natürlich nicht im Unklaren über Hit-

1939 sah Stalin die Chance, diesen Krieg abzuwenden, den Ball gewissermassen in das Feld des Westens hinüberzuspie- len und Hitler von einem Krieg gegen die Sowjetunion auf möglicherweise lange Zeit dadurch abzuhalten, dass Deutschland sich in einen Krieg mit England und Frankreich verwickelte. Unter diesen Auspizien war Stalin gern und freudig bereit, sich mit Hitler auf einer Basis zu arrangieren, die auf eine Teilung Osteuropas zwischen der Sowjetunion und Deutschland hinauslief.

Am 23. August 1939 schlossen Deutschland und die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt ab. Seine geheimen Zusatzklauseln besagten, dass in einem Krieg gegen Polen der östliche Teil Polens, den die Sowjetunion 1921 an Polen hatte abtreten müssen, an die Sowjetunion zurückfallen würde, dass darüber hinaus die Sowjetunion auch vorherrschende Macht in den baltischen Randstaaten und in Finnland werden würde. Ähnliche, etwas vage Absprachen waren auch für Südosteuropa vorgesehen.


Nachdem Polen und Frankreich ausgeschaltet waren, erhob sich für Hitler die Frage, wie es nun mit England weitergehen sollte. Auf einen wirklichen Krieg gegen die Briten, eine Invasion, Eroberung und Besetzung Englands, war das Deutsche Reich nicht so vorbereitet, wie es auf seine Feldzüge

Hitler bemühte sich eine Weile halbherzig weiter, England aus dem Kriege sozusagen herauszuärgern: durch Luftangriffe auf London und andere englische Großstädte, die sich durch den ganzen Winter 1940/41 und das Frühjahr 1941 hinzogen. Das blieb aber ebenso erfolglos wie später die weit größere englisch-amerikanische Luftoffensive gegen Deutschland, die ebenfalls strategisch ein Fehlschlag war.

Hitler war also weiterhin mit dem Krieg gegen England belastet, und die grosse Frage war, ob er sich unter diesen Umständen seinen Krieg gegen Russland leisten konnte. Nach langem Hin-und-her-Überlegen und hektischen inneren Verhandlungen, auch zeitraubenden Verstrickungen in den italienisch-englischen Krieg, der inzwischen ausgebrochen war, kam er zu dem Schluss, dass er es könnte. Im Juni 1941 setzte er in die Tat um, was er bereits im August 1939 angekündigt hatte: er fiel zwar nicht «mit seinen gesammelten Kräften», aber doch mit der Masse seiner Land- und Luftpacht, über Russland her, obwohl England noch nicht aus dem Kriege ausgeschaltet war.

Rückblickend kann man sagen, dass dies der erste grosse strategische Fehler war, den Hitler im Kriege beging, und dass dieser Fehler allein wahrscheinlich genügt hätte, ihn den Krieg verlieren zu lassen. Denn es zeigte sich trotz enormer deutscher Anfangserfolge, dass Russland nicht auf dieselbe Weise zu besiegen war wie Polen und Frankreich, sondern dass es nach fürchterlichen Menschen- und Gebietsverlusten, die wahrscheinlich jeden anderen europäischen Staat
niedergezwungen hätten, noch imstande war, seine gesamte Volkskraft zu mobilisieren und damit stärker zu werden als das Deutsche Reich.


Aber inzwischen war in Russland die Stalinzeit gekommen, eine Zeit des totalen Zusammenfassens aller Kräfte, in der das im Ersten Weltkrieg noch vorwiegend agrarische Russland im Hetztempo zu einer bedeutenden Industriemacht heraufgepeitscht worden war. Die Sowjetunion, die Hitler 1941 angriff, war noch nicht die Supermacht, die sie heute ist, aber sie war bereits eine Industriemacht beachtlichen Umfangs. Die neue Industrialisierung, auf gepfropft auf die alten russischen Kraftquellen – den Riesenraum, die Riesenbevölkerung und die grosse Leidensfähigkeit und Tapferkeit dieser Bevölkerung –, hatte die Sowjetunion inzwischen zu einer weit grösseren Macht werden lassen, als das alte Russland im Ersten Weltkrieg gewesen war.
einen Krieg, der von diesen Staaten ausging, auf der Gegen- seite einzugehen. Aber es hatte sich auch gezeigt, dass er diesen Willen innenpolitisch nicht durchsetzen konnte. Die überwiegende Meinung, sowohl im amerikanischen Volk wie im amerikanischen Kongress, war und blieb isola
tions
tisch. Man war bestrebt, sich aus allen Händeln der Alten Welt herauszuhalten und den Fehler nicht zu wiederholen, den Amerika, wie man meinte, im Ersten Weltkrieg begin- gen hatte, als es sich auf der Ententeseite in den europäi-
ischen Krieg hineinziehen liess. 
Es ist Roosevelt bis zum Dezember 1941 nicht gelungen,
diesen isolationistischen Widerstand gegen die von ihm be-
absichtigte Interventionspolitik zu brechen. Und es war nicht 
vorauszusehen, wann und ob es ihm überhaupt gelingen 
r würde, wenn Hitler ihm nicht durch seine Kriegserklä-
Roussevelt, wie ge-

statt dessen jedoch nahm Hitler diese Gelegenheit wahr, 
Amerika den Krieg zu erklären, als hätte er geradezu auf sie 
gewartet – und ermöglichte erst damit Roosevelt, wie ge-

294


Es hat auch 1942 und 1943 noch Momente gegeben, in denen es so schien, als sei das bis zum Äussersten gepeinigte und geplagte Russland bereit, Hitler aus dem Ostkriege auf der Grundlage eines Waffenstillstands entkommen zu las-
sen, wenn er sich verpflichtete, sich auf die alte Demarkationslinie oder die alten Reichsgrenzen zurückzuziehen. Darauf ist Hitler nie eingegangen, und im Grunde genommen kann man alle diese hypothetischen Möglichkeiten vergessen. Sie waren nie in greifbarer Nähe der Wirklichkeit.

Die einzige Frage, die man für den zweiten Teil des Weltkrieges wirklich noch stellen und, wenn es geht, beantworten muss, ist die, warum Hitler in einer Lage, in der es keinerlei Siegesaussichten mehr gab, in der die Gegenmächte sich, nach einigem Zögern von Seiten Russlands, schon auf die Formel der bedingungslosen Übergabe geeinigt hatten und schliesslich 1945 den Krieg nach Deutschland trugen, bis zu seinem Selbstmord in den Ruinen Berlins immer noch weiterkämpfte – und immer noch fanatische Gefolgsleute fand, die seinen Willen mit einem ständig gesteigerten Terror durchsetzten.

1944/45 – nicht öffentlich, sondern in geheimen Ansprachen an seine Generale – öfters davon, dass er wie die Spinne im Netz sässe, während sich zwischen den Westmächten und der Sowjetunion ein neuer Krieg anbahnte.

Er sass aber nicht wie die Spinne im Netz, sondern wie die Fliege. Was Hitler übersah, war die Tatsache, dass die grossen Streitigkeiten über die Nachkriegsregelung und die tiefen ideologischen Gegensätze zwischen den Angelsachsen und den Russen nicht zum Austrag, schon gar nicht zum kriegerischen Austrag kommen konnten, solange Deutschland, auf beiden Fronten weiterkämpfend, gewissermassen als Isolierschicht zwischen ihnen stand. Damit es zu der Ausgangsstellung eines denkbaren dritten Weltkriegs zwischen dem Westen und der Sowjetunion kommen könnte, musste erst Deutschland besiegt und besetzt sein, die beiden grossen Mächtegruppen mussten sich im Herzen Deutschlands getroffen haben, mussten sich direkt berühren und gegenüberstehen. Jede Verzögerung dieser Ausgangsstellung verhinderte den Ausbruch eines offenen Konflikts zwischen den beiden Mächtegruppen. Solange Deutschland kämpfte, existierte dieser Konflikt nur latent. Gerade durch den bis zum letzten hingezogenen deutschen Widerstand wurde also das verhindert, worauf Hitler hoffte. Hitlers Rechnung, die auf das Auseinanderfallen der Allianz spekulierte, war eine Fehlrechnung – wenn es sie wirklich gab. Denn bewiesen ist ja nicht, dass Hitler an den bis zum letzten versprochenen
Endsieg selber wirklich glaubte. Man kann Hitlers Entscheidung, den Krieg bis zum Äussersten fortzutreiben, auch auf eine andere, eher psychologische Weise erklären. Und diese Erklärung hat einiges für sich.


Bereits Ende 1941, als sich zum ersten Mal die Möglichkeit des Scheiterns abzeichnete, hatte er im Privatgespräch mit ausländischen Diplomaten geäussert: «Wenn das deutsche Volk einmal nicht mehr stark und opferbereit genug ist, sein Blut für seine Existenz einzusetzen, so soll es vergehen und von einer anderen, stärkeren Macht vernichtet werden. Ich werde dem deutschen Volk keine Träne nachweinen.» Ein Ausspruch, der im Munde eines deutschen Staatsmanns fürwahr einzigartig ist.

Am Ende des Krieges hat Hitler dann zum Entsetzen vieler
seiner Mitarbeiter tatsächlich versucht, die militärische Niederlage zu einem totalen Untergang des deutschen Volkes zu machen.


Hitler dachte immer gern in Vernichtungskategorien. Er hatte die Juden vernichten wollen, er hatte die Sowjetunion vernichten wollen – nun war er soweit, dass er, sozusagen um des historischen Knalleffekts willen, auch Deutschlands Vernichtung erstrebte. Beweisen lässt sich das nicht, aber es lässt sich aus verschiedenen bezeugten Äußerungen Hitlers plausibel machen.

Deutschland hat in einer spätestens seit dem Sommer 1944 vollkommen verlorenen und aussichtslosen Position – wenn man will: heroisch – bis zum Ende weitergekämpft und ist zwischen den Armeen und Luftwaffen der Westmächte und der Sowjetunion buchstäblich zerrissen worden. Zum Schluss war in Deutschland kein unbesetztes Gebiet mehr

301
übrig. Die deutsche Wehrmacht kapitulierte bedingungslos; die letzte Reichsregierung, von Hitler noch kurz vor seinem Selbstmord ernannt, wurde verhaftet; und die drei Mächte USA, USSR und VK – Frankreich kam erst etwas später dazu – erklärten sich am 5. Juli 1945 zu souveränen Herrschern in Deutschland.

Über ihre Besatzungszonen hatten sie sich vorher geeinigt. Deutschland als Ganzes wurde von einer alliierten Kontrollkommission verwaltet. Es hat in dieser Form noch einige Jahre weiterbestanden, aber es stand nunmehr unter der uningeschränkten Verfügungsgewalt fremder Mächte, und es musste zerfallen, wenn die vier Mächte nicht über ihre Deutschlandpolitik einig blieben.

Nachgeschichte des Deutschen Reiches

1945 konnte man das insofern noch, als das Deutsche Reich zwar in die Verfügungsgewalt der vier Siegermächte übergegangen war, aber als Objekt dieser Verfügungsgewalt tatsächlich noch eine gewisse Existenz besass. Die wesentliche Veränderung des Jahres 1945 bestand eigentlich nur darin, dass das Deutsche Reich aus einem Subjekt des politischen Geschehens zu einem Objekt wurde. Eine bedingungslose Kapitulation hatte nur von Seiten der Wehrmacht stattgefunden. Das, was eigentlich die bedingungslose Kapitulation

Immerhin ist festzuhalten, dass in diesen drei Jahren gewisse Regelungen getroffen wurden, die zum Teil noch heute fortbestehen. Unter den vier Mächten wurden sowohl die Westzonen als auch die Ostzone in Länder untergliedert; in den Westzonen wurden zu diesem Zweck sogar neue Länder gegründet: zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen,

Ebenfalls auf das Reich der vier Mächte gehen die Parteien zurück, die heute noch in beiden deutschen Staaten die regierenden Parteien sind. Damals waren es zunächst vier: eine kommunistische, eine sozialdemokratische, eine liberaldemokratische und eine christlich-demokratische, die in allen vier Zonen existierten; offenbar verfolgten die Siegermächte auch hier die Absicht, dass diese Parteien später das politische Leben ganz Deutschlands, in welcher Form auch immer, bestimmen sollten.


Die Gründung der Bundesrepublik ging nicht ganz ohne Schwierigkeiten ab. Die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder zögerten mit der Einberufung des Parlamentarischen Rates, der die neue Verfassung – das heutige Grundgesetz der Bundesrepublik – ausarbeiten sollte; sie hatten Bedenken, einen westdeutschen Staat zu gründen, denn es war vorauszusehen, dass ein solcher Schritt die Gründung


In der Präambel des Grundgesetzes steht keineswegs, dass jede künftige Regierung der Bundesrepublik gehalten sei, die Wiedervereinigung Deutschlands anzustreben. Wenn die Väter des Grundgesetzes dies hätten sagen wollen, dann hätten sie es gesagt. Aber in der Grundgesetz-Präambel findet sich nur eine sehr vage Aufforderung an das deutsche Volk, seine Einheit und Freiheit zu «vollenden».

Es steht auch nicht darin: Trotz allem, was wir jetzt zu tun gezwungen sind, besteht das Deutsche Reich weiter. Auch

Und selbst dabei ist nicht vom «Deutschen Reich» die Rede. Die deutsche Einheit soll in Freiheit erreicht werden; in welcher staatlichen Form, wird nicht gesagt. Die Interpretation, dass damit nur das alte Deutsche Reich gemeint sein könne, geht meiner Meinung nach über den eigentlichen Inhalt der Präambel des Grundgesetzes hinaus – und sie spielt heute noch in der deutschen Innenpolitik eine Rolle. Was immer man davon halten mag: Dass die Gründer der Bundesrepublik tatsächlich im Westen Deutschlands einen neuen Staat gründeten, steht fest.

Die Bundesrepublik war ein neuer Staat. Nicht nur in geographischer Hinsicht war sie keine Wiederherstellung des Deutschen Reiches, sie war auch kein fragmentarischer Rest dieses Reichs. Denn sie ging aus Ländern hervor, die es zum Teil im Deutschen Reich nie gegeben hatte; sie wurde durch Parteien gegründet, deren stärkste – die CDU/CSU – es im Deutschen Reich ebenfalls nicht gegeben hatte. Und die Bundesrepublik gab sich eine Verfassung, die keiner Verfassung des ehemaligen Deutschen Reichs, auch nicht der der Weimarer Republik, nachgebildet war, sondern vollkommen neue Züge aufwies. Es war wirklich ein neuer Staat, der da entstand.
Und es war ebenfalls ein neuer Staat, der in der sowjetischen Besatzungszone entstand. Das braucht nicht ausführlich begründet zu werden, denn dieser Staat hatte von Anfang an mit keiner der Staatsformen des Deutschen Reiches irgend-eine Ähnlichkeit und behauptete auch nicht, das Deutsche Reich in irgendeiner Form fortzusetzen.


Es gab jedoch ein Zwischenspiel, in dem die Möglichkeit einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten noch einmal im politischen Bühnenhintergrund aufzutauchen schien. Im März 1952 unterbreitete Stalin den drei Westmächten den Vorschlag, die getrennten Staatsgründungen
noch einmal rückgängig zu machen. Deutschland sollte bis zur Oder-Neisse-Grenze durch freie Wahlen wiedervereinigt werden. Der gesamtdeutschen Regierung sollte man einen Friedensvertrag auferlegen, in dem ihr eine eigene Armee zugestanden wurde; alle Besatzungsmächte hätten sich aus ihren Zonen binnen eines Jahres zurückzuziehen, und – nun kommt das Wichtigste – die Siegermächte sollten sich verpflichten, mit Deutschland keine Bündnisse abzuschliessen, während Deutschland seinerseits die Verpflichtung einging, solche Bündnisse nicht zu suchen. Das Angebot lautete also: Wiedervereinigung gegen Neutralisierung.

Politik gegenüber der Sowjetunion die Mehrheit jedenfalls der westdeutschen – damals möglicherweise auch der ostdeutschen – Bevölkerung für sich hatte. Selbst wenn dies auf Kosten der Wiedervereinigung ging.

Nun, über die «März-Note» von 1952 ist nicht in Deutschland entschieden worden, das war letzten Endes eine Angelegenheit der Alliierten. Und die Westmächte unter der Führung der Vereinigten Staaten wären zwar bereit gewesen, einer Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen, aber eine Neutralisierung Deutschlands – auf die Stalin ja hauptsächlich hinauswollte – kam für sie unter keinen Umständen in Frage. Und zwar, wie man rückblickend erkennen kann, aus verständlichen Gründen.

Eine Neutralisierung Deutschlands hätte bedeutet, dass die NATO auf dem europäischen Kontinent im wesentlichen nur Frankreich als Stützpunkt zurückbehalten hätte. Das wäre auch dann schon kaum tragbar gewesen, wenn Frankreich sich in der Folgezeit unter de Gaulle nicht aus der militärischen Organisation der NATO zurückgezogen hätte. Nach Lage der Dinge aber hätte die Neutralisierung Deutschlands auf längere Sicht den Rückzug der Amerikaner aus Europa bewirkt, und das wiederum hätte eine Vorherrschaft der Sowjetunion, allein durch ihr Machtgewicht, auf dem ganzen Kontinent nach sich gezogen.

Insofern wird man wohl nachträglich sagen müssen – auch wenn man damals, wie ich selbst, anderer Meinung war –,


Aber auch nach 1955 bestand in der Bundesrepublik jahrelang noch eine gewisse Hoffnung darauf, dass eine Wiedervereinigung, und zwar im Sinne der Abschaffung der DDR und ihrer Eingliederung in die Bundesrepublik, zustande kommen würde. Der einzige reale Anhaltspunkt, den diese Hoffnung noch hatte, war die Lage Berlins, das immer noch ein offenes Viermächtegebiet und damit eine Schleuse für die Bevölkerungsbewegung bildete, die in den ganzen fünfziger Jahren aus der DDR in die Bundesrepublik im Gange.
in unserem Zusammenhang am wichtigsten – im sogenann-ten «Grundlagenvertrag» von 1972 zwischen der Bundesre-
publik und der DDR, in dem sich beide als souveräne Staaten
anerkannten; allerdings unter Ausklammerung dessen, was
in der Präambel zum Grundvertrag «die nationale Frage» ge-
nannt wurde.

Diesen Verträgen der damaligen Bundesregierung unter
Willy Brandt entsprach ein weiterer, sehr wichtiger Vertrag,
der im September 1971 zwischen den vier Mächten ge-
schlossen wurde. In diesem Vier-Mächte-Abkommen wurde
die letzte noch ausschließlich von ihnen abhängige Frage in
Deutschland, nämlich der Status Berlins, auf eine ausseror-
dentlich vorsichtig formulierte, bewusst verschieden ausleg-
bar gehaltene Weise pragmatisch geregelt.

Die Bedeutung des Berlin-Abkommens für die gesamtdeut-
sche Problematik bestand darin, dass die für Berlin immer
noch zuständigen vier Mächte die Lage in Berlin einer nun
als dauerhaft anerkannten deutschen Zweistaatlichkeit an-
passten. Das geschah in einem ausserordentlich fein balan-
cierten Vertragswerk. Für das Alltagsleben seiner Bewohner
ist seither Ostberlin die Hauptstadt der DDR, Westberlin
eine mit gewissen Besonderheiten ausgestattete Exklave der
Bundesrepublik. Juristisch bleibt dagegen nach sowjetischer
Auffassung Westberlin ein Sondergebiet unter der Oberho-
heit der drei Westmächte, nach der Auffassung dieser drei
Mächte ganz Berlin ein Sondergebiet unter Vierräumtever-
antwortung. Keine der vier Mächte – auch die Westmächte
deutscher Staaten in die Vereinten Nationen. Auch dies ist ein Ereignis von häufig unterschätzter Bedeutung, denn dadurch wurden erstmals beide deutschen Staaten als Mitglieder der Völkerrechtsgemeinschaft von der gesamten Staatenwelt anerkannt; seitdem bewegen sich beide in den Vereinten Nationen wie jeder andere souveräne Staat.


Im ersten Teil der Schlussakte von Helsinki – der in unserem Zusammenhang am wichtigsten ist – erkannten alle diese 35 Staaten einander als gleichberechtigte, souveräne Staaten an und garantierten, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der anderen Unterzeichner einzumischen. Damit wurde in Europa ein allgemein akzeptierter politischer Normal- und Friedenszustand hergestellt. Das betraf natürlich auch die Bundesrepublik und die DDR. Von irgendeiner Wiederherstellung des Deutschen Reiches oder auch nur von einer künftigen Wiedervereinigung der deutschen Staaten war in der Schlussakte von Helsinki nicht mehr die Rede; und damit
konnte man den dreissigjährigen Prozess, in dem das Deutsche Reich seit 1945 langsam dahingestorben war, als abgeschlossen betrachten. Seit 1975 hat sich daran nichts mehr geändert. In den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten geht es erklärtermassen nicht um Wiedervereinigung, sondern um eine weitere vorsichtige Verbesserung und Normalisierung des innerdeutschen Verhältnisses, die noch längst nicht abgeschlossen ist.


1952 waren die Beziehungen der beiden Supermächte noch im Fluss. Es war noch nicht ganz entschieden, ob die Zusammenarbeit aus der Kriegszeit möglicherweise doch noch einmal wiederaufgenommen werden würde oder ob die Konfrontation, die dem Kriegsende gefolgt war, weiter bestehen blieb. Inzwischen aber steht fest, dass diese Konfrontation, ob im gespannten oder im entspannten Zustand, dauerhaft geworden ist. Und das wird wenigstens so lange so bleiben, wie das atomare Gleichgewicht des Schreckens besteht und den Austrag dieser Konfrontation durch Krieg verhindert. Denn einen solchen Krieg, der für beide Supermäch-

Noch etwas hat sich seit 1952 geändert. Damals war die DDR für die Sowjetunion und ihr Bündnissystem in osteuropäisch entbehrlich, die DDR bildete für Moskau noch eine diplomatische Manövriermasse, ein Unterpfand. Wenn Amerika sich, was damals noch durchaus möglich schien, aus Kontinentaleuropa zurückgezogen hätte, wäre das sowjetische Einflussgebiet nicht nur bestands-, sondern wahrscheinlich sogar noch ausdehnungsfähig gewesen, auch ohne DDR. Doch heute ist die DDR angesichts der Selbständigkeitsbestrebungen im Ostblock, besonders in Polen, für die Sowjetunion unentbehrlich geworden. Natürlich gilt diese Beziehung umgekehrt erst recht: Für die DDR war das sowjetische Schutzbündnis immer unentbehrlich.

Man kann etwas Ähnliches über das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik sagen. 1952 wäre eine verkleinerte NATO, bei der die Amerikaner nur einen schmalen europäischen Brückenkopf in Frankreich zurückbehalten hätten, vielleicht gerade noch denkbar.


Immer noch wird in manchen Kreisen in der Bundesrepublik die Illusion gepflegt, dass ein sowjetisches Angebot wie das von 1952, wenn es heute noch einmal gemacht würde, eine ganz andere Resonanz finden würde als damals, dass es heute vom Westen mit Kusshand angenommen werden würde. Das ist nicht so. Vielleicht wäre Neutralität für die Deutschen selbst mittlerweile annehmbarer, weil ein vereintes Deutschland heute, anders als damals, wieder eine ernstzunehmende Wirtschaftsmacht wäre. Aber umso weniger könnten sich die beiden Großmächte und ihre Bündnissysteme damit abfinden. Und wenn man genau hinsieht, dann
kommt eine Wiedervereinigung auch für die beiden deutschen Staaten selbst heute nicht mehr wirklich in Frage – nicht aus Stimmungsgründen, sondern aus handfesten politischen Gründen.


Aber betrachten wir die Sache noch von einem zweiten Gesichtspunkt aus, nämlich dem europäischen. Es ist manchmal davon die Rede, dass die Spaltung Deutschlands mit der Spaltung Europas zusammenfällt, dass sich überall in Europa wieder nationale Selbständigkeitsbestrebungen regen – im Osten wie im Westen – und dass eine «Europäisierung Europas» längerfristig zu einer deutschen Vereinigung führen könnte und sollte.

Wenn wir uns aber ansehen, wie das Interesse der europäischen Nachbarn der beiden jetzigen deutschen Staaten sich zu dieser von manchen Deutschen erhofften Wiedervereinigung verhält, dann muss man eine niederschmetternde Feststellung treffen: Es gibt keinen europäischen Staat in West
und Ost, der eine solche Wiedervereinigung wünschen oder auch nur willig hinnehmen könnte.


Und schließlich: Wie würde denn eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, wie sie sich nun in 40 Jahren entwickelt haben und wie sie heute sind, überhaupt aussehen können? Merkwürdigerweise versagt da das Vorstellungsvermögen. Eine Wiedervereinigung der Art, dass einer der beiden deutschen Staaten verschwände und in dem anderen aufginge, kann man sich gerade noch ausmalen. Freilich würde das einen Krieg voraussetzen, und eine Wiedervereinigung dieser Art könnte wohl unter heutigen Bedingungen nur noch im Massengrab stattfinden. Aber eine Wiedervereinigung, in der die beiden deutschen Staaten, so wie sie nun einmal sind und geworden sind, zu einem funktionierenden Staat verschmolzen würden, ist nicht vorstellbar, nicht einmal theoretisch.
Nachbemerkung
und
Danksagung

Berlin, August 1987. 

S. H.
Anmerkungen zu Haffners Anmerkungen über Hitler


Haffners «Anmerkungen zu Hitler» sind ein kluges und sehr aktuelles Buch, wie mir scheint, besonders für die Jugend.

_Ernst A. Stiller_
(Der Tagesspiegel)

Das Buch eines kenntnisreichen Aussenseiters

Mit seinen Arbeiten zu historischen Gegenständen hat Sebastian Haffner so häufig Beifall wie Missbilligung erregt. Was sie allesamt auszeichnete, waren ein besonderer Kenntnisreichtum, assoziative Phantasie sowie eine grosse, oft provokant eingesetzte Freiheit des Urteils. Die Irritationen, die er erzeugte, hatten nicht zuletzt damit zu tun, dass die Neigung zum Widerspruch, zur effektvoll getrimmten Pointe mitunter selbst das e-

Ein dünnes, aber gewichtiges und geistvolles Buch. Es ist das eine Missgeschick solcher Bücher, dass eine Rezension, wie umfangreich auch immer, ihnen nur andeutungsweise gerecht werden kann; das andere Missgeschick ist, dass sie oft obenhin und ohne Bereitschaft zu produktivem Widerspruch gelesen werden.

Joachim Fest
(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Verbrecher: ja – Verräter: nein

Haffner hat keine voluminöse historische Studie vorgelegt, wie Bullock oder Fest. Er begnügt sich mit Anmerkungen, rapid und mitnehmend geschriebenen, gescheiten und, wie ich meine, da und dort auch irren, plastisch formulierten und anderen, die eine merkwürdige Unsicherheit zeigen.

Sebastian Haffner hat wichtige, beherzigenswerte «Anmerkungen zu Hitler» geschrieben.

Jean Améry
(Die Zeit)
Die Witterung des Geiers

Ein geistvolles, durchaus originelles und klärendes Buch:...

Die «Anmerkungen zu Hitler» sollten in den obersten Klassen der Schulen gelesen und diskutiert werden. Dazu eignen sie sich vorzüglich; zugleich klar, informativ und provokant, wie sie sind.

_Goto Mann_  
(Der Spiegel)

Ein kurzes, dichtes, vorzügliches Lehrbuch


War es Sorge oder Zuversicht, was den 70jährigen Haffner zum Schreiben dieses Buches bewog? Zweifellos möchte er vor allem von den Nachkriegsgenerationen gelesen werden. Warum
so viele unserer Eltern und Grosseltern dem Adolf Hitler und seiner Ideologie verfielen, kann uns auch Haffner letztlich nur unvollkommen erklären, weil der irrationale Bodensatz nicht aufklärbar ist...

Dennoch: Wenn Lektüre zu bilden vermag, ist hier, mit dem Buch von Sebastian Haffner, eine Chance geboten, grundsätzliche Fehlhaltungen zu erkennen und für sich selbst zu vermeiden.

*Peter Diehl-Thiele*
(Süddeutsche Zeitung)

❖ ❖ ❖

**Engagierte Texte zur Zeitgeschichte**

Gleich, ob es um Hitler oder den Kapitalismus geht, um das Nachkriegsdeutschland oder den Sozialismus: immer spürt der Leser das redliche Bemühen des Autors um Unparteilichkeit, ohne aber Engagement vermissen zu lassen, um die Suche nach der Wahrheit, ohne aber an Eindeutigkeit zu verlieren. Nicht immer ganz leicht zu lesen, trotz der brillanten Sprache, aber äusserst lehrreich angesichts der grossen Substanz trotz der Kürze der Beiträge.

*Trankovits*
(Volksblatt Berlin)

Wer waren die wirklich «Grossen» der Geschichte?

In 36 Essays, ursprünglich Buchrezensionen, setzt sich der Publizist Sebastian Haffner mit den verschiedensten Personen und Ereignissen der Geschichte und Zeitgeschichte auseinander. Der Leser sieht, was durchaus positiv ist, eigene Positionen
wie weithin anerkannte Standpunkte der historischen Wissenschaft in Frage gestellt oder neu beleuchtet, trägt aber auch dank der sprachlichen Meisterschaft und der pointierten Formulierungen des Autors reichen Gewinn aus der Lektüre.

*Kurt Büchi*  
(Luzerner Neueste Nachrichten)

**Geschichte – souverän und unprätentiös**


Der Reiz des Bandes besteht in zweierlei: Man erneuert die Bekanntschaft mit Büchern, die man vor zehn oder fünfzehn Jahren gelesen hat – man liest sie mit Haffners Augen neu. Und man wohnt einem geistigen Wettstreit zwischen ihren Autoren und diesem hervorragenden Essayisten bei.

*Dirk Bavendamm*  
(Die Zeit)